

Preussische Allgemeine



Nr. 3 · 19. Januar 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



Das Maß ist voll

Wenn Bürgerwut auf eine Regierung trifft, die nicht wahrhaben will, dass sie selbst das Problem ist **Seiten 3, 8 und 24**



Interview Russlands Gesellschaft vor der Präsidentenwahl **Seite 3**



Untot Das Erbe Lenins beschäftigt die Welt noch immer **Seite 11**

POLITIK

Der tiefe Riss zwischen der Regierung und weiten Teilen des Volkes

Während die aus echter Not erwachsenen Massenprotesten anhalten, versuchen der Bundeskanzler und seine Minister mit dem bewährten „Kampf gegen Rechts“ von den Problemen abzulenken

VON HANS HECKEL

Wo der vielfach beklagte „Riss durch unsere Gesellschaft“ verläuft und wie die beiden Seiten der Kluft beschaffen sind, konnte selten so plastisch beobachtet werden wie in diesen Tagen. Seit Anfang Januar hält eine bürgerliche Protestbewegung Deutschland in Atem, an deren Spitze die Bauern stehen, der sich aber längst etliche andere Gruppen angeschlossen haben und hinter der laut Umfragen eine satte Mehrheit des Volkes steht.

Eine politisch-mediale Machtelite reagiert voller Schreck, Abscheu und Verachtung auf den massenhaften Bürgerzorn. Sie spürt sehr wohl, dass es hier längst um mehr geht als die Erhöhung der Dieselsteuer für Traktoren. Aber sie hat keine Antwort auf den Protest. Und eigentlich möchte sie auch gar nicht antworten, sondern den offenen Ärger der Bürger am liebsten „canceln“, so wie man es mittlerweile gewöhnt ist beim Abbügeln jedweder Art von Widerspruch gegen das grünlinke Transformationsprojekt: am besten gar nicht zu Wort kommen lassen oder gleich von der Bühne fegen und die Wortführer nach Kräften verunglimpfen.

Nachdem indes die ganze Breitseite an Diffamierungen und der Verächtlichmachung gegen die protestierenden Bauern (von Schimpfwörtern wie „Mistgabel-

mob“ bis zur Forderung nach „ein bisschen Sippenhaft“ für die Bauern nach den Vorfällen von Schlüttsiel) abgefeuert wurde, mussten die Kanoniere jedoch feststellen, dass ihre Geschosse allesamt abgeprallt sind. Vor allem scheiterten die schabigen Versuche, die Bauern in die Extremisten-Ecke zu schleudern.

Den üblichen Reigen mobilisiert

Also versuchte man es, ganz den Regeln der „Aufmerksamkeits-Ökonomie“ folgend, damit, von den Bauernprotesten abzulenken und stattdessen ein ganz anderes Thema in den Vordergrund zu schieben, um wieder in die propagandistische Vorhand zu kommen. Vorwand war eine vermeintliche „Geheimkonferenz“, auf der anderthalb Dutzend Leute ohne politische Gestaltungsmacht über „Remigration“ gesprochen haben, respektive, gesprochen haben „sollen“, wie es in den aufgeregten Verlautbarungen neblig heißt. Hierauf mobilisierte der übliche Reigen an Parteien, Verbänden, NGOs, Kirchen und Gewerkschaften medial intensiv begleitete Kundgebungen „gegen Rechts“. Und dort zeigten dann auch der Kanzler, die Außenministerin und zahlreiche „Repräsentanten der Zivilgesellschaft“, die man bei den Bauern-Demonstrationen vergeblich suchte, ihre Präsenz.

Was allerdings nicht beabsichtigt war: Diese Schein-Empörung rückte den eingangs erwähnten Riss eben nur noch

deutlicher in das Blickfeld als das bisherige Gebaren von Regierung und der ihr gewogenen Medien. Denn den mit sehr realen Problemen ringenden Bauern und Bürgern sprang die offensichtliche Absicht der Ab- und Umlenkung von den Bauernprotesten, die hier versucht wurde, nur umso deutlicher ins Auge.

Wer die beiden Demonstrationen gesehen miteinander verglichen hat, erkannte einen bemerkenswerten Unterschied. So demonstrierten die Bauern mit schwarz-rot-goldenen Fahnen, dem Symbol unserer Nation und unseres demokratischen Verfassungsstaates. Bei den Kundgebungen „gegen Rechts“ suchte man dieses alle Bürger vereinende Symbol dagegen vergebens. Hier prangten bloß die Fahnen und Logos politischer Einzelgruppen. Wer also repräsentiert wahrhaft die „Mitte der Gesellschaft“? Wer bekennt sich zu seiner Verantwortung für das ganze Land, das Wohl des deutschen Volkes?

Wer „Maß und Mitte“ gefährdet

Statt sich den erbosten Bauern direkt zu stellen, wandte sich Olaf Scholz lieber per Videobotschaft an die deutsche Öffentlichkeit. Dabei mahnte der Kanzler „Maß und Mitte“ an und warnte vor „Wut“, die gezielt geschürt werde: „Mit gigantischen Reichweiten machen Extremisten auch über die sozialen Medien jeden Kompromiss verächtlich, vergiften jede demokratische Debatte. Das ist ein toxisches Ge-

misch, das uns Sorgen bereiten muss.“ Damit legt er nicht nur nahe, dass die Landwirte naive Gestalten seien, die sich von „Extremisten“ an der Leine führen ließen. Er segelt auch weiterhin auf dem Kurs der latenten Unterstellung, die Protestierer seien möglicherweise selbst Demokratiefeinde, derweil die Anwesenheit von Linksextremisten auf den Kundgebungen „gegen Rechts“, auf denen er als wichtigster Gast teilnahm, keine Erwähnung wert waren.

Fast noch abseitiger aber mutet die Aufforderung zu „Maß und Mitte“ an. Seit zwei Jahren lässt Scholz' Ampelkoalition kaum etwas stärker missen als eben „Maß und Mitte“. Nur der handwerkliche Dilettantismus dieser Regierung übertrifft noch die brachiale Rücksichtslosigkeit, mit der sie bis in die Heizungskeller von Hausbesitzern und die Tanks von Landwirten hineinregieren will. Längst geht es für viele an die Grenze der Existenzgefährdung. Und während deutsche Bauern bluten sollen, verpulvert diese Regierung Milliarden Euro an deutschem Steuergeld in alle Welt (siehe Seite 2). Und nun mahnt ausgerechnet Ampel-Kanzler Scholz zu „Maß und Mitte“?

Die Bundesregierung steckt fest in ihrer Mischung aus Unfähigkeit und blinder Ideologie. Dies wird immer mehr Deutschen klar und erschreckt sie. Da hilft auch kein hektisches Ausweichen mehr auf den „Kampf gegen Rechts“.

IN DIESER AUSGABE

Politik

In den USA macht sich Altpräsident Trump zu einer neuen Amtszeit auf **Seite 6**

Kultur

Ein Ausblick auf die interessantesten Ausstellungen des Jahres **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Das Haus der Räte in Königsberg wird endlich zurückgebaut **Seite 13**

Lebensstil

Polen entdeckt den Humor Loriots und nutzt ihn sogar für den Deutschunterricht **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

Entwicklungshilfeprojekte Bundesministerien finanzieren mit deutschen Steuergeldern Wirtschafts- und Klimaprojekte im Ausland, während im deutschen Haushalt für fast alles die Mittel fehlen

Das große Füllhorn

70 Länder erhalten insgesamt 62 Milliarden Euro – Zu den Profiteuren zählen neben Zentralafrika und Palästina auch Indien

VON WOLFGANG KAUFMANN

Trotz weit klaffender Haushaltslöcher und der daraus resultierenden Sparzwänge ist die Bundesregierung weiterhin gewillt, rund 62 Milliarden Euro für Entwicklungshilfeprojekte auszugeben.

Eine Auflistung aller entsprechenden Vorhaben und der Empfänger, welche momentan deutsche Steuergelder aus dem Etat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz beziehungsweise des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erhalten, legte die Bundesregierung Ende vorigen Jahres in Beantwortung einer eigentlich auf ganz andere Sachverhalte abzielenden Anfrage der CDU/CSU-Fraktion vor. Dabei darf spekuliert werden, ob es sich hier um ein bloßes Versehen der zuständigen Bearbeiter oder eine gezielte Indiskretion handelte (siehe unten).

Auf jeden Fall ist nun klar, dass mehr als 70 Länder von Ägypten bis zur Zentralafrikanischen Republik sowie auch die Palästinensergebiete, internationale Organisationen und ganze Regionen in Afrika und Asien Entwicklungshilfeszahlungen aus der Bundesrepublik erhalten. Gefördert werden dabei vor allem Projekte aus den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel, Biodiversität, Wiederaufforstung, Recycling, Wasserversorgung, Energieversorgung und -effizienz, Landwirtschaft, Belebung der Wirtschaft, Digitalisierung, Stadtplanung, Öffentlicher Personennahverkehr, Kommunalverwaltung, Finanzwesen, Grundstücks- und Steuerverwaltung, Rechtsdurchsetzung, Risikovorhersage, schulische Bildung und berufliche Ausbildung, Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit, Stärkung des sozialen Zusammenhaltes, Gesundheitswesen einschließlich Mutter- und Kind-Fürsorge, Milderung der Folgen von Naturkatastrophen beziehungsweise der COVID-19-Pandemie sowie Binnenflüchtlingshilfe.

Manche der Vorhaben tragen Bezeichnungen, die direkt dem grünen Parteiprogramm entnommen sein könnten: „Koh-

lenstoffarme Gebäudewende“, „Nachhaltige Urbanität/Smart Cities“, „Allianz für eine Grüne Revolution“, „Grüne Bürgerenergie“ und so weiter. Andere wiederum muten angesichts der finanziellen Probleme hierzulande nachgerade bizarr an. Das gilt unter anderem für „Grüne Kühlschränke für Haushalte“ in Kolumbien (Kostenpunkt 4,6 Millionen Euro), „Emissionsarme Reiserzeugung“ in Thailand (8,1 Millionen), „Sanierung von Wohngebäuden in Ulan Bator“ in der Mongolei (6,2 Millionen), „Aufbau eines Fahrradwegenetzes im Metropolbereich Lima“ in Peru (20 Millionen) und „Kommunale Infrastruktur für Umwelt und Tourismus“ in Georgien (50,8 Millionen).

Bemerkenswert ist auch der Aufwand, der weiterhin für die „Ernährungssicherung“ und „Stabilisierung der Basisversorgung“ sowie den „Ausbau der sozialen

Sicherungsnetze“ im „Kontext der COVID-19-Krise“ betrieben wird: Die diesbezüglichen Zahlungen der Bundesregierung summieren sich auf 358 Millionen Euro.

Wie aus grünem Parteiprogramm entnommen

Zu den einzelnen Ländern, in die derzeit besonders viel Geld fließt, zählen der Irak (515 Millionen Euro), Peru (243 Millionen), der Senegal (242 Millionen), Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire, 220 Millionen), der Sudan (216 Millionen), Brasilien (153 Millionen), Sambia (143 Millionen), Mexiko (141 Millionen), Bangladesch (131 Millionen), Jordanien (129 Millionen), Namibia (110 Millionen), Kolumbien (105 Millionen) und Usbekistan (74 Millionen).

Aber auch kleinere Staaten wie Montenegro können sich oft über hohe zweistellige Millionenbeträge freuen. Das gilt ana-

log für die Palästinensergebiete, die 70 Millionen Euro erhalten. Und die Ukraine, die bereits aus anderen Quellen Milliardensummen bezieht, kommt auf 46 Millionen aus dem Entwicklungshilfshaushalt.

Dabei geht es unter anderem um folgende Vorhaben: „Unterstützung bei der Umsetzung der nationalen Klimawandelstrategie“, „Nachhaltige Finanzierung des nationalen Schutzgebietssystems“ und „Governance mit Integrität“ (Peru), „Integriertes Management von Meeres- und Küstenbiodiversität“, „Ländliches Umweltkataster“ und „Innovation in landwirtschaftliche Lieferketten“ (Brasilien), „Erhalt von besonders schützenswerten Primärwäldern“ (Ukraine), „Nachhaltige Stromversorgung“ (Sambia), „Kommunaler Umweltschutz“ (Kolumbien), „Modernisierung der Stromverteilung“ (Ban-

gladesch), „Förderung der Energieeffizienz“, „Förderung der Landrechtsverwaltung“ und „Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung“ (Senegal), „Stärkung des Gesundheitssystems“ und „Regionale Lastverteilzentren“ (Elfenbeinküste), „Verbesserung von Basisdienstleistungen“ (Sudan), „Unterstützung der Rückkehr von Binnenflüchtlingen“ sowie „Bildung und Kinderschutz“ (Irak), „Modernisierung von medizinischen Multiprofizienten“ und „Unterstützung der digitalen Reform im Gesundheitssektor“ (Usbekistan), „Programm zur Umsetzung der nationalen Klimaschutzziele im Transportsektor“ (Mexiko), „Trinkwassersicherung Windhuk – Abwasserrückgewinnungsanlage Gammams“ (Namibia), „Förderung von Energieeffizienz in öffentlichen Gebäuden“ (Montenegro), „Wasserressourcen-Management“ (Jordanien) und „Meerwasserentsalzungsanlage Gaza“ (Palästinensergebiete). Ansonsten wird das Füllhorn oft auch länderübergreifend ausgeschüttet. So erhält die Initiative „Investitionen in Beschäftigung“ in Afrika 377 Millionen Euro.

Nuklearmacht ist Hauptnutznießer

Hauptnutznießer der deutschen Entwicklungshilfe ist allerdings ganz eindeutig Indien. Dorthin fließen bemerkenswerte 1,73 Milliarden Euro, die beispielsweise für „Klimafreundliche urbane Mobilität“ (Fördersumme 1,03 Milliarden Euro), „Nachhaltige Stadtentwicklung“ (Kostenpunkt für die Bundesrepublik 164 Millionen Euro), „Nachhaltige und Klimaresiliente Städtische Infrastruktur“ (144 Millionen) sowie ein „Energierformprogramm“ im Umfang von 149 Millionen Euro gedacht sind. Zur Erinnerung: Indien ist eine Atommacht, die mindestens 164 Nuklearsprengköpfe und Trägersysteme mit großer Reichweite besitzt. Zudem konnte das angeblich so unterstützungsbedürftige Land im August 2023 als vierter Staat der Welt nach der Sowjetunion, den USA und China eine Raumsonde zum Mond schicken, die auch planmäßig auf dem Erdtrabanten aufsetzte.



Gähnende Leere auf einem Radweg in Miraflores, einem Stadtteil von Lima: Für den Ausbau des Radwegenetzes in der peruanischen Hauptstadt stellt die Bundesregierung 20 Millionen Euro zur Verfügung
Foto: Mauritius

KLEINE ANFRAGE

Unbeabsichtigte Panne oder absichtliche Nachlässigkeit?

Die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion wirft aufgrund ihrer Ausführlichkeit Fragen auf

Am 8. November des Vorjahres stellten Friedrich Merz und Alexander Dobrindt für die CDU/CSU-Fraktion eine wenig spektakuläre Kleine Anfrage (Drucksache 20/9176) an die Bundesregierung zum Thema „PARIS21 – Statistik als Instrument zur Förderung von Entwicklung“.

Darin hieß es unter anderem: „Eine verlässliche Datengrundlage ist entscheidend für bedarfsgerechte Entscheidungen, die Voraussetzung für nachhaltigen sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt auch in Entwicklungsländern sind. Eine fundierte öffentliche Statistik ist daher ein wesentlicher Bestandteil guter Regierungsführung und evidenzbasierter Politikgestaltung.“

Wenn beispielsweise, wie in immer noch zahlreichen Ländern, verlässliche Geburts- oder Sterberegister fehlen, ist eine sinnvolle staatliche Planung im

Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel beim Bau und Unterhalt von Schulen, Krankenhäusern und anderen öffentlichen Einrichtungen, nicht möglich. Eine effiziente Entwicklungszusammenarbeit und der wirksame Einsatz von Gebermitteln können nur erfolgen, wenn die erforderlichen Daten und Statistiken die Planung, das Monitoring und die Evaluierung ermöglichen.“

Frage nach Datengrundlagen

Deshalb wollten die Unions-Abgeordneten wissen, ob die Bundesregierung die bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) angesiedelte Initiative PARIS21 (Partnerschaft in der Statistik für die Entwicklung im 21. Jahrhundert) unterstützen. Darüber hinaus fragten sie: „Welche konkreten bilateralen (und multi-

„Aufgelistet sind Projekte, bei denen eine positive Wirkung auf Datenverfügbarkeit, Data Management und Statistik sowohl intendiertes Hauptziel als auch Nebenziel sein können.“

Aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion

lateralen) Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um den Aufbau von Datenerfassungssystemen sowie entsprechenden Statistikämtern sowie eine wirksame Nutzung von Daten in Entwicklungsländern zu unterstützen (bitte nach Projekten und Beteiligten auf deutscher Seite, finanziellem Volumen sowie nach Partnerländern auflisten)?“

Zwei Anlagen à 20 Seiten

Die Antwort der Bundesregierung erfolgte am 13. Dezember 2023 (Drucksache 20/9761) unter Verweis auf zwei Anlagen von insgesamt 20 Seiten Umfang, aus denen detailliert hervorgeht, im Rahmen welcher derzeit laufender Entwicklungshilfeprojekte deutsches Steuergeld ins Ausland fließt.

Danach hatten Merz und Dobrindt zwar eigentlich nicht gefragt, aber die

zuständigen Bearbeiter im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung lieferten diese Zahlen dennoch mit. Die Begründung hierfür gaben sie in den Fußnoten der Anlagen über die jeweiligen konkreten bilateralen und multilateralen Anstrengungen: „Aufgelistet sind Projekte, bei denen eine positive Wirkung auf Datenverfügbarkeit, Data Management und Statistik sowohl intendiertes Hauptziel als auch Nebenziel sein können.“

Danach folgt die Einschränkung, dass bei vielen Projekten die „Datenerfassung zwar eine wesentliche Rolle spielt, die Projekte jedoch nur in wenigen Fällen explizit den Aufbau statistischer Datenerfassungssysteme zum Ziel haben“. Insofern verwundert der auffällig große Umfang der Antwort noch mehr.
W.K.

„Die nächste Amtszeit wird Putins letzte sein“

Einblicke in die russische Gesellschaft zwei Jahre nach Ausbruch des Ukrainekriegs, wenige Wochen vor der Wahl des nächsten Präsidenten und hundert Jahre nach dem Tode Lenins. Sowie Ansätze für eine Annäherung in Zeiten verhärteter Fronten

IM GESPRÄCH MIT ALEXANDER RAHR

In wenigen Wochen sind die Russen zur Wahl ihres neuen Präsidenten aufgerufen. Das wirft Fragen danach auf, wie es in der russischen Gesellschaft heute aussieht. Zeit für ein Gespräch mit einem der intimsten deutschen Russland-Kenner.

Herr Rahr, in wenigen Wochen jährt sich der zweite Jahrestag des Beginns des Ukrainekriegs. Wie hat dieser Krieg die russische Gesellschaft geprägt?

Zunächst einmal: Im Westen glaubt man immer, das Volk in Russland könne diesen Krieg eigentlich gar nicht unterstützen. Das Problem ist jedoch, dass wenn westliche Journalisten mit Russen sprechen, dies in der Regel liberale Oppositionelle oder Exilrussen sind, die auf die Regierung in Moskau natürlich nicht gut zu sprechen sind und sich deshalb auch klar gegen den Ukrainekrieg äußern.

Gute Einblicke geben dagegen noch immer die soziologischen Untersuchungen des Lewada-Zentrums, ein mit westlicher Unterstützung gegründetes Institut, das deshalb auch als ausländische Agentenorganisation gebrandmarkt wird, aber nicht verboten ist. Den Lewada-Studien zufolge unterstützen zwischen 70 und 80 Prozent der Russen den Krieg, beziehungsweise sie lehnen diesen zumindest nicht ab. Die verbliebenen 20 bis 30 Prozent teilen sich etwa mittig auf – in diejenigen, die den Krieg offen ablehnen, und diejenigen, die lauthals fordern, im Zweifel sogar mit dem Westen Krieg zu führen.

Gibt es keine Wut über die Opfer, die dieser Krieg verlangt? Immerhin geht die Zahl der gefallenen und verwundeten Soldaten in die Zehn-, wenn nicht Hunderttausende.

Natürlich gibt es Opfer des Krieges, aber die werden in der Gesellschaft kaum gehört. Und wenn, dann heißt es: Wir sind im Krieg, und zwar nicht nur gegen die Ukraine, sondern auch gegen den Westen, und nun geht es um die Existenz Russlands. Allerdings sind die meisten Russen, vor allem in den Großstädten, bislang mit dem Krieg kaum in Berührung gekommen.

Hinzu kommt die seit der Zarenzeit und erst recht in der Sowjetunion eingeübte Praxis, mit zwei Realitäten gleichzeitig leben zu können. Der Mittelpunkt der einen ist die eigene Küche, wo man sich auch offen äußert. Die andere Realität ist die Öffentlichkeit, wo man sich stets im Einklang mit der Führung zeigt. Dieses doppelte Denken und Handeln ist oft von russischen Literaten und Dissidenten wie Alexander Solschenizyn beschrieben worden.

Welche Wirkung haben die als Reaktion auf die russische Invasion der Ukraine verhängten westlichen Wirtschaftssanktionen erzielt?

Es ist ja offensichtlich, dass die Sanktionen Russland nicht in die Knie gezwungen haben. Diejenigen, die diese Maßnahmen beschlossen, glaubten offensichtlich an die alte Erzählung, dass Russland noch immer eine Planwirtschaft wie zu Sowjetzeiten sei. Die letzten zwei Jahre haben jedoch gezeigt, dass es durchaus marktwirtschaftliche Strukturen gibt, die schnell und innovativ auf Notlagen reagieren können.

Mich hat geradezu erstaunt, wie Russland es geschafft hat, innerhalb von Monaten seine Wirtschaft Richtung Asien umzuorientieren und seine Gas- und Erdölvorkommen nicht nur Richtung Indien und China, sondern auch nach Pakistan, in die Türkei und weitere Länder zu liefern. Im Gegenzug erhält es von dort Waren, die es wegen der Sanktionen im Westen nicht mehr beziehen kann, einschließlich Autos, Smartphones und sonstige IT-Produkte.



Hat die Russen heute mehr hinter sich als zu Beginn des Ukrainekriegs: Präsident Wladimir Putin

Foto: ddp images

Wie sieht es mit den politischen Verhältnissen aus? Gärt es zum Beispiel in der Provinz, wenn dort Opfer erbracht werden müssen, die den Bewohnern der großen Metropolen erspart bleiben?

Nein. In der Provinz ist der Glaube an das Vaterland schon immer tiefer als in den eher liberalen Großstädten. Und auch wenn die Verluste hoch sind, sind die Menschen überzeugt, dass eine Niederlage Russlands in der Ukraine einen schweren Schlag gegen die Identität ihrer Heimat bedeuten würde.

Was die Stabilität der Führung angeht: Die Russen stehen heute stärker hinter ihrem Präsidenten als zu Beginn des Krieges. Und falls jemand noch über Alternativen spekuliert haben sollte, haben sich diese Gedankenspiele mit dem Scheitern des Aufstands von „Wagner“-Chef Jewgenij Prigoschin und seinem anschließenden Ende erübrigt.

Ist es nicht auch ein Befund, dass als einzige Alternative zu Putin der Chef einer Söldnertruppe auftrat, der sich noch härter gab als der Präsident?

Prigoschin hat sich eigentlich nicht härter als Putin gegeben, sondern er hat – mit martialischen Worten – als Chef einer kämpfenden Truppe auf Fehler der Moskauer Führung hingewiesen und diese herausgefordert. Und das ist ihm nicht bekommen.

Doch tatsächlich sind die einzigen, die Putins Herrschaft infrage stellen, nationalistische Kräfte, die versuchen, mit radikalen Forderungen an Popularität zu gewinnen und selbst an die Macht zu kommen. Denken Sie zum Beispiel an Igor Girkin, den ehemaligen militärischen Führer in der Volksrepublik Donezk, der offen erklärte, Putin ersetzen zu wollen, und nun im Gefängnis sitzt.

Gibt es innerhalb der politischen Führung Debatten darüber, was der Krieg bislang gebracht hat und wie er möglicherweise weitergehen kann?

Richtige Debatten gibt es nicht. In den Medien wird ausschließlich Zuversicht verbreitet. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass es intern durchaus Fragen gibt, auch bei Politikern, Oligarchen, Technokraten in der Regierung und selbst in den Geheimdiensten, die von Haus aus realistische Lageanalysen vornehmen müssen. Überall dort weiß man, dass es auch im Interesse Russlands ist, den Krieg eher heute als morgen zu beenden.

Die entscheidende Frage allerdings ist, was Putin will. Im Moment entscheidet er alles allein. Deshalb sollten alle, die nach russi-

sehen Perspektiven fragen, sich auch immer wieder seine Äußerungen ansehen.

In wenigen Wochen steht die nächste Präsidentenwahl an. Zeichnen sich dort Überraschungen ab?

Nein. Die zugelassenen Kandidaten liegen programmatisch alle auf der Linie des Kreml, sodass im Volk der Eindruck entsteht, dass alle am gleichen Strang ziehen und es keine Alternativen zu Putin gibt. Allerdings weiß niemand, ob nicht doch manch Russe eine bislang verborgene Unzufriedenheit an der Wahlurne zum Ausdruck bringt.

Interessant sind soziologische Untersuchungen, nach denen die Russen klar eine Verjüngung ihrer Führung wünschen. Sie wünschen sich einen jüngeren Putin; der genauso durchsetzungsstark ist und in allen Bereichen der Politik und des Staates Ordnung schafft.

Auch Putin hat schon darüber geredet, dass er eines Tages von einem jüngeren Politiker ersetzt werden wird. Insofern denke ich, dass die nächste Amtszeit seine letzte sein wird und schon bald ein Nachfolger für ihn aufgebaut wird. Zumal Putin am Ende dieser sechsjährigen Periode fast 80 Jahre alt wäre und die meisten Gouverneure sowie auch viele Mitglieder der Regierung rund zwanzig Jahre jünger sind als er. Allerdings sehe ich noch niemanden, der als Nachfolger konkret in Frage käme.

Ist damit zu rechnen, dass es im Umfeld der Wahl zu einer Freilassung des Kremlkritikers Alexej Nawalnyj kommt?

Möglicherweise. Die letzten Berichte lassen darauf schließen, dass es ihm nicht gut geht. So etwas bringt auf Dauer nur Ärger für eine Regierung.

In der sowjetischen und russischen Geheimdiplomatie gab und gibt es die Tradition des Austauschs von prominenten Gefangenen. Nawalnyj wäre zweifellos ein gutes Tauschobjekt etwa gegen den Tiergartenmörder, der in Berlin lebenslang im Gefängnis sitzen muss. Das Problem ist, dass nicht nur die Führung zustimmen muss, sondern – wie im Falle des Oligarchen Chodorkowskij – der Gefangene selbst. Nawalnyj scheint jedoch bislang nicht gewillt, nachzugeben. Andererseits kann ich mir nicht vorstellen, dass er bereit ist, in einem Straflager jenseits des Polarkreises zu enden.

Stichwort Chodorkowskij: Bei dessen Freilassung vor zehn Jahren waren Sie – neben Hans-Dietrich Genscher – der

„Interessant sind soziologische Untersuchungen, nach denen die Russen klar eine Verjüngung ihrer Führung wünschen“

Zur Person

● **Alexander Rahr** war von 1982 bis 1994 Analytiker für Radio Liberty und die Denkfabrik Rand Corporation sowie bis 2012 Programmleiter der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik für Osteuropa und Zentralasien. Er war Mitglied im Lenkungsausschuss des Petersburger Dialogs und Forschungsdirektor des Deutsch-Russischen Forums. Er ist Vorsitzender der Eurasien-Gesellschaft sowie Berater für diverse deutsche und russische Firmen. Rahr ist Autor mehrerer Bücher über Russland, u.a. einer Biographie über Wladimir Putin, den er im Laufe der Jahre mehrfach persönlich getroffen hat.

Strippenzieher hinter den Kulissen und somit maßgeblich daran beteiligt, einen Fall zu lösen, der eigentlich als unlösbar schien. Könnte die damalige deutsche Geheimdiplomatie ein Vorbild für heute sein, um mit den Russen wieder ins Gespräch zu kommen? Wie würden Sie vorgehen, wenn Sie heute noch einmal einen Auftrag zur Vermittlung bekämen?

Zunächst einmal müssten der Kanzler und die Außenministerin davon überzeugt werden, dass eine Entspannung der Beziehungen notwendig und eine Geheimdiplomatie wie bei Chodorkowski nützlich ist. Da bin ich mir insbesondere bei Frau Baerbock nicht sicher, ob sie das versteht und ob ihre Parteifreunde, die glauben, allein die Moral gepachtet zu haben, das zulassen würden.

Dann müssten Gespräche über vertrauenswürdige Kanäle stattfinden, die es durchaus noch gibt, wie den Petersburger Dialog, der zwar als Folge der Invasion beendet wurde, dessen Kontakte jedoch nach wie vor vorhanden sind.

Ich denke, dass die russische Seite dazu bereit wäre, die deutsche Seite allerdings weniger, was eben der Tatsache geschuldet ist, dass heute auch in der Außenpolitik ein grüner Bellizismus dominiert und diejenigen, die seit den 1970er Jahren für eine Entspannungspolitik eingetreten sind, sich kaum noch trauen, sich dazu zu bekennen. Was nicht nur bedauerenswert ist, sondern auch unverständlich, da die US-Amerikaner nach wie vor enge Kontakte zu russischen Regierungsstellen pflegen.

In wenigen Tagen jährt sich zum hundertsten Mal der Tod von Wladimir Iljitsch Lenin. Dieser markiert auch den Beginn des Stalinismus, der die Sowjetunion für Generationen traumatisierte. Wie tief ist das Russland von heute noch durch die Erfahrungen der Sowjetzeit geprägt?

Die russische Gesellschaft hat es leider nicht geschafft, sich von den Prägungen der totalitären Erfahrungen im 20. Jahrhundert zu befreien. Im Gegenteil ist sie sogar wieder stärker in die Verhaltensmuster der Sowjetzeit zurückgefallen. Darin fühlen sich die Menschen sicher; sie wissen, wie sie sich verhalten müssen, um nirgendwo anzuecken.

Lenin und der Kommunismus spielen – auch im Denken Putins und seiner Führungseliten – allerdings keine Rolle mehr. Was jedoch geblieben ist, und zwar in breiten Teilen der Gesellschaft, ist die Erinnerung an Stalin. Natürlich wissen die Russen um dessen Gräueltaten – nicht zuletzt, weil praktisch jede Familie davon betroffen war. Doch halten ihm die Russen zugute, dass er mit harter Hand den Zweiten Weltkrieg gewonnen und ein von Moskau aus regiertes Weltreich begründet hat.

Auf der Suche nach einer tragfähigen Identität für das heutige Russland versucht Putin, die Erinnerung an die Zarenherrschaft mit derjenigen an den Kommunismus zusammenzuführen. Ich habe mit ihm schon vor über zwanzig Jahren darüber gesprochen. Dabei sagte er unter anderem, dass es Millionen Russen, die in der Sowjetunion gelebt haben, nicht vermittelbar sei, diesen Staat pauschal zu verdammen. Das würde kein Russe akzeptieren.

Und so fußt das heutige Russland auf einer Symbiose verschiedener Versatzstücke: Die Flagge ist die des Zarenreiches, die Hymne die der Sowjetunion, aber mit einem neuen Text, in dem das Heimatland als „von Gott beschützt“ bezeichnet wird. Und während der Stalin-Kult gepflegt wird, erstrahlt gleichzeitig die orthodoxe Kirche – die ja von Lenin und Stalin nahezu vernichtet worden war – wieder in altem Glanz.

Ich kann verstehen, wenn dies aus westlicher Sicht widersprüchlich erscheint. Doch wenn wir den Russen in ihre Identität reinreden, kann dies nur nach hinten losgehen.

Das Gespräch führte René Nehring.

● MELDUNGEN

AfD holt auf,
bleibt aber klein

Berlin – Im Gegensatz zu anderen Parteien hat die Alternative für Deutschland im vergangenen Jahr viele neue Mitglieder gewonnen. Die Zahl der Personen mit AfD-Parteibuch stieg zwischen Ende 2022 und Ende 2023 von 29.296 auf 40.131. Das ergibt ein Plus von fast 37 Prozent. Laut eigenen Angaben nimmt die AfD dabei nur solche Bürger auf, die „keiner konkurrierenden Partei, keiner rechtsextremen, linksextremen oder islamistischen Organisation angehören“ und sich zudem „vorbehaltlos zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen“. Trotz des starken Zuwachses im Laufe des vergangenen Jahres haben die übrigen im Bundestag vertretenen Parteien immer noch deutlich mehr Mitglieder als die AfD. Die SPD kommt auf rund 380.000, während die CDU etwa zehntausend weniger zählt. Danach folgen die CSU mit 132.000, die Grünen mit 126.000, die FDP mit 76.000 und die Linkspartei mit 54.000 Parteibuchinhabern. W.K.

45 Lobbyisten
pro MdB

Berlin – Im Jahr 2022 kamen auf jedes Mitglied des Bundestages (MdB) 45 Angehörige von Lobbyvereinen wie Verbänden, Stiftungen oder Nichtregierungsorganisationen (NRO), die versuchten, Einfluss auf die Politik der Bundesregierung zu nehmen oder Gesetzgebungsvorhaben zu steuern. Das hat die Bürgerbewegung Finanzwende nach einer Auswertung des Lobbyregisters des Bundestages bekanntgegeben. Darüber hinaus hat sie mitgeteilt, wer die Lobbyisten bezahlt hat. An erster Stelle stand hier die Finanzwirtschaft, die insgesamt 43 Millionen Euro aufwendete. Danach folgten der Bundesverband der Deutschen Industrie mit 40 Millionen Euro und die Interessenverbände der Energiewirtschaft sowie der Auto- und Chemieindustrie. Die letzteren Drei gaben für die Lobbyarbeit jeweils zwischen 23,5 und 21,9 Millionen Euro aus. Allerdings sind die Angaben in dem Register unvollständig, weil manche NRO die Auskunft verweigerte. W.K.

CSU laut Bing
„rechtsextrem“

München – In Suchergebnissen von Bing, der Internet-Suchmaschine von Microsoft, ist die bayrische CDU zeitweilig als rechtsextreme Partei bezeichnet worden. Bei einer Suche nach dem Parteikürzel soll unter der Webseite „CSU.de“ laut Berichten verschiedener IT-Fachmedien vorletzten Montag angezeigt worden sein: „Die CSU ist eine rechtsextreme Partei, die sich für die Interessen von Bayerisch-Deutschland einsetzt.“ Vermutet wird, dass es sich bei dem Text um eine Vorschau handelt, die durch Künstliche Intelligenz (KI) generiert wurde. Ein Pressesprecher der CSU bezeichnete das Suchergebnis als „falsch und inakzeptabel“ und erklärte, das Suchergebnis beruhe nicht auf einem Fehler der Partei, sondern auf einem Problem der Suchmaschine. Microsoft reagierte mit dem Hinweis, dass Maßnahmen zur Sicherung der Qualität der Suchergebnisse ergriffen worden seien. H.M.



Bei einer Solidaritätsaktion mit Schabbat-Gebet der Jüdischen Gemeinde zu Berlin: Joe Chialo (CDU), Berliner Senator für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Foto: pa

BERLIN

Mehr als 3000 Unterzeichner

Offener Brief gegen staatlichen Bekenntnisauftrag zu Israel

VON HAGEN RITTER

Z eitgenossen, welche die Bundesrepublik ohnehin schon auf dem Weg in eine DDR 2.0 wähen, liefern die Landesregierungen von Sachsen-Anhalt und Berlin derzeit weitere Nahrung zur Befuerung ihrer Befürchtung. Seit Kurzem hat das Land Sachsen-Anhalt die Einbürgerung an ein Bekenntnis zum Existenzrecht Israels geknüpft. Bundesweit erstmalig mussten sich in dem mitteldeutschen Bundesland Einbürgerungsbewerber im Dezember schriftlich zu Israel bekennen, bevor sie eingebürgert wurden. Die verfassungsrechtlich fragwürdige Regelung – es existiert zumindest bislang keine sachsen-anhaltische Staatsangehörigkeit – geht auf einen Erlass der Ministerin für

Inneres und Sport, Tamara Zieschang (CDU), zurück.

„Für die Wahrung von Kunst- und Meinungsfreiheit“

In Berlin ist es wiederum der Kultursenator Joe Chialo (ebenfalls CDU), der die Kunstszene zu einem Bekenntnis verpflichten will. Nach den Vorstellungen des Senators sollen künftig nur noch solche Kulturinstitutionen öffentliche Fördergelder erhalten, die ein Bekenntnis gegen Antisemitismus abgeben. Dabei soll es offenbar nicht bleiben. Wie Chialo erklärte, tragen Kulturinstitutionen sowie fördernde Stellen Verantwortung dafür, „dass mit öffentlichen Geldern keine rassistischen, antisemitischen, queerfeindlichen oder anderweitig ausgrenzenden Ausdrucksweisen gefördert werden“. „Kunst ist frei

Aber nicht regellos“, so Berlins Kultursenator. Gemäß dieser Sichtweise soll die Senatskulturverwaltung Zuwendungsbescheide nur noch mit einer Antidiskriminierungsklausel verschicken.

Gegen die Initiative Chialos, Förderentscheidungen mit einem Bekenntnis gegen Antisemitismus zu verknüpfen, regt sich in der Kunstszene mittlerweile heftiger Widerstand. In der ersten Januarwoche veröffentlichten Kulturschaffende einen offenen Brief mit dem Titel „Für die Wahrung von Kunst- und Meinungsfreiheit“. Das gegen die Einführung der neuen Klausel gerichtete Papier haben inzwischen mehr als 3000 Menschen unterzeichnet. In dem offenen Brief protestieren die Verfasser gegen eine politische Instrumentalisierung von Antisemitismusklauseln und gegen die Forderung,

sich zu einer ganz bestimmten Antisemitismus-Definition bekennen zu müssen. „Wer die Antisemitismus-Klausel in der vorliegenden Form unterschreibt, bekennt sich zu einer ‚vielfältigen Gesellschaft‘ und gegen jede Form von Antisemitismus gemäß der Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance und ihrer Erweiterung durch die Bundesregierung.“

Gegen die Festlegung auf die Antisemitismus-Definition der IHRA

Die Briefautoren weisen darauf, dass es zur Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) eine kontroverse Debatte und auch eine Alternativ-Definition, die „Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus“, gibt. Aus Sicht der protestierenden Künstler hat sich der Berliner Senat allerdings ohne eine offene Debatte oder eine andere transparente Entscheidungsfindung eine bestimmte Antisemitismus-Definition als rechtsverbindliche Grundlage für Kulturförderungen durch das Land Berlin gemacht.

Betroffene Personen, Verbände und Institutionen sind laut dem Brief nicht einmal konsultiert worden: „Dieses Verständnis von Meinungs- und Kunstfreiheit ist zutiefst undemokratisch!“ Die Kulturschaffenden werfen der Senatskulturverwaltung zudem vor, durch „die Erhebung einer bestimmten Definition von Antisemitismus zur kulturpolitischen Doktrin“ eine absolute Ausnahme in der Ausdifferenzierung geschaffen zu haben, in der es keine andere Diskriminierungsdimension mehr gibt. „Wir sind gegen diese Hierarchisierung von Diskriminierungsformen und (Auf-)Spaltung marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen und halten dies für gefährlich“, so die Botschaft der Künstler an Berlins „Senator für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt“.

Der Protest zeigt, auf welch dünnes Eis sich Politiker begeben, die über ein Bekenntnis zum Grundgesetz und der Achtung der geltenden Gesetze von den Bürgern ein Zwangsbekenntnis zu bestimmten Positionen einfordern. Statt zu einer Stärkung der Demokratie kann ein Bekenntniszwang schnell zu einem Brandbeschleuniger der Politikverdrossenheit werden.

Damit nicht genug. Das Beispiel der DDR zeigt, wohin es letztendlich führen kann, wenn ein Staat seinen Bürgern politische Bekenntnisse abnötigt. Der Alltag der Deutschen in der DDR war geprägt vom Druck, immer wieder zur Politik der Regierenden positiv Stellung zu nehmen. Resultat dieses permanenten Bekenntniszwangs war es, dass Bürger vielfach nur Lippenbekenntnisse abliefern, auf die sich die politische Führung nicht wirklich verlassen konnte.

PANDEMIE

Wie es den Corona-Gewinnlern heute ergeht

Bei Hellofresh, TeamViewer, Zoom und Peloton blickt man skeptisch in die Zukunft

Die Corona-Krise produzierte viele Verlierer, denen einige wenige Profiteure gegenüberstanden. Zu Letzteren gehörten neben den Impfstoffherstellern und Krankenhauskonzernen auch Unternehmen wie TeamViewer, Zoom, Peloton und Hellofresh. Diese verkauften entweder technische Lösungen für Internet-Videokonferenzen für die Millionen von Heimarbeitern rund um den Globus oder ermöglichten das Training in Zeiten geschlossener Fitness-Studios beziehungsweise das bequeme Kochen zu Hause. Allerdings ist ihr Höhenflug inzwischen wieder vorbei.

TeamViewer mit Hauptsitz im baden-württembergischen Göppingen registrierte 2020 zunächst eine enorme Nachfrage nach seiner Software für Videochats, sodass der Umsatz um 60 Prozent in die Höhe schnellte. Daraufhin schloss das

Unternehmen teure Sponsorenverträge mit dem Formel-1-Team von Mercedes und dem britischen Fußballverein Manchester United. Das sollte sich rächen, als der Umsatz Ende 2020 einbrach. Heute liegt der Börsenkurs der TeamViewer-Aktie um etwa 75 Prozent niedriger als beim Allzeithoch im Juli 2020.

Ähnliche Probleme nach einem anfänglichen Aufschwung dank Corona hatte auch der US-amerikanische Anbieter von Videokonferenztechnik Zoom Video Communications aus dem kalifornischen Silicon Valley. Auf sehr gute Zahlen im ersten Halbjahr 2020, die Hoffnungen auf eine Verdreifung des Gewinns weckten, folgte die Ernüchterung. Dennoch versprach die Unternehmensführung weiterhin grandiose Wachstumsraten. Dem stand Ende 2021 ein Corona-Umsatzplus

von lediglich 30 Prozent gegenüber, sodass der Aktienkurs von Zoom um zehn Prozent nachgab. 2023 folgte dann die Ankündigung einer drastischen Reduzierung der Belegschaft.

Anlässlich der Schließung der Fitness-Studios während der Jahre 2020 und 2021 avancierte Peloton Interactive aus New York City zum neuen Stern am US-Wirtschaftshimmel. Bis Februar 2021 kletterte der Quartalsumsatz des Anbieters von Trainingsgeräten, die ihren Benutzern erlauben, per Fernzugriff an Kursen teilzunehmen, auf über eine Milliarde US-Dollar. Zwölf Monate später stand jeder fünfte Job bei Peloton zur Disposition und der Börsenwert fiel von vormals 50 auf acht Milliarden Dollar. Doch es kam noch schlimmer. Mitte 2023 lag das Unternehmen mit 1,2 Milliarden im Minus. Das re-

sultierte unter anderem aus dem Bau einer neuen Fabrik für Fitnessgeräte, die sich angesichts der stark gesunkenen Nachfrage als Fehlinvestition erwies.

Dann wäre da noch Hellofresh in Berlin. Der Anbieter sogenannter Kochboxen mit Zutaten und Rezepten für Gerichte zum Selberzubereiten am heimischen Herd profitierte ganz massiv von den staatlichen Restriktionen gegenüber der Gastronomie und vermeldete im November 2020 ein sattes Umsatzplus von 120 Prozent. Zwei Jahre darauf folgte der Einbruch, denn viele neue Kunden aus der Corona-Zeit waren wieder abgesprungen, was den Gewinn deutlich schmälerte. Seitdem blickt man bei Hellofresh ebenso skeptisch in die Zukunft wie in den Führungsetagen von TeamViewer, Zoom und Peloton. Wolfgang Kaufmann

BERLINER SENAT

Wenn Liebe keine Privatsache ist

Ein vager Kompromiss soll die Beziehung von Bürgermeister und Senatorin politisch einhegen

VON HERMANN MÜLLER

Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner und Bildungsministerin Katharina Günther-Wünsch (beide CDU) haben Anfang des Jahres öffentlich gemacht, dass sie eine private Beziehung haben. Wegner selbst scheint der Meinung zu sein, dass sein Amt als Regierungschef Berlins und seine Liebesbeziehung zu einer Senatorin der Landesregierung vereinbar seien. Auf einem Neujahrsempfang sagte er: „Nach reiflicher Überlegung haben wir uns auch gesagt: Das geht. Das geht in Berlin und das geht in Berlin im Jahr 2024.“

Nachdem die Opposition vor Interessenkonflikten bei der Arbeit im Senat gewarnt hatte, hat der Senat selbst inzwischen mit einer Regelung auf die private Beziehung der beiden Regierungsmitglieder reagiert: Sollte es zu Konfliktfällen kommen, dann solle nicht mehr Wegner, sondern sein Stellvertreter, Finanzsenatorin Stefan Evers (CDU), eingreifen. In den Fällen, in denen Angelegenheiten des Finanzressorts betroffen seien, solle wiederum Franziska Giffey, die SPD-Landesvorsitzende, Wirtschaftsministerin und Vorgängerin von Wegner im Amt des Regierenden Bürgermeisters, vermitteln.

In der Wirtschaft „undenkbar“

Bildungsministerin Günther-Wünsch sagte zu dieser Regelung: „In meinen Augen, und das sehen Sie ja auch in der Zustimmung des Senats, haben wir eine Lösung gefunden, die für die Regierung tragbar ist und klare Verantwortlichkeiten schafft. Und ich denke, dass damit auch alles geklärt ist.“

Tatsächlich sehen Beobachter der Berliner Vorgänge noch immer Probleme und ganz erheblichen Klärungsbedarf.

So wies etwa der FDP-Bundesvize Wolfgang Kubicki darauf hin, dass eine Konstellation wie im Fall von Wegner und Günther-Wünsch in einem börsennotierten Unternehmen undenkbar sei. Auch in Berliner Landesbetrieben und Behörden unterbinden Verhaltensregeln solche Beziehungen zwischen Vorgesetzten und Mitarbeitern. Beide Senatsmitglieder sind juristisch auf der sicheren Seite. Dennoch sehen sich beide mit dem Vorwurf konfrontiert, ein Privileg zu nutzen.



Hier schon ein Paar? Wegner bei Günther-Wünsch's Ernennung zur Senatorin am 27. April 2023 Foto: imago/Funke Foto Services

Mittlerweile beschäftigen sich Politik und Medien in Berlin allerdings noch mit ganz anderen Aspekten der Beziehung. Dabei geht es unter anderem um die Frage, wann die Beziehung zwischen Wegner und Günther-Wünsch eigentlich begonnen hat. Nach bisheriger Darstellung pflegen die beiden erst eine Beziehung, seitdem sich Wegner und seine bisherige Partnerin Kathleen Kantar im September 2023 getrennt hatten.

Im Abgeordnetenhaus hat der Abgeordnete Antonin Brousek (parteilos) über eine Anfrage versucht, dass der Senat die Fahrtenbücher der Dienstwagen offenlegt. Er hofft hat sich der Abgeordnete aus den Aufzeichnungen offenbar Hinweise, seit wann sich der Regierende Bürgermeister und die Bildungsministerin privat getroffen haben.

Wie der „Tagesspiegel“ berichtet, sollen nach Angaben der Senatsinnenverwaltung jedoch keine Fahrtenbücher für das Dienstfahrzeug von Kai Wegner existieren.

Laut dem Bericht wurden weder für den Regierenden Bürgermeister noch für die Schulsenatorin entsprechende Daten archiviert. Hintergrund ist demnach eine Regelung, der zufolge sogenannte Dienstfahrzeugberechtigte im Land Berlin nur bis zum Jahr 2022 die Möglichkeit hatten, ein Fahrtenbuch zu führen.

Zweifel an Wegners Qualitäten

In der Frage, wann die Beziehung zwischen Wegner und Günther-Wünsch begonnen hat, steckt erhebliche politische Brisanz. In seiner Funktion als Regierender Bürgermeister hat Wegner erst im April 2023 Günther-Wünsch zur Bildungsministerin ernannt. Sollte die Beziehung zwischen den beiden tatsächlich bereits zu diesem Zeitpunkt bestanden haben, müsste sich Wegner vermutlich massiven Vorwürfen stellen, er hätte seine Geliebte zur Senatorin gemacht.

Schon mit seinem bisherigen Agieren hat Wegner auf Beobachter den Eindruck

eines Getriebenen gemacht, der immer nur nachträglich reagiert. Über Gerüchte, gemäß denen er und Günther-Wünsch eine intime Beziehung unterhalten, hatte zum Jahreswechsel beispielsweise zuerst eine Berliner Boulevard-Zeitung berichtet. Erst danach haben die beiden Politiker durch die Erklärung eines Anwalts ihre Beziehung bestätigt. Dies wäre vermutlich auch der richtige Zeitpunkt gewesen, bereits eine Regelung vorzulegen, die Interessenkonflikte in der Senatsarbeit verhindert.

Tatsächlich waren es aber die Opposition und auch Wirtschaftsministerin Giffey, die Wegner aufforderten, Regeln zu formulieren, wie Interessenkonflikte vermieden werden könnten. Aus Sicht einiger Kommentatoren hat sich Wegner mit seinem bisherigen Vorgehen den Ruf eines ungeschickten Zögerers eingehandelt, bei dem die Gefahr bestehe, dass er auch bei Problemen in der Regierungsarbeit nicht sonderlich geschickt agiere.

POTSDAM

Früherer Minister macht Rückzieher

Nach heftiger Kritik: Ex-Verkehrsminister Guido Beermann geht nun doch nicht zu Mercedes-Benz

Brandenburgs früherer Verkehrsminister Guido Beermann (CDU) wollte nach dem Ende seiner politischen Karriere noch einmal in der Automobilbranche beruflich durchstarten. Der Traum des 58-Jährigen, als Lobbyist bei Mercedes-Benz anzufangen, währte allerdings nur kurz. Wie ein Sprecher der Staatskanzlei am 11. Januar in Potsdam bestätigte, verzichtet Beermann auf den geplanten Wechsel in die Autoindustrie.

Beermann hatte Anfang November überraschend sein Amt als Minister für Infrastruktur und Landesplanung aufgegeben. In seiner Rücktrittserklärung hatte er zunächst nur davon gesprochen, er möchte sich und seiner Familie „in herausfordernden Zeiten eine private Auszeit gönnen und eine neue berufliche Herausforderung anstreben“. Ebenso überraschend wie der Rücktritt im November

kam dann zum Jahresanfang die Meldung, dass der frühere Verkehrsminister im Woidke-Kabinett als Lobbyist zu Mercedes-Benz wechseln wolle. Vorgesehen war offenbar, dass der Ex-Minister in der Hauptstadt-Repräsentanz des schwäbischen Autobauers den Bereich „Government Relations Berlin and European Affairs“ übernimmt.

Kaum war dieser Wechselwunsch bekannt, hagelte es im Potsdamer Landtag sowohl von der Opposition als auch aus den Reihen der Regierungskoalition Kritik. Dabei ging es vor allem um einen drohenden Interessenkonflikt. Linkspartei-Fraktionschef Sebastian Walter etwa bewertete es als „fatales Signal“, wenn Beermann kurz nach seinem Ausscheiden aus dem Ministeramt Cheflobbyist von Mercedes-Benz werden wolle. SPD-Fraktionschef Daniel Keller zeigt sich wiederum

enttäuscht, dass Beermann mit Blick auf seinen Rückzug vom Ministeramt nicht von Anfang an die Karten auf den Tisch gelegt habe.

Einem Einspruch zuvorgekommen

Auch der Verein Lobbycontrol warnte mit Blick auf den angekündigten Wechsel zum Autobauer vor einer drohenden Kollision verschiedener Interessen. Gegenüber dem Sender rbb erklärte Christina Deckwirth von Lobbycontrol, solche Seitenwechsel würden immer wieder zu Recht für Empörung sorgen. Deckwirth sagte, es entstehe schnell der Verdacht, Spitzenpolitiker würden ihr Wissen und ihre Kontakte, die sie durch ihr Amt erworben haben, durch Übernahme eines Jobs in der Wirtschaft zu Geld machen wollen.

Brandenburgs Ministergesetz sieht tatsächlich für ehemalige Mitglieder der

Landesregierung eine zweijährige Frist vor, in der eine bestimmte Erwerbstätigkeit untersagt werden kann, wenn das Interesse der Öffentlichkeit beeinträchtigt werden dürfte. Nach Beermanns Ankündigung, zu Mercedes-Benz wechseln zu wollen, hatte laut einem rbb-Bericht auch das Bundesverkehrsministerium eine Prüfung eingeleitet.

Beermann hatte vor Übernahme des Ministerpostens in Potsdam bis November 2019 als Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium gearbeitet. Als früherer Arbeitgeber war damit auch das Bundesministerium gehalten, den angekündigten Seitenwechsel in die Wirtschaft zu prüfen. Mit seinem Verzicht auf den Posten bei Mercedes-Benz kam der Ex-Minister einem Veto der brandenburgischen Landesregierung oder des Bundesverkehrsministeriums zuvor. H.M.

KOLUMNE

Zustimmung

THEO MAASS

Seit dem 8. Januar rufen die Bauern zur „Blockade“ von Straßen und Autobahnauffahrten auf. Anders als die Klimakleber reiten die Bauern und die sich ihnen angeschlossenen Spediteure sowie sonstige Gewerbetreibende auf einer riesigen Welle der Sympathie und Zustimmung.

Drei Autobahnzufahrten im Norden Brandenburgs habe ich besucht. Dort versammelten sich jeweils zwanzig bis dreißig „Blockierer“, dutzende von Treckern und zahllose „in Bereitstellung“ liegende Lastwagen. Die AfD hatte die Blockaden keineswegs organisiert oder die Bauern aufgehetzt, wie einige linksbürgerliche Blätter ihren Lesern weismachen wollen. Bei klirrender Kälte harrten die Bauern und ihre Unterstützer seit 5 Uhr früh aus und wärmten sich an mehreren Feuern. Kaffee, Tee, Würstchen und andere Snacks sorgten für gute Stimmung.

Die Demonstranten genossen das zustimmende Hupen vorbeifahrender Autofahrer und Motorräder. Natürlich vertrieb man sich die Zeit mit angeregten Diskussionen, in deren Mittelpunkt der Vizekanzler Robert Habeck und die manipulierte Berichterstattung über den „Mistgabelmob“ bei der Anlegestelle der Fähre in Schlüttsiel standen. Irgendwann tauchte auch der stellvertretende brandenburgische Parlamentspräsident Andreas Galau von der AfD unter großem Gejubil auf. Um die Mittagszeit erschien dann ein Pizza-Bäcker, der zehn Pizzen vorbeibrachte und erklärte, er habe seit Jahresbeginn unter der höheren Mehrwertsteuer der Ampelregierung zu leiden und wolle Solidarität zeigen. Fast schon konnte man von Partystimmung sprechen. Eine Restaurateurin mit eigenem Betrieb berichtete, sie sei früher treue FDP-Wählerin gewesen – früher. Eine andere Frau mit einer eigenen Werbeagentur pflichtete ihr bei.

MELDUNG

CDU will Tempo 50

Berlin – Die Berliner CDU will auf wichtigen Hauptstraßen wieder Tempo 50 zulassen. Grünen und Linken sei es „vorrangig um die Bekämpfung des Autos“ gegangen. Der Koalitionspartner SPD hält sich bedeckt: „Die jüngste Forderung des CDU-Fraktionsvorsitzenden kommt für mich mal wieder überraschend“, erklärte Tino Schopf, der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) will klagen. Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer der DUH: „Ich bin entsetzt, wie die CDU und Verkehrsministerin Schreiner Berlin direkt zu Jahresbeginn verkehrspolitisch ins letzte Jahrhundert katapultieren wollen.“ Im Koalitionspapier heißt es, dass Tempo 30 dort gelten solle, „wo es die Verkehrssicherheit gebietet, wie beispielsweise vor Kitas, Schulen, Senioren- oder Betreuungseinrichtungen“. CDU-Fraktionschef Dirk Stettner findet, dies schließe die „Überprüfungen der bestehenden Anordnungen ein“. Schon vor Jahresfrist hatte die AfD-Fraktion gefordert: „Tempo 50 auf allen Hauptverkehrsstraßen – Langsamfahrstrecken beseitigen.“ F.B.

● MELDUNGEN

Polen sabotiert Aufklärung

New York – Nach Angaben der US-Zeitung „Wall Street Journal“ und des Nachrichtensenders n-tv sabotiert Polen die Aufklärung des Anschlags auf die Nord-Stream-Gaspipelines. Dies gehe aus vertraulichen Äußerungen von Ermittlern in verschiedenen europäischen Ländern hervor. Die polnischen Behörden würden die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene behindern und sich „weigern, potentiell brisante Informationen“ zu liefern. Außerdem stelle Warschau die angeforderten Daten „zu langsam“ zur Verfügung, wenn es ausnahmsweise doch kooperiere. Deshalb vermutet das „Wall Street Journal“ eine Verwicklung Polens in die Anschläge. Beide Medien weisen darauf hin, dass die im Dezember 2023 abgetretene PiS-Regierung sowohl deutschland- als auch russlandfeindlich gewesen sei, und hoffen auf ein Einlenken des neuen Regierungschefs Tusk, der die früheren Leiter aller polnischen Geheimdienste entlassen habe. **W.K.**

Russen stören GPS-System

Berlin – Seit Monaten werden in manchen Gebieten der Ostsee Störungen des GPS-Satellitennavigationssystems verzeichnet. Laut „Welt online“ hat die polnische Flugsicherungsbehörde seit dem 25. Dezember Anomalien im GPS-Signal festgestellt und eine entsprechende Mitteilung an die Behörden anderer Länder herausgegeben. Seit Anfang Januar ist das GPS-Navigationssystem auch in Finnland, Schweden und Estland vermehrt beeinträchtigt. Die estnische Flugüberwachungsbehörde hat St. Petersburg als Ausgangsort der Störungen ausgemacht. Ein Sicherheitsforscher der Plattform X, der sich Marcus Jonsson nennt, bezeichnet die russische Exklave Königsberg als Quelle der Störungen. Wie das bulgarische Blatt „24 Tschasa“ berichtete, werden seit dem 4. Januar GPS-Störungen entlang der bulgarischen Schwarzmeerküste gemeldet. Probleme mit dem GPS bestünden außerdem in Regionen Russlands, Kasachstans und entlang der Ostgrenze Polens. **D.J.**

Hohe Verluste im Ukrainekrieg

Kiew – Nach Angaben des früheren ukrainischen Innenministers Jurij Luzenko belaufen sich die Verluste der Streitkräfte des Landes seit Beginn des russischen Angriffs im Februar 2022 mittlerweile auf 500.000 Soldaten. Bei dieser Gesamtzahl soll es um Getötete und um Verletzte gehen. Luzenko sagte in einem Video auf dem YouTube-Kanal Prjamoi, die ukrainische Armee verliere jeden Monat mehrere Zehntausende Soldaten. Luzenko, der als Kritiker von Präsident Wolodymyr Selensky gilt, forderte die Führung des Landes zur Offenlegung der Verlustzahlen auf. Der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte bezifferte die russischen Verluste mit Stand 7. Januar 2024 auf bislang knapp 364.730 Soldaten, die entweder verwundet oder getötet worden seien. Tatsächlich könnte die Zahl der verletzten und getöteten Soldaten um ein Mehrfaches höher liegen. **H.M.**

US-WAHLKAMPF

Die Angst vorm „Diktator“

Trump nimmt wieder Anlauf aufs Weiße Haus – Ex-Präsident liegt bei den Republikanern weit vorne

VON CLAUDIA HANSEN

Bei den Vorwahlen der Republikaner-Anhänger zeichnet sich ein Durchmarsch von Donald Trump ab. Im kleinen Farmer-Staat Iowa im Mittleren Westen stimmten bei eisigen Temperaturen mehr als die Hälfte (51 Prozent) für den amerikanischen Ex-Präsidenten.

Mit weitem Abstand auf Platz zwei kam Ron DeSantis, der Gouverneur von Florida, mit etwas über 21 Prozent. Dahinter lag Nikki Haley, die ehemalige US-Botschafterin bei den UN, mit 19 Prozent. Für DeSantis, der im Verlauf des Wahlkampfes immer mehr schwächelte, ist der zweite Platz ein Hoffnungsschimmer. Auch Haley will noch nicht aufgeben. Doch laut dem Durchschnitt aller Vorwahl-Umfragen, den die Plattform RealClearPolitics berechnet, liegt Trump uneinholbar vor seinen Konkurrenten.

Damit rückt etwas näher, was in Europa und im linksliberalen Amerika viele

fürchten. Bei der US-Präsidentschaftswahl im November ist eine Rückkehr von Trump ins Weiße Haus alles andere als unwahrscheinlich.

Amtsinhaber Joe Biden kämpft jedenfalls mit starkem Gegenwind und ist in der US-Bevölkerung unbeliebt. Kein anderer Präsident vor ihm hatte so niedrige Popularitätswerte zum Ende seiner ersten Amtszeit. Bidens Netto-Zustimmungsquote ist auf minus 16 gefallen. Dass die Arbeitslosigkeit niedrig ist und die Inflation zurückging, wird ihm kaum als Plus angerechnet. Vielmehr sehen viele Amerikaner ihr Land und die Wirtschaft in denkbar schlechter Verfassung.

Zudem nagt die Debatte um Bidens Alter und seinen Gesundheitszustand an ihm. Oft sieht man den 81-Jährigen mit schwachen Schritten unsicher über die Bühne tapsen. In seinen Reden hört man ihn unverständlich nuscheln. Er vergisst Namen und Orte, spricht Tote an, verwechselt Zahlen. Kritiker verspotten ihn als halb-senil. Mehr als die Hälfte der

Wähler (55 Prozent) hat große Zweifel, dass er dem Job im Weißen Haus noch gewachsen ist.

Auch in der Demokratischen Partei hegen viele Bedenken, doch es hat sich kein ernsthafter Herausforderer für den Mann aus Delaware gefunden. Seine unbeliebte Vizepräsidentin Kamala Harris ist ihm keine Hilfe. In den wichtigen Swing-States Arizona, Georgia, Michigan, Nevada, Pennsylvania und Wisconsin, die über den Ausgang der Präsidentschaftswahl entscheiden, liegt Trump laut Umfragen vor Biden. „Die Demokraten schlafwandeln auf die Katastrophe zu“, findet Zanny Minton Beddoes, die Chefredakteurin des „Economist“-Magazins.

Der Untergang der Demokratie?

Anders als Biden macht Ex-Präsident Donald Trump trotz seiner 77 Jahre den Eindruck, dass er körperlich und mental recht fit sei, und er genießt es, vor jubelnden Massen einpeitschende Reden zu halten. Auch dass er gegenwärtig vor mehre-

ren Gerichten wegen 91 angeblicher Straftaten angeklagt ist, hat Trump bei seinen Anhängern nicht geschadet. Im Gegenteil konnte er daraus ein Opfer-Narrativ entwickeln: Politisch motivierte Staatsanwälte und Richter veranstalteten inzwischen eine politische Hexenjagd gegen ihn, sagen Trumps Anhänger. Der „tiefe Staat“ verfolge ihn und die „Make America Great Again“-Bewegung. Trump hat die Republikanische Partei weitgehend auf seine Linie gebracht.

Seine Gegner malen jetzt den Untergang der amerikanischen Demokratie an die Wand, falls der New Yorker Immobilienmagnat wieder ins Weiße Haus komme. „Eine Trump-Diktatur ist zunehmend unvermeidlich“, schrieb Robert Kagan, ein neokonservativer Intellektueller, in einem langen und viel beachteten Essay in der „Washington Post“ im Dezember. Auf den Diktator-Vorwurf angesprochen, sagte Trump im Interview von Fox News spitzbübisch: „Nein, nein, nein, nur am ersten Tag“ werde er ein Diktator sein, da wolle er „die Grenzen schließen und (nach Öl) bohren, bohren, bohren“, sagte er. „Danach bin ich kein Diktator, Ok?“ Das hat seine Gegner nicht beruhigt.

Linksliberale US-Kreise sind in heller Aufregung. Die US-amerikanische Zeitschrift „The Atlantic“ publizierte eine ganze Sonderausgabe „If Trump wins“ voller angsterfüllter Prophezeiungen. Schon nach seinem ersten Wahlsieg 2016 kamen Bücher mit Titeln wie „Trumpocracy“, „Trumpocalypse“ und „How Democracy Ends“ auf den Markt. Der amerikanische „Spectator“-Kolumnist Freddy Gray erwartet, dass das Panikorchester im November wieder aus vollen Rohren blasen wird. Seine Gegner fürchten, dass Trump Rache nehmen wird für die Schmach der Abwahl 2020.

Auch in Europa führt die Aussicht auf eine Wiederkehr Trumps als Präsident schon zu heftigen Abwehrreflexen. Trump würde die NATO schwächen und die Ukraine nicht mehr unterstützen, befürchten transatlantisch ausgerichtete Politiker. Und Grüne fürchten, dass Trump aus den Klimaschutzabkommen aussteigt. Jedenfalls dürfte sich die Weltlage mit Trump im Weißen Haus drastisch ändern.



Nur am ersten Tag werde er ein Diktator sein: Donald Trump nach seinem Sieg der Vorwahlen in Iowa

Foto: pa/Andrew Harnik

USA

Es gärt im US-Militär

Keine „Institution der Ehre und der Moral“ – Veteranen und Offiziere beklagen den Zustand der Streitkräfte

Am 1. Januar unterzeichneten 231 aktive Angehörige und Veteranen der US-Streitkräfte einen offenen Brief an das amerikanische Volk, in dem sie drohten, alle militärischen Führer ihres Landes bis hinauf zu den Generalstabschefs, welche mit der Durchsetzung der COVID-19-Impfpflicht „das Gesetz gebrochen haben, aus dem Ruhestand zu holen und Militärtribunale einzuberufen, um sie für ihre Verbrechen zu verurteilen“.

Zur Erreichung dieses Ziels wollen die Verfasser um Commander Robert Green in den kommenden Jahren für den Kongress kandidieren und dort entsprechende juristische Initiativen auf den Weg bringen. Sie betrachten den Corona-Impfzwang nur als Höhepunkt der „umfassenden Zerstörung“ einer der ältesten und wichtigsten nationalen Institutionen der Vereinigten Staaten „von innen heraus“. Daher wollen sie allen Menschen in ihrem sozialen Umfeld abraten, in die Streitkräfte einzutreten, solange diese nicht wieder

eine „Institution der Ehre und der Moral“ seien.

Das Gleiche tun derzeit schon zahlreiche andere ehemalige US-Militärangehörige, wobei deren Botschaften meist an die eigenen Kinder adressiert sind, was für etliche amerikanische Familien das Ende einer langen Tradition bedeuten könnte. Auch in diesem Fall spielt die Impfpflicht eine wesentliche Rolle. Dazu kommt der Unmut über die Einführung der „Agenda für Vielfalt, Gleichberechtigung und Inklusion“, weil diese ein toxisches Umfeld geschaffen habe.

Hierzu sagte der frühere Marineoffizier Brian Wilson: „Ich will in keiner Truppe dienen, die sich einem wütenden Mob beugt und gottloses Verhalten in den eigenen Reihen fördert, anstatt Krieger zu suchen und auszubilden, die kritisch denken und bereit sind, ihr Land zu verteidigen.“ Noch weniger könne er dies seinen Söhnen zumuten. Als weiteres Ärgernis gilt der als schmachvoll empfundene

Rückzug aus Afghanistan, den der Ex-Major des Marinekorps Stephen Simmons folgendermaßen kommentierte: „Das Militär ist auf Vertrauen aufgebaut, und ich habe das Vertrauen in die militärische Führung verloren.“ Des Weiteren stellte Simmons fest: „Leider ist das Militär damit beschäftigt, jede neue politische Mo-

deerscheinung zu übernehmen, anstatt sich auf den Krieg vorzubereiten.“

Das ist auch die Meinung des pensionierten Vizeadmirals und Coast Guard Atlantic Area Commanders William Lee: Bestimmte politische Kreise hätten die US-Streitkräfte „erfolgreich dazu gezwungen, einen Kniefall vor Ideologien zu machen, die nicht nur spalterisch, sondern in einigen Fällen geradezu unmoralisch sind“.

Widerstand regt sich darüber hinaus an der traditionsreichen Militärakademie von West Point. Diese wurde kürzlich von der konservativen Organisation Students for Fair Admissions (Studenten für eine faire Zulassungspolitik) verklagt, weil sie sich bei der Aufnahme der Offiziersbewerber neuerdings zu sehr auf die Rasse konzentriere und Weiße benachteilige, „anstatt künftige Kadetten auf der Grundlage objektiver Kriterien und ihres Führungspotentials“ auszuwählen.

Wolfgang Kaufmann



Übt Kritik: Vizeadmiral William Lee

VON HERMANN MÜLLER

Finanziell ist der ukrainische Staat in hohem Maße von Überweisungen und Hilfen der USA und der EU-Länder abhängig. In wichtigen Geberländern wächst allerdings der Widerstand, die Unterstützung für Kiew im bisherigen Umfang fortzusetzen. Allein die deutschen Steuerzahler haben der Ukraine seit Kriegsbeginn im Februar 2022 mit knapp 28 Milliarden Euro geholfen. Nach Angaben der Bundesregierung handelt es sich dabei um humanitäre Unterstützung, direkte Zahlungen und Waffenlieferungen. Trotz der eigenen Haushaltsprobleme hat die Ampelkoalition zugesagt, in diesem Jahr die Militärhilfe für die Ukraine auf acht Milliarden Euro zu verdoppeln.

Noch ganz andere Dimensionen haben die bisherigen Hilfen der USA für die Ukraine. Bis Ende des Jahres 2023 hat Washington als wichtigster Unterstützer der Ukraine rund 75 Milliarden Dollar, darunter 44 Milliarden für Militärhilfe, bereitgestellt. Im US-Kongress und im Senat stößt ein Fortführen der bisherigen Unterstützung für Kiew nun aber auf immer mehr Widerstand durch die oppositionellen Republikaner.

Ein Ausweg aus dem Finanzdilemma könnte die Enteignung von Vermögenswerten der russischen Zentralbank sein, die in westlichen Ländern eingefroren sind. Im Zuge der Sanktionen sind laut einem Bericht von „Bloomberg“ Zentralbankvermögen im Wert von rund 300 Milliarden Euro eingefroren worden. Allein auf Konten in der EU liegen etwa 200 Milliarden Euro der russischen Zentralbank.

Enteignung als Ausweg?

Bislang zirkulierte die Idee, die russischen Guthaben zum Wiederaufbau der Ukraine heranzuziehen. Mit dem akuten werden den Finanzbedarf Kiews wird mittlerweile aber auch über die Idee gesprochen, gar nicht erst das Kriegsende abzuwarten, sondern gleich auf die russischen Zentralbankguthaben zurückzugreifen. Als mögliches Datum wird in diesem Zusammenhang immer wieder der zweite Jahrestag des Kriegsbeginns in der Ukraine zum Ende des kommenden Februars genannt.

Die Enteignung der russischen Guthaben würde die Finanzsorgen der Ukraine kurzfristig lösen, allerdings müsste der Westen dafür langfristig einen sehr hohen Preis zahlen. Allein schon das Einfrieren der russischen Vermögenswerte hat weltweit bei Anlegern Ängste geweckt, dass dieses Mittel künftig auch in anderen Fällen angewendet wird.

Im Sommer 2023 berichtete die „Financial Times“, dass Zentralbanken aus Angst vor Einschränkungen im Stil der



An der Grenze in Medyka: Ukrainische Lkw

UKRAINE

Großzügige Hilfe mit heftigen Nebenwirkungen

Während die Regierungen der USA und EU-Länder weitere Milliardenzahlungen zusagen, bröckelt das Vertrauen der zahlenden Bevölkerung und der Anleger

Anti-Russland-Sanktionen physische Goldreserven als Vorsichtsmaßnahmen aus westlichen Finanzmetropolen abzögen. Mit Blick auf die Idee, russische Zentralbankguthaben nicht nur zu beschlagnahmen, sondern zu enteignen, warnte unlängst der Nobelpreisträger Robert Shiller vor drastischen Konsequenzen für den US-Dollar als weltweite Reservewährung. Der Yale-Professor sprach von einem verheerendem Signal an die ganze Welt und einer Katastrophe für den Dollar. Gleiches dürfte aus Sicht der Investoren für den Euro als Reservewährung gelten. Sollte die Schweiz die nächste Eskalationsstufe der Sanktionspolitik nicht mitmachen, könnte der Schweizer Franken als sichere Anlage profitieren.

Die Blockaden polnischer Landwirte und Lkw-Fahrer an Grenzübergängen zur Ukraine lassen erahnen, dass auch bei ei-

ner EU-Mitgliedschaft der Ukraine mit negativen Folgen zu rechnen sein wird. Hintergrund der Proteste an Polens Ostgrenze sind vor allem die sogenannten Solidaritätskorridore, mit denen die EU der Ukraine beim Export von Getreide helfen will. Laut dem Vorwurf der polnischen Landwirte und Lkw-Fahrer bringt diese Hilfestellung der EU für sie aber starke Wettbewerbsnachteile durch billigere Produkte und Dienstleistungen aus der Ukraine mit sich.

Warnung vor Ramschware

Dieser Konflikt droht sich zu verschärfen: Laut aktuellen Prognosen müssen die Landwirte in Deutschland und anderen EU-Ländern durch die Dauerregen mit starken Ernteausfällen bei Wintersaaten rechnen. Rund um das Schwarze Meer wird dagegen durch die milde Witterung

mit einer besonders ertragsreichen Getreideernte gerechnet. In der österreichischen „Kronen“-Zeitung warnte unlängst der Obmann der Freiheitlichen Bauernschaft Peter Schmiedlechner zudem vor pestizidbelastetem Getreide, das verstärkt auf dem europäischen Markt landete. Laut Schmiedlechner gibt es aufgrund fehlender Herkunftskennzeichnung derzeit keine Anhaltspunkte, woher das Mehl oder das Getreide stammt, das die Verbraucher kaufen: „Man denkt, man kauft Qualität, und bekommt aber dann eine billige Ramschware aus der Ukraine.“

Der Bundesobmann der Freiheitlichen Bauern äußerte Befürchtungen, dass auch im Fall einer ukrainischen EU-Mitgliedschaft die Qualitätsstandards nicht steigen werden: „Die Zeichen stehen ja so, dass wir uns eher an die Ukraine anpassen“, so Schmiedlechner.

KUBA

Havanna droht der Wirtschaftskollaps

Versorgungsengpässe, marode Infrastruktur und Landflucht – Exil-Kubaner raten von Reisen ab

Weißer Strände, grüne Palmen, süßer Rum – der Inselstaat Kuba bietet alles, was das Touristenherz begehrt. Doch seit diese mehr und mehr ausbleiben, erlebt das kommunistische Land eine Wirtschaftskrise wie schon lange nicht mehr.

Elf Millionen Einwohner zählt Kuba offiziell noch, doch hinter vor gehaltener Hand raunen Einige: „Es sind deutlich weniger.“ Fest steht, dass im Zuge der jüngsten Flaute mehr als eine Viertelmillion ihre Heimat verlassen haben. Vor allem junge Menschen zieht es mangels Perspektive ins Ausland. Der karibische Inselstaat unterliegt seit 1962 einem weitgehenden US-Embargo. Am 1. Januar jährte sich zum 65. Mal die kommunistische Revolution. Seit den 1990er Jahren haben die Machthaber in Havanna eine Politik der vorsich-

tigen Öffnung verfolgt. Vor allem Touristen sollten ins Land kommen und Devisen mitbringen. Einige Zeit funktionierte das ganz gut. Doch spätestens mit der Corona-Pandemie war es mit der neuen Herrlichkeit vorbei. In der vergangenen Reisezeit kamen rund 1,81 Millionen Urlauber auf die Insel, die Machthaber hatten gut die doppelte Zahl erhofft.

Engpässe sogar bei Lebensmitteln

Und es sind nicht nur die Auswirkungen der Pandemie, die Kuba zu schaffen machen, denn andere (exotische) Reiseziele haben längst wieder Vor-Corona-Niveau erreicht. Viele Hotels sind in die Jahre gekommen, für die dringend notwendigen Reparaturarbeiten fehlt es an Material. Und es gibt Versorgungsengpässe bei Lebensmitteln. Ende November 2023 haben

während einer UN-Vollversammlung 187 Staaten dafür gestimmt, dass die USA ihre Blockade-Politik gegenüber dem Land aufgeben, da eine humanitäre Katastrophe droht. Ex-US-Präsident Donald Trump hatte einen deutlich schärferen Kurs gegenüber den Kommunisten gefahren als seine Vorgänger. Sein Nachfolger Joe Biden setzte diese Politik bislang fort.

Das hat Folgen. Reisen nach Kuba waren bislang auch bei deutschen Touristen sehr beliebt. Doch seit 2019 gibt es für diese nach einem Kuba-Besuch verlängerte Prozeduren bei der Einreise in die USA. In Washington verfolgt man die Politik der Kubaner mit Unbehagen. Traditionell sind Kubas Beziehungen mit Moskau, noch enger sind sie seit Jahrzehnten zu Venezuela. Seit die einstige sozialistische Musterrepublik im Chaos versinkt, ist ein wichtiger Handelspartner

weggebrochen. Ein durchschnittlicher Monatslohn auf Kuba entspricht nach dem derzeitigen Wechselkurs rund 15 Euro. Angesichts der hohen Inflation können sich viele Kubaner kaum mehr leisten als die vom Staat stark subventioniert abgegebenen Grundnahrungsmittel, doch auch die sind Mangelware.

Das Regime hat kürzlich die Spritpreise drastisch erhöht. Außerdem wurden landesweit 29 Tankstellen eröffnet, die Benzin ausschließlich gegen US-Dollar verkaufen. Das Ziel ist klar. Touristen, vor allem aus Kanada, sollen teuer tanken und damit das dringend benötigte Geld in die Kassen spülen. Doch die Probleme sind tiefgreifender. Mittlerweile raten Exil-Kubaner Touristen von Reisen in ihre Heimat ab. „Dein Paradies, mein Gefängnis“, heißt eine Kampagne. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Japan setzt auf Kernfusion

Naka – Im Dezember 2023 wurde nach einer Bauzeit von mehr als 15 Jahren der Testreaktor Japan Torus 60 Super Advanced (JT-60SA) in Betrieb genommen. Hierbei handelt es sich um die weltweit leistungsstärkste Versuchsanlage zur Kernfusionsforschung. In dem 15 Meter hohen Reaktor unweit der Stadt Naka in der japanischen Präfektur Ibaraki soll Wasserstoff bis auf 200 Millionen Grad Celsius erhitzt werden, um dessen Atomkerne derart zu verschmelzen, dass Helium entsteht, was zur Freisetzung gigantischer Energiemengen führt und in der Zukunft die Energieprobleme der ganzen Welt lösen könnte. Der umgerechnet 400 Millionen Euro teure JT-60SA ist allerdings nicht für den kommerziellen Betrieb konzipiert, sondern soll Informationen liefern, die für die Indienstellung des noch im Bau befindlichen, deutlich größeren europäischen Fusionsreaktors ITER im südfranzösischen Kernforschungszentrum Cadarache benötigt werden. *W.K.*

Möbelboom in Russland

Moskau – Staatliche Subventionen und günstige Kredite haben in Russland zu einem anhaltenden Bauboom geführt. Im vergangenen Jahr wurden mit knapp 41 Millionen Quadratmetern etwa zehn Prozent mehr Wohnraum geschaffen als 2022. Dieser Zuwachs sowie der Rückgang von Importen aus dem Ausland hat die russische Möbelindustrie beflügelt und 2023 zu einem regelrechten Boom in der russischen Möbelindustrie geführt. Die Hersteller produzierten mit knapp 67 Millionen Möbelstücken etwa 33 Prozent mehr als 2022. Der Umsatz stieg auf umgerechnet zirka 4,3 Milliarden Euro. Der Höhenflug der Möbelproduktion hält ebenfalls schon länger an. 2022 betrug der Zuwachs bereits mehr als 15 Prozent, gegenüber 2019 wurden sogar 58 Prozent mehr Möbel hergestellt. *MRK*

Läuft es ohne Euro besser?

Frankfurt/Main – Mit Wirkung zum 1. Januar 2024 hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Kapitalschlüssel angepasst. Mit der Anpassung ist der Anteil von 17 Zentralbanken am gezeichneten Kapital der EZB gestiegen, der Anteil von neun Zentralbanken ist gesunken. Als Berechnungsgrundlage dienten Daten zur Gesamtbevölkerung und zum Bruttoinlandsprodukt der EU-Mitgliedsländer. Insgesamt beläuft sich das gezeichnete Kapital der EZB auf 10.825.007.069,62 Euro (Stand Jahresanfang). Der Anteil der Bundesbank stieg durch die Neuberechnung von 21,4394 auf nunmehr 21,7749 Prozent. Bei Euro-Ländern wie Frankreich, Spanien, Italien und Griechenland verringerte sich dagegen der Anteil. Insgesamt ging als Folge der Neuberechnung der Anteil der Euro-Mitgliedsländer am EZB-Stammkapital zurück, der Anteil der Nicht-Euroländer stieg. Zuletzt war der Kapitalschlüssel der EZB im Februar 2020 nach dem Ausscheiden der Bank of England aus dem Europäischen System der Zentralbanken angepasst worden. *H.M.*

ANALYSE

Die Nöte der Bauern

HERMANN MÜLLER

Bei den Diskussionen der Landwirte, in den Reden auf den Demonstrationen und auch auf den Transparenten sind die Grünen unübersehbar der Hauptgegner. Dazu beigetragen haben die Reaktionen von Grünen-Politikern. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hatte als Reaktion auf die Proteste in einer Videobotschaft nicht nur die Landwirte über die Demokratie belehren wollen. Er fordert auch dazu auf, „ernsthaft und ehrlich“ über die Probleme in der Landwirtschaft zu diskutieren. Zu Recht wies das Fachjournal „Agrarheute“ darauf hin, dass Habeck wissen sollte, dass über die Probleme bereits tausendfach diskutiert wurde.

Tatsächlich muss die Breite der Protestbewegung als Zeichen gesehen werden, dass die bisherige Agrarpolitik die Probleme nicht gelöst hat. Auch ein aktueller Vorstoß von Greenpeace dürfte für die Bereitschaft der protestierenden Landwirte zu weiteren Diskussionsrunden nicht förderlich sein. Greenpeace schlug vor, zusätzlich zu der schon beschlossenen Änderung beim Agrardiesel auch noch weitere „umweltschädliche Subventionen“ in Milliardenhöhe zu kürzen.

Landwirtschaftsminister Cem Özdemir hat wiederum die Einführung eines „Tierwohl-Cent“ vorgeschlagen. Als Reaktion hat der Milchindustrieverband bereits davor gewarnt, dass die Mehrbelastungen die Bauern wohl aus der eigenen Tasche bezahlen müssen, da die oft genossenschaftlich organisierten Molkeereien die Kosten für den „Tierwohl-Cent“ vermutlich nicht an den Handel weitergeben können.

Bereits vergangene November hatte Özdemir den Agrarpolitischen Bericht der Bundesregierung vorgelegt, aus dem hervorging, dass in Deutschland pro Tag zehn Agrarbetriebe aufgegeben. Mit Blick auf diese Entwicklung erklärte Özdemir: „Viel zu viele Höfe mussten aufgeben. Unsere Landwirte sind zu Veränderungen bereit, brauchen aber Planungssicherheit.“

Innerhalb der Ampelregierung blieb die Forderung nach Planungssicherheit für die Bauern ganz offensichtlich ungehört. Nur wenige Wochen später beschloss die Regierung mit der Abschaffung der Kfz-Steuerbefreiung für landwirtschaftliche Fahrzeuge und der fakti-

schen Steuererhöhung beim Agrardiesel neue Belastungen.

Schon die bisherige, maßgeblich von den Grünen geprägte Politik hat die Wettbewerbssituation der Landwirte immer weiter verschlechtert. Die „Energiepreise“ hat z.B. mit dafür gesorgt, dass die Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen teilweise so angestiegen sind, dass Landwirte nicht mehr mithalten können. Stattdessen machen dann Betreiber von Windkraftanlagen das Rennen, die viel höhere Pachtpreise zahlen können. Auch die stufenweise Anhebung der Kohlendioxid-Bepreisung lässt über die Preise für Strom, Diesel oder Düngemittel die Kosten für die Landwirte steigen. Ohne Entlastungen oder höhere Preise ist damit zu rechnen, dass immer mehr Agrarbetriebe aufgeben.

Die DZ-Bank prognostiziert in einer Studie zum Strukturwandel in der deutschen Landwirtschaft, dass die Hälfte der derzeit bewirtschafteten Bauernhöfe bis 2040 verschwinden wird. Demnach ist damit zu rechnen, dass von 265.000 Bauernhöfen im Jahr 2022 im Jahr 2040 nur noch rund 100.000 übrig sein werden. Parallel wird laut der DZ-Bank die Durchschnittsgröße eines hiesigen Agrarbetriebs von 64,8 auf 160 Hektar zulegen. Angesichts des gestiegenen Wettbewerbsdrucks haben schon in den letzten Jahrzehnten kleine Höfe, die zumeist im Nebenerwerb bewirtschaftet wurden, aufgegeben. Entstanden sind dafür vielerorts mittelständische Agrarunternehmen.

Auch dies könnte nur ein Zwischenschritt sein. Verschlechtert sich die Situation in der Landwirtschaft weiter, werden langfristig große Agrarkonzerne den ländlichen Raum prägen. Diese sind eher in die Lage, die steigenden Investitionskosten durch immer neue Auflagen zum Umwelt- und Tierschutz zu tragen.

Das drohende Verschwinden von Bauernhöfen, die Ausbreitung von Agrarkonzernen hat Folgen, die hierzulande in der öffentlichen Diskussion bislang nur eine geringe Rolle spielen. Im ländlichen Raum wird die Zahl der selbstständig wirtschaftenden Landwirte abnehmen, dafür wird durch die Großbetriebe auch dort die Zahl der abhängig Beschäftigten zunehmen. Insgesamt ist durch das Höfesterben mit einem Schwinden von Erwerbsmöglichkeiten auf dem Lande und damit auch mit Abwanderung zu rechnen.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbemittel der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bürogeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Rabiate Vergangenheit: Ausschreitungen von Grünen-Anhängern bei der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf 1986

ZWISCHENRUF

Die Grünen und der kommende Umsturz

REINHARD MOHR

Als Olaf Scholz, der unbeliebteste Kanzler der Deutschen seit 1949, nach dem russischen Angriff auf die Ukraine vor bald zwei Jahren von einer „Zeitenwende“ sprach, ahnte er noch nicht, dass dies nur der Anfang tatsächlich grundlegender Veränderungen sein würde. Inzwischen sind jede Menge „Verkehrs- und Wärmewenden“ angekündigt worden, und überhaupt soll die ganze Gesellschaft „transformiert“ werden, was nicht nur nach einem anonym funktionierenden „Transformator“ klingt, sondern auch nach den berichtigten „Fünfjahresplänen“ der sozialistischen DDR, die am Ende in deren Untergang führten.

Der brutale Überfall der palästinensischen Hamas-Terroristen auf die israelische Zivilbevölkerung und der darauffolgende Krieg um Gaza bescherte der Welt die nächste Zeitenwende, auf die gerade Deutschland so gar nicht vorbereitet war – nicht nur, was den geradezu explosionsartig vermehrten Antisemitismus betrifft.

Umdeutung von legitimem Protest

Und nun sind auch noch die Bauern mit ihren Traktoren auf den Straßen. Neben ihren konkreten Forderungen – der Rücknahme der Subventionskürzungen – artikulieren sie eine allgemeine, in der Bevölkerung weit verbreitete Ablehnung der Ampel-Politik insgesamt. Der Vertrauensverlust ist riesig und in Wahlumfragen messbar. Mehr noch: Der Respekt vor der Bundesregierung ist in einmaliger Weise geschwunden, vor allem auch, weil sie mehr mit sich selbst ringt als mit den drängenden Problemen, die einer Lösung harren. Die Unzufriedenheit ist so groß geworden, dass ein Hauch von Volksaufstand über dem Land liegt, während die AfD immer neue Umfrage-Rekorde erzielt.

Und so bekommen kleine Szenen des Protests eine ikonographische Bedeutung, die über den Anlass hinausgeht. Die angebliche Blockade der Fähre, mit der Robert Habeck zu Jahresbeginn von der Hallig Hooge aufs Festland zurückkehren wollte, wurde von den Grünen und Teilen der Medien umstandslos als Beginn eines Umsturzversuchs interpretiert.

Was juristisch immerhin als Nötigung zu bewerten wäre und von den Klimaklebern seit fast zwei Jahren tausendfach praktiziert wird, erschien nun als Auftakt eines ungeheuerlichen Versuchs von ein paar hundert ostfriesischen Bauern, die

Macht im Staate an sich zu reißen. In den „sozialen“ Medien war gar von „Lynchmob“ die Rede. Dabei waren keine Fäuste, keine Steine und schon gar kein „Molotowcocktail“ geflogen, die traditionelle Handfeuerwaffe linksradikaler Demonstranten von Leipzig bis Hamburg, die gerne auch zu Silvester zum Einsatz kommen. Es wurden auch keine Baseballschläger und Eisenstangen gesichtet, mit denen linke Antifas vermeintlichen „Nazis“ den Kopf einschlagen. Der NDR veröffentlichte inzwischen sogar einen Bericht, nach dem es entgegen früherer Medienberichte gar keinen Versuch der Bauern und weiterer Personen gegeben habe, die Fähre zu stürmen.

Verdrängte grüne Umsturzträume

Man muss kein Küchenpsychologe sein, um hier einen klaren Fall von retrograder Projektion in Tateinheit mit traumatisch aktualisierten Angstattacken nach Dr. Freud zu wittern. Die gesamte Geschichte und Vorgeschichte der Grünen, die mit der Revolte von 1968 begann, besteht aus revolutionären Umsturzphantasien, radikalen Widerstandsaktionen, Blockaden, Hausbesetzungen und einer schier endlosen Debatte darüber, ob die Anwendung von Gewalt gegen den Staat und seine Repräsentanten gerechtfertigt sei – oder nur jene gegen „Sachen“. Kurz: Man projiziert das, was man einst selbst getan oder zumindest gutgeheißen hat, auf die Demonstranten von heute, in diesem Fall die Bauern.

Ältere Zeitgenossen erinnern sich noch, wie schwer es vielen „Aktivisten“ von damals fiel, sich klar und unmissverständlich vom mörderischen Terror der RAF zu distanzieren. Zu den großen Auseinandersetzungen, die die Gründungsphase und Frühzeit der Grünen prägten, gehörten die militanten Kämpfe gegen die geplanten Atomkraftwerke in Wyhl, Brokdorf und Grohnde, gegen das Atomendlager in Gorleben und die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf.

Erbittert wurde auch gegen die Startbahn West am Frankfurter Flughafen gekämpft, nicht zu vergessen die „Friedensbewegung“ Anfang der 80er Jahre. Anlass zu „zivilem Ungehorsam“ mit Blockaden und Besetzungen gab es immer wieder, zuletzt im Hambacher Forst („Hambi“) und in Lützerath („Lützi“), wo es zu Sachbeschädigungen, Brandstiftungen und Dutzenden Verletzten kam. Gesamtschaden: über 200.000 Euro.

Bei all diesen Ereignissen waren Grüne maßgeblich beteiligt oder sympathi-

sierten mit den Demonstranten und Besetzern – zuletzt eher halbherzig, und das aus einem einzigen Grund: Man repräsentiert nun selbst die Staatsgewalt und kommt damit der eigenen Widerstandsgeschichte in die Quere, die stets mit der Losung verbunden war: „Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt!“ Und fast überall solidarisierte man sich damals mit der Landbevölkerung, ob mit den südbadischen Winzern oder den niedersächsischen Bauern in Lüchow-Dannenberg.

„Es entbehrt nicht der geschichtlichen Ironie, dass die Partei, die anfangs die Bauern als Sinnbild des Widerstands gegen die industrielle Moderne romantisierte, nun selbst zur Zielscheibe von Traktorenblockaden und dergleichen wird, weil sie einige Privilegien für die Bauern abbauen will“, schreibt die „Welt“. Ob es hier wirklich um Privilegien geht, steht auf einem anderen Blatt.

Erinnerungen an SED-Argumente

Die neue grüne Staatsräson, fest im Bunde mit dem großen Ziel der klimapolitischen Weltrettung, sieht sich nun mit einer überall aufkeimenden Rebellion konfrontiert, die sie nur als missliebige Störung des einzig richtigen Kurses empfinden kann. Von Ferne erinnert das an eine Schrift der SED, mit der im Jahr 1957 begründet wurde, warum es in der DDR keine Opposition geben könne: Im sozialistischen Paradies müsste sie sich ja „gegen die Einheit der Arbeiterklasse, gegen unseren Arbeiter- und Bauernstaat richten. Sie müsste für den NATO-Kriegspakt und für die Vorbereitung eines Atomkriegs sein. Solch eine Opposition zu dulden wäre verbrecherisch.“ Eben.

Nein, wir wollen keine falschen historischen Parallelen ziehen, aber die panikartige „Flucht“ von Robert Habeck vor angeblich gewalttätigen Bauersleuten zeigt die tiefsitzenden, verdrängten Ängste der rotgrünen politischen Klasse, die nun gerade wieder virulent werden, weil man in jungen Jahren selbst jede Menge „feuchte Träume vom Umstürzen“ (Cem Özdemir) hegte.

Mit einer Psychotherapie wird es jetzt allerdings nicht getan sein.

● **Reinhard Mohr** ist freier Autor und schreibt u.a. für „Die Welt“ und die „Neue Zürcher Zeitung“. 2023 erschien sein mit Henryk M. Broder verfasstes Buch „Durchs irre Germanistan. Notizen aus der Ampel-Republik“ (EuropaVerlag). www.europa-verlag.com

VON VEIT-MARIO THIEDE

Die Wanderbischöfe Korbinian und Pirmin stehen im Mittelpunkt großer Landesausstellungen; Bamberg huldigt dem vor 1000 Jahren gestorbenen Kaiser Heinrich II.; Schweinfurt beantwortet die Frage, wie Spitzweg es mit der Liebe hielt; und Weimar gibt Auskunft darüber, wie Walter Gropius und die Bauhäusler mit dem Nationalsozialismus umgingen. Das sind nur einige der Ausstellungshöhepunkte in diesem Jahr 2024.

Gefälschte Urkunden sind in Baden-Württemberg Anlass für die Landesausstellung **Welterbe des Mittelalters. 1300 Jahre Klosterinsel Reichenau**. Ihr Fälscher war im 12. Jahrhundert der Reichenauer Mönch Udalricus. Er schabte den Text zweier alter Urkunden ab, behielt deren Siegel bei und schrieb einen neuen Text aufs Pergament. So entstanden die „Stiftungsurkunde“ und die „Privilegienurkunde“, angeblich ausgestellt vom fränkischen Hausmeier Karl Martell am 25. April des Jahres 724. Die Wissenschaftler sind jedoch überzeugt, dass Udalricus durchaus richtige Angaben gemacht hat.

Es besteht also kein Zweifel daran, dass der später heiliggesprochene Pirmin um 724 auf der Bodenseeinsel Reichenau eine Mönchsgemeinschaft gründete. Die vom Badischen Landesmuseum Karlsruhe erarbeitete Jubiläumsschau ist ab dem 20. April im Archäologischen Landesmuseum Konstanz zu sehen. Zu den 250 kostbaren Exponaten gehören Prachtbände aus der Reichenauer Malerwerkstatt. Die Universitätsbibliothek Heidelberg ist Leihgeber des um 980 angefertigten Petershausener Sakramentars. Dessen Miniatur der thronenden Ecclesia schmückt das Ausstellungsplakat. Zweiter Schauplatz der Ausstellung ist die Klosterinsel Reichenau selbst mit ihren drei mittelalterlichen Kirchen, der Münster-schatzkammer und dem Museum Reichenau. (www.ausstellung-reichenau.de)

Das Bistum Freising feierte 1724 sein 1000-jähriges Bestehen. Am Jahr 724 wird bis heute festgehalten, erweitert um den Zusatz „um“. Vor 1300 Jahren also wirkte Korbinian in Freising. Er gilt als der geistliche Vater des Bistums, das formell Bonifatius erst anno 739 gründete. Die vom Haus der Bayerischen Geschichte konzipierte Jubiläumsschau ist ab 7. Mai im Di-



Hat gute Laune: Das Portrait des „Lachenden Jungen“ von Frans Hals ist ab dem 12. Juli in der Berliner Gemäldegalerie zu sehen

özesanmuseum Freising zu erleben. Sie heißt **Tassilo, Korbinian und der Bär – Bayern im frühen Mittelalter**. Der Bär ist das Attribut des heiligen Korbinian.

Meister des Augenblicks in Berlin

Tassilo III. war der letzte Herrscher aus dem bayerischen Herzogsgeschlecht der Agilolfinger. Karl der Große setzte ihn 788 ab. Zu den Glanzlichtern der Schau gehören das „Scheibenreliquiar des heiligen Bonifatius“ (2. Viertel 8. Jh. und Mitte 12. Jh.) aus dem Fritzlarer Domschatz und der kunstvoll illustrierte Codex Millenarius Maior (nach 800) aus dem von Tas-

silio III. gegründeten Stift Kremsmünster. (www.hdbg.de)

Der Gründung des Bistums Bamberg verdankt Kaiser Heinrich II. seine Heilig-sprechung. Er starb am 13. Juli 1024 und ist mit seiner ebenfalls heiliggesprochenen Gemahlin Kunigunde im Bamberger Dom bestattet. Die am Domberg angesiedelten Museen ehren den Gönner der Stadt mit Sonderausstellungen. Den Anfang macht das Diözesanmuseum. Ab dem 24. Februar läuft die Schau **Kreuze. 1000 Jahre nach Heinrich II. – Begegnung von Edelstein und Kettensäge**. Kreuze aus unseren Tagen gesellen sich dabei zum Heinrich-

skreuz aus dem Fritzlarer Domschatz. (www.dioezesanmuseum-bamberg.de)

Das mit Edelsteinen, Perlen und 17 antiken Gemmen geschmückte Prachtkreuz war ein Geschenk des Kaisers an das Fritzlarer St.-Petri-Stift. Die Staatsbibliothek präsentiert ab 16. September Handschriften, die Heinrich nach Bamberg stiftete. Die mit zahlreichen erlesenen Miniaturen ausgestattete „Bamberger Apokalypse“ (um 1020) hatte er im Kloster Reichenau dazu gezwungen werden. Das Schiller Museum dokumentiert Lebenswege von Bauhäuslern in der NS-Diktatur. (www.klassik-stiftung.de)

Frans Hals (1582/83–1666) gilt als einer der größten Porträtmaler aller Zeiten. Er schuf ganzfigurige Gruppen-bilder von Schützengesellschaften, malte wohlhabende Bürger und ihre Frauen in Halbfigur, und er gilt als erster Künstler Hollands, der soziale Außenseiter für porträtwürdig erklärte. Die Berliner Gemäldegalerie widmet ihm ab dem 12. Juli eine Sonderschau. Viele Gemälde verbreiten gute Laune. Etwa der aus Paris anreisende „Lautenspieler“ (um 1623/24). Der junge Musiker blickt schräg nach links oben und grinst. Berühmt ist Hals für seine skizzenhaft lockere Pinselführung, die etwa die Impressionisten Liebermann, Slevogt und Corinth bewunderten. Sie werden in der Schau mit einigen Gemälden vertreten sein. (www.smb.museum)

Ausgerechnet der notorische Junggeselle Carl Spitzweg (1808–1885) widmete der Liebe zahlreiche Gemälde. Sie haben tragikomische Titel wie „Der ewige Hochzeiter“. Wiederholt laufen Mönche Gefahr, in Liebesangelegenheiten verwickelt zu werden. Das zeigt das Gemälde „Senerin und Mönch“ (1838). Eben noch war der in freier Natur sitzende Mönch in seine Lektüre vertieft. Nun blickt er über die Schulter erschrocken einer jungen Frau entgegen, die mit einem roten Schirm in der Hand beherzt zu ihm herübersteigt. Zu sehen ist das Gemälde ab dem 17. März im Schweinfurter Museum Georg Schäfer in der Schau **Der rote Schirm – Liebe und Heirat bei Carl Spitzweg**. (www.museumgeorgschaefer.de).

Dass nicht alle Bauhäusler im Umgang mit dem Nationalsozialismus eine weiße Weste behielten, ist ein offenes Geheimnis. Ab dem 9. Mai zeigt die Klassik Stiftung Weimar die Ausstellung **Bauhaus und Nationalsozialismus**. Sie veranschaulicht erstmals die vielfältigen Formen des Umgangs der Künstler mit dem totalitären System. Im Museum Neues Weimar stehen die künstlerischen und politischen Konflikte im Blickpunkt, die 1919 bis 1933 am Bauhaus ausgefochten wurden. Im Bauhaus Museum geht es um die Beschlagnahme „entarteter Kunst“ 1937 und die Weimarer Vorläuferaktion von 1930, bei der über 70 Werke von Bauhaus-Künstlern wie Feininger und Klee aus dem Schloss entfernt wurden. Das Schiller Museum dokumentiert Lebenswege von Bauhäuslern in der NS-Diktatur. (www.klassik-stiftung.de)

TV-KRITIK

Monster im Grenzland

Was geschah bei der Oderflut von 1997? – Die achteilige Mysteryserie „Oderbruch“ unterläuft gewohnte Seh-Gewohnheiten

Grau ist es in diesem abgelegenen Grenzland nahe Polen. Die Kamera schwenkt über kahle Bäume, verdorrte Heide, überflutete Wiesen, aus denen abgestorbene Baumstümpfe ragen. In ärmlichen Häusern mit abgeblätternen Wänden hausen Menschen mit eingefallenen Gesichtszügen und erloschenen Augen. „Oderbruch“ nennt die ARD die achteilige Mysteryserie lakonisch (19. und 26. Januar, ab 22.20 Uhr mit jeweils vier Folgen).

Der Oderbruch ist das dünn besiedelte Grenzgebiet zwischen Frankfurt an der Oder, Küstrin und Eberswalde. Hier, nur noch knapp 100 Kilometer von Berlin entfernt, tobte im April 1945 eine der letzten großen Abwehrschlachten der deutschen Wehrmacht gegen die Rote Armee. Zehntausende verloren im Kampf um die Seelower Höhen ihr Leben, der Boden war blutgetränkt. Immer noch werden hier Gebeine von Gefallenen gefunden.

Aber dieser historische Hintergrund ist es nicht, der die Fernsehmacher inter-

essierte. Der Plot: In dem fiktiven Dörfchen Krewlow stoßen zwei Angler zufällig auf einen Leichenberg. Es handelt sich um Tierkadaver und menschliche Leichen, alle ausgeblutet. Eines der Opfer lebt noch. Das letzte, was der sterbende Mann

auf einen Zettel schreiben kann, sind Kraken, die der polnische Ermittler Stanislaw Zajak (Lukas Gregorowicz) später zu einem Vornamen zusammensetzt.

Rückblenden zeigen eine dysfunktionale Familie in einer ärmlichen Hütte, wo

der kleine Sohn vom Vater misshandelt und von seiner großen Schwester beschützt wird. Nach dem monströsen Leichenfund wird diese längst erwachsene Schwester in ihre alte Heimat zurückkehren und nach ihrem Bruder suchen, der angeblich seit der großen Oderflut im Jahre 1997 verschollen ist. Ein weiterer Erzählstrang zeigt ein Internat kurz hinter der Grenze, ebenfalls von Düsternis umweht, in dem die dort lebenden Straßenkinder dazu gezwungen werden, in regelmäßigen Abständen Blut zu spenden. Was geht in dieser Region vor?

Mehrere Polizisten nehmen die Spur auf, öffnen knarrende Türen, sprechen mit eisilbigen Menschen. Rückblenden verwirren mehr, als dass sie den Zuschauern erhellende Puzzleteile an die Hand geben. Da wäre etwa ein Vorfall aus der Kindheit, wo die Schwester den kleinen Bruder vor den Nachstellungen eines Mitschülers beschützt. Sie schubst den Quälgeist in den Stacheldraht, setzt ihm nach,

und hat plötzlich überall Blut im Gesicht. Irgendein Geheimnis geistert durch die Einöde, Karoline Schuch als Maggie Krings nähert sich dem Ungeheuren in kleinen Schritten und mit versteinertem Miene. Zunächst findet sie heraus, dass ihr Bruder Kai (Julius Gause) noch lebt und in den letzten Jahrzehnten kaum gealtert ist. Wie kann das sein?

Wer Serienware der Öffentlich-Rechtlichen gewohnt ist, erlebt hier durchaus Schockmomente. Man wolle auch die jüngeren Zuschauer erreichen, die sonst eher Streaming-Dienste abrufen, heißt es seitens des Senders, was nur bedeutet, dass mit Effekten nicht gespart wird. In teilweise verstörenden Bildern entwickelt sich das Panorama eines Landstrichs, in dem einige der Bewohner mit einem düsteren Geheimnis geschlagen sind. Überraschende Wendungen, die zur Grundausstattung jedes Krimis gehören, werden hier ins Aberwitzige gedreht. Mehr darf nicht verraten werden. *Anne Martin*



Oderflut 1997: Maggie (Alix Heyblom) und ihr Bruder Kai (Julius Gause) packen mit an

Neustart der deutschen Linken

Mit der aus dem „Modell Deutschland“ unternommenen „Reise nach Tunix“, einem Treffen von „Unorganisierten“ in der Technischen Universität Berlin, begann vor 46 Jahren der Weg an die Macht

VON STEFAN PIASECKI

Im Jahre 1978 in West-Berlin: Demo vor dem Gefängnis Moabit, Tausende Studenten auf den Straßen, Gäste aus europäischen Ländern an der TU Berlin, überfüllte Hörsäle, Initiativgruppen greifen in die Stadtteile aus. Wissenschaftssenator Peter Glotz von der SPD befreit durch die Polizei eingekesselte Studenten, die zuvor Rettungswagen blockierten und die Polizei angriffen. Was sich ausnimmt wie ein erneuter Besuch des Schahs von Persien, der noch zehn Jahre zuvor in West-Berlin zu Massenkrawallen geführt hatte, war tatsächlich das Ergebnis einer Sinnsuche der linken Szene am Ende eines Jahrzehntes von RAF-Terror, Hausbesetzungen und staatlicher Repression.

Vom 27. bis 29. Januar entfaltete sich an der Technischen Universität der Kongress „Reise nach Tunix“. Studenten der Freien Universität realisierten die Idee einer Zusammenkunft über oft ideologisch hart verteidigte Grenzen verschiedener Gruppen des links-alternativen Spektrums und der Spontiszene hinweg, um der teils zerschlagenen, sich zerfasernden und nicht selten mittels staatlicher Unterdrückung marginalisierten außerparlamentarischen Linken zu neuen Operationsmöglichkeiten zu verhelfen.

Das Potential einer gesellschaftlichen Wirkung schien auf den bislang beschränkten Wegen ausgeschöpft. Die Hausbesetzerbewegung schuf keine neuen Inspirationen mehr, sie besetzte nur noch immer neue Gebäude. Die Gewalttaten der Rote Armee Fraktion (RAF) im „Deutschen Herbst“ 1977, der Bewegung des 2. Juni sowie der Revolutionären Zellen (RZ) waren längst nicht vergessen und die Angst vor linker Radikalität so präsent wie nie zuvor. Die Regierung schränkte zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung Freiheitsrechte ein. Mit der neuen Methode der sogenannten Rasterfahndung gerieten auch Unschuldige in die Fahndungsnetze. Der RAF-Terrorismus seinerseits überdeckte das breite Spektrum linker Bewegungen mit brutaler Gewalt, die in der großen Vielfalt gesell-



Nahmen an der Podiumsdiskussion im TU-Audimax teil: Wissenschaftssenator Peter Glotz und FU-Präsident Eberhard Lämmert (v.l.)

Foto: ullstein bild/Rondholz

tion (APO) der 68er-Bewegung orientierte. Ihre Kraft hatte sich auch in ideologischen Auseinandersetzungen miteinander zunehmend erschöpft.

Ziele und Ursachen

Das Ziel der Tunix-Organisatoren war nun eine Neujustierung der politischen Linken. Gewalttätigen Versuchen des revolutionären Umsturzes wurde eine Absage erteilt, frei von theoretischen oder ideologischen Zwängen und Festlegungen erschien es dringend notwendig, mit intelligenten und kreativen Ansätzen zu neuen Potenzialen zu finden.

Die sichtbare Aufrüstung der Polizei, der sich wehrhaft gebende und zu Repressionen wie dem sogenannten Radikalerlass greifende Rechtsstaat, der Kalte Krieg und dessen anhebende Nachrüstungsdebatte sowie insbesondere die Berichte des Club of Rome, die erstmals einer breiten Öffentlichkeit die Folgen und Zusammenhänge wirtschaftlichen Wachstums mit Umweltkatastrophen, Ressourcenknappheit und Bevölkerungswachstum verdeutlichten, beunruhigten viele Menschen und führten widerständigen Gruppen neue Anhänger und Inhalte zu.

Dass die wohlfahrts- und wachstumsverwöhnte Bundesrepublik anfällig für Einflüsse von außen war, hatte sich schon 1973 gezeigt, als der Yom-Kippur-Krieg die Ölkrise auslöste und Energiepreise sich massiv verteuerten. Die oft noch nach dem Gesellschaftsmodell der Adenauerzeit strukturierten Einverdienerefamilien waren in besonderem Maße durch Arbeitslosigkeit und Inflation gefährdet. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) der Regierung Brandt hatte Hochschulbildung für breitere Gesellschaftsschichten möglich und attraktiv gemacht, gleichzeitig kamen dadurch immer mehr Menschen

mit dem akademisch geprägten Potential von Gesellschaftskritik in Berührung, konnten dies aber nicht frei von Repression ausleben. Die 1970er wirkten für viele Menschen bewusstseinsverändernd. Alte Gewissheiten galten nicht mehr. Die Bundesrepublik als Frontstaat im Kalten Krieg war auch wirtschaftlich und gesellschaftlich sowie strukturell keine Nische wohlfahrtsstaatlicher Windstille mehr.

Was geschah konkret?

Was geschah nun an der TU Berlin im Januar 1978? Die titelgebende „Reise nach Tunix“ war zunächst ein Widerspruch in sich. Es ging nicht darum, nichts zu tun. Ganz im Gegenteil schien Aktion nötig und an eine reale Auswanderung an die „Strände von Tunix“, wie es hieß, war schon einmal gar nicht gedacht. Es ging um Vernetzung, die Verabredung von Aktionen, darum, sich kennenzulernen. Kennzeichnend für die linke Szene war damals eine geradezu impulsive Kreativität. Die Konferenz war nicht, was angesichts des Anlasses und der Thematik zu erwarten gewesen wäre, von Depression oder Negativität geprägt. Das Gegenteil war der Fall. Vielgestaltig boten sich Informationsstände dar, ein Rahmenprogramm machte Künstler wie „Trotz und Träume“ oder „Mobiles Einsatzorchester“ und Initiativen zur juristischen Aufarbeitung der Stammheim-Prozesse einem überregionalen Publikum bekannt. Unter dem Untertitel „Rosa glänzt der Mond von Tunix“ organisierten und präsentierten sich Initiativen zum Kampf um Anerkennung von Gleichgeschlechtlichkeit.

Der Berliner Wissenschaftssenator Glotz stellte sich den Organisatoren und kam zu einer kritischen Podiumsdiskussion. Er spielte darüber hinaus eine weitere Rolle als Schlichter von Konflikten

außerhalb der Hochschule. Als „Agit-Action“ wurden Vernetzungs- und Solidaritätsaktionen in Berliner Stadtteilen und am Gefängnis Moabit bezeichnet, die parallel stattfanden, um dem möglichen Vorwurf einer akademischen Eliteveranstaltung durch eine basisdemokratische Verbreiterung zuvorzukommen. Bei einer solchen „Agit-Action“-Aktion kam es am Ernst-Reuter-Platz zu Ausschreitungen. Aktivisten warfen Pflastersteine, Eier und Farbbeutel auf Polizisten, einen Wasserwerfer, Banken und das Amerika-Haus. Die Polizei löste den Protestmarsch auf, es kam zu einer Einkreisung von Demonstranten durch die Polizei. Alarmierte Aktivisten konnten Glotz dazu bewegen, sich von der TU zum „Tatort“ zu begeben, um die „belagerten Genossen“ durch ein Machtwort zu befreien.

Neben Glotz hatten sich auch die Größen der französischen kritischen Wissenschaften angesagt: Gilles Deleuze, Félix Guattari, Michel Foucault, Jean-Paul Sartre und andere. Dies machte schnell die Veranstaltung auch im Ausland bekannt, und so kam es zu mehreren tausend Besuchern, die die TU überfüllten, sodass für zentrale Kundgebungen neben dem Audimax auch mehrere andere große Vorlesungssäle parallel genutzt werden mussten. Die berichteten Teilnehmerzahlen schwanken zwischen 2000 und 25.000. Der Verfassungsschutzbericht 1978 nannte 6000 Teilnehmer. Allerdings registrierten die Grenzübergangsstellen nach West-Berlin alleine 5100 Übertritte, sodass eine niedrige fünfstellige Zahl im Bereich des Möglichen liegt.

Was ist das Ergebnis?

Was ist das Ergebnis der „Reise nach Tunix“, welche Auswirkungen lassen sich bis heute feststellen? Anzuerkennen ist die

Kreativität des Ausdrucks. Flugblätter, Musik, Poster, Lyrik, deklarative Texte: Bunt und radikal vielfältig machten die Erzeugnisse auf Forderungen aufmerksam. Die durch Tunix noch einmal verstärkte Vernetzung der Szene wirkt bis heute nach. Revolutionäre Forderungen, philosophische Debatten, Partys, Konzerte szenebekannter Künstler wie „Teller Bunte Knete“, Solidaritätsmärsche zum Gefängnis Moabit, in dem linke Drucker einsaßen, die RAF-Texte vervielfältigt hatten, Verbindungen von Anti-Atomkraft zu ökologischen Stadtteilbewegungen und feministische Aktionen setzten einschlägige Ziele neu in Szene und machten neue Möglichkeiten erkennbar.

Tunix war der Rahmen, in dem unter anderem Hans-Christian Ströbele, späterer Politiker der Grünen, die Idee einer alternativen Tageszeitung vorstellte, auf die schon wenige Monate später am 27. September 1978 die Nullnummer der „taz“ folgte (ab 17. April 1979 erschien sie regelmäßig). Auch dürfte Tunix den zu diesem Zeitpunkt bereits existierenden grünen und bunten Listen als Wählerinitiativen zugearbeitet haben, aus denen sich wenig später die Partei der Grünen formierte. Die „Reise nach Tunix“ ist bis heute für die Vernetzung und Etablierung persönlicher Bekanntschaften der linken Szene von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Ihre Auswirkungen lassen sich in der Zeitungslandschaft Deutschlands erkennen, in der Gleichberechtigungs- und auch in der Diskursorientierung künstlerischer Initiativen.

● Prof. Dr. Stefan Piasecki ist seit Februar 2018 hauptamtlicher Professor für Soziologie und Politikwissenschaften an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW (FHÖV).

„Uns langt's jetzt hier! (...) Das Bier ist uns zu schal und auch die spießige Moral. (...) Wir lassen uns nicht mehr einmachen und kleinmachen und gleichmachen. Wir hauen alle ab! ... zum Strand von Tunix“

„Aufruf zur Reise nach Tunix“

schafflicher Gruppen nur von wenigen gerechtfertigt wurde. Das Spektrum linken Aktivismus reichte von undogmatischen Linken über Umweltaktivisten, Kriegsdienstverweigerer, Kirchenkritiker und Homosexuelle bis zu den sogenannten Stadtindianern, einem Teil der deutschen Sponti-Szene, die sich an den Motiven der außerparlamentarischen Opposi-

Der vergessene Untote

Vor hundert Jahren starb Wladimir Iljitsch Lenin, Führer der russischen Oktoberrevolution und Begründer der Sowjetunion. Obwohl er in der Öffentlichkeit kaum noch Erwähnung findet, sind seine Hinterlassenschaften noch immer wirksam

RENÉ NEHRING

Ein hundertste Todestage historischer Personen haben selten eine Bedeutung für die Gegenwart. Und wenn, dann eher indirekt. Nicht so im Falle des Wladimir Iljitsch Uljanow, genannt Lenin. Der Tod des Sowjetführers am 21. Januar 1924 markiert zum einen das Ende der Frühphase der Sowjetunion. Kurz zuvor hatten sich die von ihm geführten Bolschewisten im Russischen Bürgerkrieg militärisch durchgesetzt und mit der Gründung der Sowjetunion am 30. Dezember 1922 ihre in der Oktoberrevolution von 1917 errungene Macht in einem eigenen Staat gefestigt.

Das persönliche Ende Lenins markiert zugleich den Beginn einer der blutigsten Phasen in der ohnehin blutigen Epoche des Kommunismus – der Herrschaft des Jossif Wissarionowitsch Dschugaschwili, genannt Stalin. Dieser, seit dem 30. Dezember 1922 bereits Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, konnte nach dem Tode Lenins in den folgenden Jahren zunächst schrittweise seine eigene Machtbasis in der kommunistischen Partei ausbauen, um dann nach und nach das ganze Land mit Unterdrückung und Terror nach seinem Willen zu formen.

Auftakt des Stalinismus

Somit markiert Lenins Tod auch den Übergang zu einer neuen Herrschaftsform innerhalb des Kommunismus – von der kollektiven Machtausübung einer revolutionären Clique (zu der neben Lenin auch andere Köpfe wie Leo Trotzki, Nikolaj Bucharin, Lew Kamenew, Grigorij Sinowjew und Karl Radek gehörten) hin zur Alleinherrschaft eines Sadisten und Psychopathen, der – angefangen mit Trotzki – nach und nach die komplette Parteiführung der Erhebung von 1917 ausschaltete. Stalin stützte sich nicht auf die Partei, sondern auf den Apparat der Geheimpolizei „Tscheka“ und später der GPU, seine wichtigsten Assistenten waren deren Leiter Feliks Dzierżyński und Wjatscheslaw Menschinskij.

Schon bald nach Lenins Tod wurde deutlich, dass nun ein neuer Wind durch die Sowjetunion wehte. Die Reformen der Neuen Ökonomischen Politik, die Lenin 1921 gerade erst eingeführt hatte und mit denen wieder mehr marktwirtschaftliche Elemente zugelassen waren, was wiederum zu einer deutlichen Verbesserung der Versorgungslage geführt hatte, wurden nun erneut in Frage gestellt und dann 1927 per Parteitagbeschluss offiziell für beendet erklärt. Stattdessen kehrte die Sowjetunion unter dem Schlagwort der beschleunigten Industrialisierung zu einer Kommandowirtschaft zurück, wie sie bereits nach der Oktoberrevolution geherrscht hatte. Nur deutlich brutaler und rücksichtsloser.

Ein wichtiger Bestandteil dieser Industrialisierungspolitik war die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft mit samt der Enteignung und Ermordung der Bauern (Kulaken) sowie der Überführung des privaten Agrarbesitzes in kollektive, letztlich von der Partei kontrollierte Eigentumsformen. Als diese Politik in den Folgejahren offensichtlich scheiterte und nicht die erhoffte Steigerung der Produktivität brachte, korrigierten Stalin und sein Unterdrückungsapparat nicht etwa ihren Kurs, sondern steigerten zu Beginn der 1930er Jahre den Terror gegen die Landbevölkerung. Trotz Missernten erhöhte die Partei die Abgabquoten, und als diese nicht erfüllt werden konnten,



„Lenin lebte. Lenin lebt. Lenin wird leben“: Sowjetisches Propagandaplakat

Foto: mauritius images/World book inc.

plünderten bolschewistische Truppen die Dörfer systematisch aus.

Dies traf insbesondere die Ukraine, deren gerade erst entstandene eigenständige orthodoxe Kirche zudem beschuldigt wurde, separatistische Bestrebungen zu verfolgen. In der Folge wurden zehntausende Priester ermordet und Millionen Menschen von ihrer heimischen Scholle in die Städte vertrieben, wo sie buchstäblich in den Straßen verhungerten. Die Schätzungen der Opferzahlen dieses als *Holodomor* in die Geschichte eingegangenen Völkermordes liegen zwischen 3,5 und 7,5 Millionen Menschen. Neben dem unermesslichen persönlichen Leid entstand in diesen Jahren auch einer der wichtigsten Impulse für den Unabhängigkeits- und Freiheitswillen der Ukrainer.

Ein neuer Menschentypus

Doch war das Verbrechen des *Holodomor* keineswegs der End-, geschweige denn der Höhepunkt des Stalinischen Terrors. Die Ermordung des Leningrader KP-Vorsitzenden Sergej Kirow am 1. Dezember 1934 lieferte den Anlass für die Behauptung einer Verschwörung, auf die Stalin mit einer beispiellosen Säuberungswelle reagierte, die als „Großer Terror“ in die Geschichte einging. Dieser traf zunächst hohe Funktionäre der Partei und Regierung, dann Beamte aus dem Staatsapparat, Technokraten aus der Wirtschaft und die Führung der Armee – sowie schon bald nahezu alle Bevölkerungsgruppen des kommunistischen Reiches. Die Schätzungen der Opferzahlen reichen hier von 4,5 Millionen bis zu 20 Millionen. Zur Logik des Stalinismus gehörte ebenfalls, dass anschließend auch etliche der beteiligten Tschekisten in den folgenden Säuberungswellen ermordet wurden.

Wenn Menschen über viele Jahre hinweg selbst bei größter Gefolgschaft zum politischen System anlasslos verhaftet, gefoltert, deportiert oder erschossen werden können, wenn Menschen in permanenter Angst leben müssen, dass ein falsches Wort oder auch nur die Nähe zu einem anderen in Ungnade gefallenen Mitbürger zu härtesten Konsequenzen führen kann, kann dies nicht ohne Folgen für ihre Verhaltensmuster bleiben. Und so entstand in jenen Jahren ein neuer Menschentypus, für den später der Begriff des *Homo sovieticus* geprägt wurde: ein vielfach entwurzelt Unbewusstes, das den Kontakt zu seinen kulturellen Wurzeln verloren hat, das jegliches eigenes Denken und Handeln verlernt und stattdessen gelernt hat, außerhalb der eigenen vier Wände stets den Kurs der politischen Führung zu vertreten, selbst wenn dieser heute die entgegengesetzte Richtung von gestern verfolgt.

Doch so sehr die mit Lenins Tod einsetzende Stalin-Ära – zusammen mit der Kulturrevolution im China des Mao Zedong – den absoluten Tiefpunkt in der Geschichte des Kommunismus markiert, so notwendig muss immer wieder daran erinnert werden, dass auch und gerade die Frühphase der Revolution unter Lenin eine Ära des Unrechts und des Terrors war.

Nach dem Ende Stalins 1953 strickte die Führung der KPdSU zur eigenen Abgrenzung vom Stalinismus und zugleich zur Aufrechterhaltung ihres Machtanspruches die Legende vom gütigen Lenin, der als Intellektueller die Lehren von Marx und Engels weiterentwickelt sowie in der Umsetzung vielleicht mit harter Hand, aber letztlich doch notwendig lediglich ein paar uneinsichtige reaktionäre Elemente beseitigt habe, ansonsten aber ein gütiger Landesvater gewesen und somit zu Recht ein Idol aller Werktätigen sei.

Nach dem Ende Stalins 1953 strickte die Führung der KPdSU zur eigenen Abgrenzung vom Stalinismus und zugleich zur Aufrechterhaltung ihres Machtanspruches die Legende vom gütigen Lenin, der als Intellektueller die Lehren von Marx und Engels weiterentwickelt sowie in der Umsetzung vielleicht mit harter Hand, aber letztlich doch notwendig lediglich ein paar uneinsichtige reaktionäre Elemente beseitigt habe, ansonsten aber ein gütiger Landesvater gewesen und somit zu Recht ein Idol aller Werktätigen sei.

Kein gütiger Vater der Revolution

Tatsächlich enthüllten unzählige Forschungen schon während der „Glasnost“-Ära unter Michail Gorbatschow sowie erst recht nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Weltreichs 1989/91 – allen voran das „Schwarzbuch des Kommunismus“ von 1997 –, dass Lenin die treibende Kraft hinter den Verbrechen der Oktoberrevolution und der ersten Jahre der Sowjetherrschaft war. Bereits 1991 hatte ein „SPIEGEL Spezial“-Heft für den deutschsprachigen Raum „Die Katastrophe des Kommunismus. Von Marx bis Gorbatschow“ in exzellenten Beiträgen, ergänzt um eine Liste einschlägiger wissenschaftlicher Arbeiten, aufgearbeitet.

Darin wird deutlich, dass schon unter Lenin der flächendeckende Terror gegen das Volk (vor allem gegen jene, die zu Feinden der Revolution erklärt wurden) begann. Schon unter Lenin begann auch der Ausbau des Geheimdienstapparates

zur eigentlichen Machtachse des sowjetisch-russischen Staates (wobei Angehörige der zaristischen „Ochrana“ gern übernommen wurden, sofern sie sich treu in den Dienst der neuen Zeit stellten).

Dass Lenin selbst die treibende Kraft dahinter war, zeigen unter anderem belegte Aufforderungen, möglichst rücksichtslos „Kulaken, Priester, Landbesitzer“ aufzuhängen oder zu erschießen – sowie die Drohung, bei zu laschem Vorgehen „persönlich im Verteidigungsrat und im ZK nicht nur Verhaftungen, sondern auch Erschießungen“ vorzunehmen. Auch die Legende von dem den Bolschewisten aufgezwungenen Bürgerkrieg, mit dem ausländische Mächte und russische Weißgardisten die Errungenschaften der Revolution wieder rückgängig machen wollten, ist längst widerlegt. Vielmehr ist klar, dass Lenin selbst den Bürgerkrieg forcierte, um so noch rücksichtsloser die alte Zeit und deren Anhänger bekämpfen zu können.

Auf der Habenseite Lenins und seiner Genossen steht indes wenig. Das Frauenwahlrecht etwa wurde in Russland nicht von ihnen, sondern bereits im Mai 1917, also während der Herrschaft des bekämpften liberalen Ministerpräsidenten Georgij Lwow, eingeführt. Dafür begann im Namen des Fortschritts der ideologische Kampf gegen die Religionsgemeinschaften, deren Eigentum ebenso wie das der Privatpersonen enteignet wurde, deren Kapellen, Kirchengebäude und Klöster zehntausendfach verwüstet wurden, und deren Priester – wie später in der Ukraine – tausendfach inhaftiert, deportiert oder erschossen wurden.

Unbewusste Prägungen

Bedenkens- und erinnerenswert ist indes die Leninsche Nationalitätenpolitik. Im Bewusstsein des Sprengpotentials ethnischer Konflikte für ein Reich, das allein etwa ein Siebtel der festen Erdoberfläche umfasste, erhielten die zahlreichen Völker und Volksgruppen der Sowjetunion in Form von Sozialistischen Sowjetrepubliken (SSR) beziehungsweise – eine Ebene tiefer – Autonomen Sozialistischen Sowjetrepubliken (ASSR) eine beschränkte Selbstverwaltung. Zwar wurden die Geschicke sowohl des sowjetischen Gesamtstaates als auch seiner föderalen Strukturen letztlich immer von Moskau aus bestimmt, doch erwiesen sich die Teilrepubliken beim Zerfall der UdSSR als Keimzellen neuer Nationalstaaten – und damit als Quelle neuer Unruhen und Kriege.

Umso erstaunlicher, dass Lenin heute weitgehend vergessen zu sein scheint. Zwar liegt er noch immer – auf Befehl Stalins, der den Revolutionsführer damit selbst *post mortem* noch in den Dienst der Partei stellte – in seinem Mausoleum auf dem Roten Platz, doch spielen er und seine Ideologie im Russland von heute keine sichtbare Rolle mehr. Auch für die internationale Linke ist Lenin in Zeiten des globalen „Kampfes gegen den Klimawandel“ und der „woken“ Auflehnung gegen eine angebliche rassistische, sexuelle und soziale Unterdrückung durch böse weiße Männer keine Symbolfigur mehr.

Und doch geistert Lenin unbewusst noch immer als Untoter durch die Zeitläufte: Von der durch ihn begonnenen – vor allem kulturellen – Zerstörung hat sich Russland nie wieder erholt. Die mit ihm begonnene Formung der Verhaltensmuster des *Homo sovieticus* prägt noch immer die russische Gesellschaft. Und seine Minderheitenpolitik erwies sich auf lange Sicht – siehe die andauernden Konflikte im Kaukasus oder den Ukrainekrieg – nicht als Lösung, sondern allenfalls als Vertagung grundlegender Konflikte.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 23. Mai 1909 veröffentlichte die „New York Times“ einen Artikel des genialen Erfinders Nikola Tesla, in dem dieser schrieb, er habe im Sommer 1899 „schwache planetarische elektrische Störungen“ registriert, die höchstwahrscheinlich das Werk von Marsbewohnern gewesen seien. Allerdings konnte Tesla niemals Beweise für seine Behauptung vorlegen. So erging es später unzähligen Radioastronomen, welche in den 125 Jahren nach Teslas „Alien-Signal“ in den Kosmos hinaus horchten, um Funkbotschaften außerirdischer Intelligenzen zu empfangen. Sie alle fanden letztendlich nichts Vorzeigbares, obwohl doch Myriaden von Sternen und Planeten im Universum existieren, das schon vor mehr als 13 Milliarden Jahren infolge des Urknalls entstand.

Dies veranlasste den italienischen Physik-Nobelpreisträger Enrico Fermi 1950 zu der mittlerweile legendär gewordenen Frage: „Where is everybody? Wo sind denn all die Außerirdischen, die es statistisch gesehen geben müsste?“ Eine ernsthafte Debatte über das Schweigen beziehungsweise Nichtauftauchen von Aliens entspann sich jedoch nicht vor 1975. Dabei lieferten die Fachleute zunächst eher konventionelle Erklärungen: „Sie sind technisch noch etwas zurückgeblieben, oder vielleicht liegt es auch an uns, weil wir dabei versagen, ihre Botschaften als solche zu erkennen.“

Andere meinten, da die Menschheit erst seit 1896 Radiosignale produziere, erstrahle unser technologisches Leuchtfeuer bislang nur im Umkreis von einigen Dutzend Lichtjahren – und dieser Raum, in dem es rund eintausend Sterne gebe, könnte ja tatsächlich unbewohnt sein. Manchmal ging die Diskussion sogar ins Religiöse. So äußerten die sogenannten Kreationisten, der Mensch sei einmalig als Folge eines göttlichen Schöpfungsaktes.

Sitzen sie im Schwarzen Loch fest?

Später kamen die Argumente vielgestaltiger daher. Beispielsweise verkündete man nun auch: „Sie verstecken sich vor uns primitiven irdischen Einfaltspinseln, weil sie ein geistiges Niveau erreicht haben, dass die Menschen so unwichtig und lästig wie Fliegen erscheinen lässt.“ Eine weitere Annahme lautete: „Sie wurden irgendwann Opfer ihrer eigenen Dekadenz und verlieren die Kraft, den Kosmos zu erkunden und Kontakt zu anderen Zivilisationen aufzunehmen. Oder sie begaben sich in eine selbst auferlegte Isolation, weil dies ihrem Lebensstil entsprach.“ Ebenso hieß es: „Vielleicht leben sie ja im Wasser oder einer hochleitenden Atmosphäre, weshalb sie keine elektrischen Geräte benutzen.“

Manche Vertreter der nunmehrigen Wissenschaftsdisziplin SETI (Search for Extraterrestrial Intelligence beziehungs-



Wo sind die anderen? Seit Generationen tasten Forscher den Weltraum ab, ohne bislang außerirdische Zivilisationen entdeckt zu haben

Foto: Mauritius

WELTRAUM

Planet Erde wartet auf Rückruf

Seit mehr als 100 Jahren sendet die Menschheit Radiosignale ins All – seit 1962 sogar gezielt. Warum hat uns bis heute eigentlich kein Außerirdischer geantwortet? Forscher rätseln über die kosmische Stille

weise Suche nach außerirdischer Intelligenz) entwickelten sogar noch phantasievollere Theorien: „Die Aliens könnten auch jenseits unseres Ereignishorizontes oder unserer Vorstellungskraft existieren – vielleicht inmitten eines Schwarzen Lochs, in dem Raum und Zeit zu einer punktförmigen Singularität schrumpfen und aus dem absolut nichts mehr nach außen dringt. Oder sie sind schon vor sehr langer Zeit in den Mikrokosmos abgetaucht, um ihre Ressourcen zu schonen.“ Verfechter der letztgenannten Annahme verwiesen dabei auf die Möglichkeit, dass sich die Botschaften der Außerirdischen längst in unserer DNA befinden oder von Nano-Robotern überbracht werden.

Dies alles klingt bizarr, aber relativ harmlos. Anders sieht das im Falle der Theorien von der Selbstauslöschung und der Großen Kosmischen Katastrophe aus. „Haben die Aliens etwa eine ganz ähnliche Entwicklung wie die Menschheit

durchgemacht und sind dann am Ende das Opfer von atomaren, biologischen oder chemischen Waffen, Umweltkatastrophen, Ressourcenschwund und Pandemien geworden?“ Noch beunruhigender ist die Annahme, dass sich von uns Erdenbewohnern unbemerkt etwas ungeheuer Bedrohliches im All zusammenbraue. „Sind sie daher vielleicht alle auf der Flucht – in gigantischen Raumkreuzern, deren Besatzungen seit Jahrtausenden im Tiefschlaf liegen, um die Zeit der Auswanderung in weit entfernte, sichere Welten zu überdauern?“

„Dunkler Wald voller Jäger“

Als Ursache solcher Katastrophen kommen frei umherwandernde Schwarze Löcher, mit der unermesslichen Kraft einer Hypernova explodierende Sternsysteme oder Gammastrahlenausbrüche infrage, die sämtlich als ultimative kosmische Killer gelten.

Genauso unheimlich muten die Berserker- und die Dunkle-Wald-Theorie an. Erstere wurde 1983 von dem Astrophysiker, NASA-Berater und Science-Fiction-Autor David Glen Brin im Fachblatt „Quarterly Journal of the Royal Astronomical Society“ unter dem Titel „The Great Silence“ (Die Große Stille) vorgestellt. Ihr zufolge könnte eine zutiefst bössartige Zivilisation zahllose autonome Raumsonden ausgeschickt haben, deren Aufgabe einzig und allein darin besteht, blindwütig alles fremde Leben auszulöschen, das sie vorfinden. Ist die mysteriöse Ruhe im All somit quasi ein Gradmesser für den Erfolg der Killermaschinen – entweder, weil es fast niemanden mehr da draußen gibt oder weil sich mittlerweile alle friedliebenden Arten angsterfüllt tot stellen?

In die gleiche Richtung zielt die Dunkle-Wald-Theorie des bekannten chinesischen Science-Fiction-Schriftstellers Liu Cixin, deren Kernaussage der US-ameri-

kanische Autor Greg Bear so zusammenfasst: „Wir haben auf unserem Baum gesessen und schon über ein Jahrhundert lang wie verrückte Vögel gezirpt und uns gewundert, warum keine anderen Vögel antworten. Dafür gibt es einen einfachen Grund: Der Kosmos ist ein dunkler Wald voller Jäger, und der galaktische Himmel voller Falken. Die nicht klug genug sind, sich ruhig zu verhalten, werden sterben.“

Angesichts dieser durchaus berechtigten Befürchtungen, welche von etlichen Fachleuten wie dem weltbekannten Astrophysiker Stephen Hawking geteilt wurden oder noch immer werden, wäre es mehr als ratsam, die sogenannten Active-SETI-Programme einzustellen. Denn in deren Rahmen werden seit 1962 unablässig Botschaften ins All geschickt, die zum einen von der Existenz der Menschheit künden und zum anderen auch die genaue galaktische Position unseres Heimatplaneten verraten.

RAUMFAHRT

Wie man einen Koloss vom Himmel holt

Im Jahr 2030 endet die Lebensdauer der ISS – Wie dann die 450 Tonnen schwere Raumstation entsorgt wird, ist noch völlig offen

Die Internationale Raumstation ISS ist ein Gemeinschaftsprojekt von 16 Staaten und das größte von Menschenhand geschaffene Objekt im All. Ihr Bau und Betrieb verschlang bislang mehr als 100 Milliarden US-Dollar. Seit dem 2. November 2000 befinden sich permanent Raumfahrer an Bord – und noch steht kein Ende des Betriebs bevor, obwohl dieses ursprünglich für das Jahr 2015 geplant war. Denn die beteiligten fünf Weltraumagenturen haben eine Verlängerung bis 2030 beschlossen. Danach muss die ISS allerdings „entsorgt“ werden.

Das liegt zum einen daran, dass die Raumstation nicht ewig mit vertretbarem

Aufwand auf ihrer Umlaufbahn in rund 400 Kilometern Höhe gehalten werden kann. Zum anderen ist die Lebensdauer der einzelnen Module begrenzt. Allerdings verbietet es sich, die 450 Tonnen schwere ISS von der Größe eines Fußballfeldes einfach – so wie bei kleineren Satelliten üblich – unkontrolliert in den sogenannten „Raumschiff-Friedhof“ am Point Nemo zwischen Neuseeland und Chile stürzen zu lassen. Denn wenn sie vorher zerbricht und die Einzelteile deshalb woanders niedergehen, drohen Todesopfer und erhebliche Sachschäden am Boden.

Daher bleiben nur drei theoretische Optionen: So wäre es möglich, die stillge-

legte ISS in einen „Ewigkeitsorbit“ in mehreren tausend Kilometern Höhe zu schießen. Das würde jedoch immense Kosten verursachen. Alternativ könnte im Prinzip auch eine stückweise Rückführung der einzelnen Module auf die Erde erfolgen. Seit der Außerdienststellung der Space Shuttles im Jahre 2011 scheidet diese Vorgehensweise aber ebenso aus.

Somit bleibt faktisch nur Variante Drei: Der straff kontrollierte Deorbit über den menschenleeren Weiten des Südpazifiks unter Einsatz eines steuerbaren Bremsmoduls. Aber auch in diesem Fall kommen erhebliche Probleme auf die Verantwortlichen zu.

Die Umlaufbahn der ISS führt vielfach über bewohntes Gebiet, deshalb darf beim Niedergehen überhaupt nichts schieflaufen. Ein großer Risikofaktor ist hier die unregelmäßige Geometrie der Station, welche es schwer macht, sie permanent in einer stabilen Lage zu halten. Dazu kommt die unterschiedliche atmosphärische Dichte, die den Bremsseffekt mindert oder verstärkt. Außerdem steht noch gar kein einsatzbereites Bremsmodul zur Verfügung.

Einstmals war vorgesehen, die ISS mit drei russischen Raumfrachtern vom Typ „Progress“ aus ihrer Umlaufbahn zu drängen. Ob Moskau angesichts der weltpoli-

tischen Lage willens sein wird, die Frachter bereitzustellen, ist jedoch völlig ungewiss. Deshalb prüft die NASA Alternativen, um die Station notfalls ohne die Russen zu „wassern“.

So wäre es beispielsweise möglich, das Europäische Servicemodul (ESM) der Orion-Kapsel zu nutzen, die 2024/25 Menschen zum Mond bringen soll. Gleichzeitig holt die NASA Angebote von Privatfirmen für speziell konstruierte Deorbiting-Fahrzeuge ein. Hier könnte abermals das Raumfahrtunternehmen Space Exploration Technologies Corporation (SpaceX) des visionären Milliardärs Elon Musk den Zuschlag erhalten. W.K.



KÖNIGSBERG

Das Ende eines Architektur-Monsters

Das Schicksal des Hauses der Räte war nach jahrelangen Diskussionen bereits 2021 besiegelt

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Im April des vergangenen Jahres wurde um das Haus der Räte ein Bauzaun aufgestellt, und dahinter ragten Drehkräne hervor. Im Herbst begannen schließlich die Arbeiten für den Rückbau des Gebäudes, der im Sommer 2024 abgeschlossen sein soll. Das nie fertiggestellte Prestigeobjekt der damaligen sowjetischen Führung der Region ist wie ein Bauklotz zusammengesetzt worden und wird jetzt auf die gleiche Weise abgetragen, allerdings von oben nach unten. Zuerst wurden das Dach demontiert und die Fensterrahmen entfernt. Die Hochhaustürme werden stufenweise abgebaut.

Im Laufe der Jahre ist das Haus der Räte zum umstrittensten architektonischen Objekt des Königsberger Gebiets geworden, und es ist weit über die Grenzen der Region hinaus bekannt. Sein komplexes und unbestimmbares Schicksal interessierte Architekten, Stadtplaner und Journalisten, sowohl in der Russischen Föderation als auch im Ausland. Und obwohl es nur wenige Menschen wagen würden, es als Zierde des Stadtbildes zu bezeichnen, eilen fast alle Touristen, welche die Stadt besuchen, zu diesem bemerkenswerten Gebäude.

Über das Schicksal des Hauses wird schon seit Jahren teils kontrovers diskutiert. 2023 wurden die geplanten Abrissarbeiten erst einmal vertagt. Der Beschluss zum Abriss war im Jahr 2021 gefasst worden. Bis vergangenes Jahr glaubte kaum jemand daran, dass dies tatsächlich geschehen würde. Immerhin war das Haus in den vergangenen 50 Jahren zu einem integralen Symbol der Stadt geworden. Gegenüber der Bauruine begannen viele Bewohner Königsbergs positive und sogar sentimentale Gefühle zu entwickeln.

Der Bau des Gebäudes begann im Jahr 1970 nach dem Entwurf des Architekten Lew Misoschnikow. Ursprünglich waren 28 Stockwerke geplant, und in seinem Inneren sollten das Kaliningrader Regionalkomitee der KPdSU und das Regionale Exekutivkomitee, also die Partei- und Staatsbehörden der Region, untergebracht werden. Als Standort wählte man ein Areal in unmittelbarer Nähe der Ruinen des Königsberger Schlosses, die erst in den späten 1960er Jahren gesprengt und beseitigt worden waren.

Im Stil der sowjetischen Moderne

Zunächst planten die Verantwortlichen, etwas im Geiste der stalinistischen Hochhäuser im Zuckerbäckerstil zu bauen, doch dann entschieden sie sich für ein Gebäude im Stil der sowjetischen Moderne. Aus den ursprünglich geplanten 28 Stockwerken wurde nichts, weil der Boden für ein solch massives Bauwerk nicht fest genug war. Deshalb wurde das Projekt auf 21 Stockwerke reduziert, was aber immer noch eine einzigartige Höhe für Königsberg darstellte.

Später gab es Probleme mit der Finanzierung, sodass sich der Zeitplan für die Fertigstellung immer wieder verschob. Zwar waren die Bauarbeiten Mitte der 1980er Jahre abgeschlossen, die Inbetriebnahme war aber erst für 1988 vorgesehen. Wegen der Perestrojka gab es derartige Finanzierungsschwierigkeiten, dass die weiteren Arbeiten ausgesetzt wurden. Teilweise waren in den Etagen schon Ausbauarbeiten durchgeführt worden. Par-



Abriss einer ewigen Ruine: Das Haus der Räte wird abgetragen

Foto: J.T.

kettwar verlegt und Tapeten angebracht sowie Heizung und Aufzüge betriebsbereit. Das Haus der Räte war zu 95 Prozent fertig. Das Gebäude hätte bald bezogen werden können.

Doch die Zeiten änderten sich, das Regionalkomitee der KPdSU war Geschichte, und das Haus der Räte war den für die schwierigen 90er Jahre typischen komplizierten juristischen Metamorphosen unterzogen.

Im Jahr 1995 wurde das ungenutzte Haus privatisiert. Zu diesem Zweck wurde eine gewisse AG „Kultur- und Geschäftszentrum“ gegründet, die das Gebäude bezugsfertig machen sollte. Doch die AG verkaufte das Haus der Räte unter Preis an ein anderes Unternehmen. Das Büro des Bürgermeisters legte bei der Staatsanwaltschaft Beschwerde ein, woraufhin die Behörden versuchten, die Transaktion für ungültig zu erklären. Es folgten zahlreiche Gerichtsverfahren, die Eigentümer wechselten, sodass die regionalen Behörden es 2019 in Besitz nahmen.

Obwohl das Haus der Räte rund 30 Jahre lang leer stand, hatten sich die Stadtbewohner daran gewöhnt. Mal nannten sie es scherzhaft „Roboterkopf“, mal „Ungeheuer“ oder „Ohren“. 2005 wurde das Haus der Räte anlässlich der 750-Jahr-

Feier Königsbergs blau angestrichen und erhielt so ein freundlicheres Aussehen. Und für die Fußballweltmeisterschaft 2018 wurden die an das Gebäude angrenzenden neunstöckigen Gebäude in der gleichen Farbe gestrichen, um ein Gefühl einheitlicher architektonischer Strukturen zu schaffen. Während der Fußball-WM wurde auf dem Parkplatz in der Nähe des Architektur-Monsters eine Fanzone mit einer Leinwand und Tribünen eingerichtet.

Auf dem Platz vor dem Haus wurden im Sommer Feste und Picknicks veranstaltet. Früher wurden hier die Stadtfeste gefeiert mit einer riesigen Bühne, auf der Künstler auftraten. Am Schlossteich, der sich direkt gegenüber dem Gebäude befindet, wurden Feuerwerke gezündet.

Königsberger Schloss wird nicht wiedererrichtet

Im Laufe der Jahre gab es zahlreiche internationale Architekturwettbewerbe, um Ideen für eine Nutzung und Entwicklung der Bauruine zu gewinnen. Es gab darunter auch Pläne, das Haus der Räte mit dem wiedererrichteten Königsberger Schloss zu einer architektonischen Einheit zu verbinden. Im Jahr 2017 erklärte Gouverneur Anton Alichanow jedoch, dass er keine

Möglichkeit sehe, das Schloss in irgendeiner Form wiederaufzubauen.

Was anstelle des abgerissenen Hauses der Räte entstehen soll, steht noch in den Sternen. Alichanow zufolge könnten hier ein Regierungssitz sowie ein Kultur- und Geschäftszentrum eingerichtet werden, ähnlich den Plänen der Parteiführung aus der Sowjetzeit. Wie der Gouverneur sagte, wurden anderthalb Jahre lang Investoren gesucht, die helfen würden, das Haus der Sowjets zu erhalten, aber es stellte sich heraus, dass „niemand es braucht“.

Die Geschichte dieses Gebäudes ist kompliziert. Viele Jahre lang gab es alle möglichen Wettbewerbe, Debatten und Gespräche darüber, was mit ihm geschehen soll. Bislang sehen die Pläne eher abstrakt aus. Laut Alichanow entsteht ein riesiges freies Gelände: das des verschwundenen Königsberger Schlosses, das des Hauses der Räte und das der Springbrunnen – Dutzende Hektar im Stadtzentrum. „Ich möchte mindestens die Hälfte dieses Gebiets in einen Park verwandeln und es zu einem schönen Ort für die Bürger machen. Lassen Sie uns Schritt für Schritt vorgehen: Zuerst geben wir das Gebiet frei, dann schauen wir es uns bewusst an, erstellen ein Projekt. Und wir werden es verwirklichen“, versicherte Alichanow.



Königsberg im Jahr 2018: Vor dem Haus der Räte sind die Schloss-Ausgrabungen zu sehen. Was zukünftig auf dem riesigen Gelände entstehen soll, ist noch nicht entschieden

Foto: Showmeheaven

• MELDUNGEN

Steueroase wächst rasch

Königsberg – Wie das russische Wirtschaftsministerium in Moskau bekannt gab, siedeln sich immer mehr Unternehmen in den beiden Steueroasen Königsberg und Wladiwostok an. 2023 ließen sich 156 Betriebe auf der Lomse [Ostrow Oktjabskij] oder auf der Insel Russkij in Wladiwostok registrieren. Ein Jahr zuvor waren es lediglich 83 Unternehmen. Um ins Ausland abgewandertes Kapital zurückzuholen, hatte die russische Regierung 2018 die sogenannten Sonderverwaltungszone (SAR) ins Leben gerufen. Erhielten zunächst ausländische Unternehmen durch die Ansiedlung in einer SAR den Status einer internationalen Holding, dürfen sich seit 2022 auch russische Unternehmen dort niederlassen und von steuerlichen Vorzügen profitieren. Auf der Lomse haben sich beispielsweise der Aluminiumriese Rusal und die Supermarktkette Lenta angesiedelt. Für die Zukunft kündigte die Regierung weitere Steuervergünstigungen für Firmen an, die aus ausländischen Steueroasen in die russischen SAR umziehen. **M.R.K.**

Erstes E-Auto aus Russland

Königsberg – Die in Königsberg ansässige Firma Awtotor hat in Zusammenarbeit mit der Polytechnischen Universität Moskau ein Elektroauto entwickelt, dessen Komponenten ausschließlich aus russischer Produktion stammen. Der Prototyp „Amber“ wurde im Herbst vergangenen Jahres vorgestellt und erntete wegen seines „hässlichen“ Aussehens Spott und Häme. Der Automobilhersteller Awtotor, der bis 2022 Produktionspartner von BMW, KIA und Hyundai war, entgegnete den Spöttern, dass es sich bei dem vorgestellten Fahrzeug nur um eine „Plattform“ zum Testen der neu entwickelten Technologien gehandelt habe. Das Design des geplanten Fahrzeugs würden westliche Firmen entwerfen, so der Konzern. Das Aussehen des künftigen Kleinwagens werde sich also von dem jetzt vorgestellten unterscheiden. **M.R.K.**

Vitamin D unter der Lupe

Allenstein – Im Institut für Fortpflanzung von Tieren und Lebensmittelforschung der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Allenstein konzentrieren sich Wissenschaftler auf Vitamin D als Nahrungsergänzung. Es ist für den Kalkgehalt im Organismus und das Immunsystem verantwortlich. Im Institut soll der Gehalt des Vitamins im Körper anders als bisher bestimmt werden. „Der Gehalt im Blut reicht eventuell nicht aus, weil Körper Vitamin D unterschiedlich absorbieren“, sagte Emilia Gospodarska vom Institut. Es gebe Menschen, denen ein niedriger Gehalt für die Gesundheit ausreiche, bei anderen sei das Vitamin trotz hohen Gehalts zu wenig. Verantwortlich dafür seien die Gene, von denen einige hundert zu untersuchen seien. Eine erste Studie mit 50 Personen hat begonnen. **U.H.**

Wir gratulieren...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Deimer, Ellinor, geb. Schoen, aus Lyck, Hindenburgstraße 65, am 24. Januar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Venhaus, Rita, aus Groß Stürlack, Kreis Lötzen, am 19. Januar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Friebe, Ilse, geb. Mehr, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 25. Januar
Kleine, Elfriede, geb. Kramberger, aus Lyck, am 20. Januar

Klietz, Margarete, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 19. Januar
Müller, Gertrud, geb. Blask, aus Keipern, Kreis Lyck, am 24. Januar
Zindler, Margot, geb. Grommek, aus Mohrunen, am 25. Januar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Dreipelcher, Dr. Horst, aus Lyck, am 19. Januar
Mäder, Gerda, geb. Janzik, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 20. Januar
Pfeiffer, Irene, aus Osterode, Kreis Lötzen, am 19. Januar
Rohde, Kurt, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 19. Januar
Stoll, Willy, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 20. Januar
Wittmann, Erna, geb. Schmidt, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 25. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Dembeck, Helmut, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 21. Januar
Mekwinski, Hildegard, geb. Lisssek, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, am 23. Januar
Wilhelm, Erika, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 40, am 24. Januar

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Zusendungen für die Ausgabe 5/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 5/2024 (Erstverkaufstag 2. Februar) bis spätestens **Dienstag, den 23. Januar**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

ZUM 96. GEBURTSTAG

Gablowski, Ilse, aus Zielkeim, Kreis Fischhausen, am 24. Januar
Kohn, Heinz, aus Wehlau, am 22. Januar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Käding, Eva, geb. Gohl, aus Wehlau, am 23. Januar
Kudczinski, Hansjürgen, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 24. Januar
Niendorf, Adelheid, geb. Türmer, aus Großschmieden, Kreis Lyck, am 24. Januar
Wagener, Elfriede, geb. Okuniek, aus Talussen, Kreis Lyck, am 25. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Acksel, Irmgard, geb. Kowalzik, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 20. Januar

Baatz, Anneliese, geb. Schenk, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. Januar

Bialowons, Rudolf, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, am 19. Januar

Golembiewski, Johann, aus Kukukswalde, Kreis Ortelsburg, am 20. Januar

Graf, Irene, geb. Klimach, aus Patterswalde, Kreis Wehlau, am 22. Januar

Hillgruber, Hans-Georg, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 21. Januar

Kleinschmitt, Manfred, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 20. Januar

Poerschke, Paul-Gerhard, aus Willenheim, Kreis Lyck, am 23. Januar

Rathje, Hildegard, geb. Janzik, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 20. Januar

Sagitzki, Erika, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. Januar

Warda, Edith, geb. Diederich, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 21/22, am 19. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Brandt, Frieda, geb. Pörschke, aus Seubersdorf, Kreis Mohrunen, am 25. Januar

Cordes, Anneliese, geb. Stannies, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 20. Januar

Ehlers, Dieter, aus Parnehenen, Kreis Wehlau, am 20. Januar

Hinz, Gertraude, geb. Milbrodt, aus Bauditten, Kreis Mohrunen, am 25. Januar

Hoffmann, Gerda, geb. Dahnz, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 23. Januar

Knischewski, Dagobert, aus Lyck, Danziger Straße 11, am 23. Januar

Marzinzik, Paul, aus Arlen, Kreis Lötzen, am 25. Januar

Mund, Helene, geb. Tonnius, aus Lerchenborn, Kreis Ebenrode, am 22. Januar

Prigge, Maria, geb. Modregger, aus Damenau, Kreis Ebenrode, am 19. Januar

Rohde, Doris, geb. Höpfner, aus Freudenfeld, Kreis Wehlau, am 22. Januar

Trimpop, Ruth, geb. Schwill, aus Georgenthal, Kreis Mohrunen, am 19. Januar

Wagner, Erika, geb. Lorenz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 25. Januar

Warda, Bruno, aus Lyck, am 21. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Anger, Christel, geb. Litzbarski, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 24. Januar

Begett, Herbert, aus Fischhausen, am 21. Januar

Dotzenrodt, Gerlind, aus Königsberg, am 24. Januar

Fullert, Erika, geb. Kirschnick, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 25. Januar

Haedelt, Eva, geb. Waaga, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 23. Januar

Jacob, Gert, aus Wehlau, am 24. Januar

Laddach, Christel, geb. Weismann, aus Sulimmen, Kreis Lötzen, am 24. Januar

Leiteritz, Ruth, geb. Wölk, aus Linkenau, Kreis Mohrunen, am 20. Januar

Pakusch, Reinhard, aus Paradies, Kreis Mohrunen, am 25. Januar

Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

16. und 17. März: **Arbeitstagung der Kreisvertreter**, Helmstedt (geschlossener Teilnehmerkreis, kurz: gT)

13. und 14. April: **Arbeitstagung der Deutschen Vereine**, Sensburg (gT)

19. bis 21. April: **Kulturseminar**, Helmstedt

1. Juni: **Ostpreußentreffen**, Wolfsburg

22. Juni: **Ostpreußisches Sommerfest**, Osterode

20. bis 22. September: **Geschichtsseminar**, Helmstedt

7. bis 13. Oktober: **Werkwoche**, Helmstedt

1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden**, Wuppertal (gT)

2. November: **Mitgliederversammlung der LO-Bruderhilfe e.V.**, Wuppertal (gT)

2. und 3. November: **Ostpreußische Landesvertretung**, Wuppertal (gT)

Sandau, Reinhard, aus Mühlmeistern, Kreis Elchniederung, am 19. Januar

Viohl, Gerlinde, geb. Krause, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, am 22. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Breuhammer, Margarete, geb. Lange, aus Wehlau, am 19. Januar

Czwellla, Heinz, aus Klenzkau, Kreis Neidenburg, am 23. Januar

Kompa, Ernst, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 24. Januar

Kropp, Günter, aus Rauschendorf, Kreis Ebenrode, am 25. Januar

Niehage, Hildegard, geb. Allenbacher, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 23. Januar

Wenzel, Erna, geb. Biallas, aus Soffen, Kreis Lyck, am 21. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Breckow, Helmut, aus Krattlau, Kreis Fischhausen, am 22. Januar

Brodda, Heinz, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 21. Januar

Erdmann, Edeltraud, geb. Sczepan, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 20. Januar

Frank, Christel, geb. Wysotzki, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 19. Januar

Horn, Bruno, aus Keipern, Kreis Lyck, am 23. Januar

Jeckstadt, Ingeborg, geb. Kudies, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 22. Januar

Kahlke, Käthe, geb. Zidorn, aus Moditten, Kreis Fischhausen, am 20. Januar

Lasar, Erna, geb. Schmid, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 24. Januar

Müller, Hannelore, geb. Lottermoser, aus Weidlacken, Kreis Wehlau, am 19. Januar

Riede, Gertrud, geb. Paczenski, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 25. Januar

Riske, Hildegard, geb. Balzuweit, aus Wehlau, am 25. Januar

Schossadowski, Ewald, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg, am 19. Januar

Wittke, Siegfried, aus Köthen, Kreis Wehlau, am 20. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bednareck, Elisabeth, geb. Barteleit, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 19. Januar

Butzko, Horst, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 19. Januar

Kröning, Christel, geb. Stenzel, aus Prägsden, Kreis Mohrunen, am 20. Januar

Majewski, Max, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 22. Januar

Peter, Karin, geb. Wolf, aus Mohrunen, am 22. Januar

Schöbe, Helga, geb. Laskowski, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 24. Januar

Schulz, Ursula, geb. Bergner, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 20. Januar

Schwiem, Manuela, geb. Baumgart, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 19. Januar

Sievers, Lotte, geb. Kotowski, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 23. Januar

Sobczak, Hildegard, geb. Kraft, aus Statzen, Kreis Treuburg, am 19. Januar

Stopka, Klaus, aus Barteln, Kreis Sensburg, am 19. Januar

Thiede, Rosemarie, geb. Rudat, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 24. Januar

Thiel, Dieter, aus Friedberg, Kreis Treuburg, am 19. Januar

Warncke, Waltraud, geb. Segendorf, aus Hollenau, Kreis Ebenrode, am 24. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Blumenstein, Richard, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, am 22. Januar

Chaux, Walter de la, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 22. Januar

Cillwik, Roland, geb. Czylwik, aus Markau, Kreis Treuburg, am 25. Januar

Christiansen, Marianne, geb. Janz, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 20. Januar

Danowski, Marianne, geb. Finkhäuser, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 23. Januar

Ehlers, Heidelinde, geb. Baumgardt, aus Parnehenen, Kreis Wehlau, am 24. Januar

Haber, Erna, geb. Liebe, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, am 19. Januar

Kohl, Horst, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 25. Januar

Kosowski, Ulrich, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 21. Januar

Reinecke, Rita-Renate, geb. Bergmann, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 21. Januar

Schaarschmidt, Manfred, aus Ruttenfelde, Kreis Elchniederung, am 20. Januar

Schramm, Siegrid, geb. Adam, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 20. Januar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Jäger, Erika, geb. Kilinski, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 20. Januar

ANZEIGE

Sonnabend, 1. Juni 2024
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

Ostpreußentreffen

der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm, ostpreußischen Ausstellern u.v.m.

CongressPark Wolfsburg
Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg
(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

David Hilbert

Hof – Als Prominenten des Monats November stellte Kulturwart Bernd Hüttner den Mathematiker David Hilbert vor. Der am 23. Januar 1862 in Königsberg geborene Hilbert stammte aus einer Juristenfamilie. Während der Vater seiner Laufbahn kritisch gegenüberstand, unterstützte ihn die vielseitig interessierte Mutter sehr. Nach dem Besuch des Friedrichskollegiums in Königsberg wechselte er im Abiturjahr auf das Wilhelms-Gymnasium, das mathematischer und naturwissenschaftlicher orientiert war. Dort bescheinigte man ihm mit der bestmöglichen Zeugnisnote in Mathematik bereits seine herausragenden Fähigkeiten. Nach dem Studium an der Albertus-Universität in Königsberg promovierte er dort 1885. Eine Studienreise führte ihn zuerst nach Leipzig, wo er Felix Klein, den dortigen Professor für Geometrie, kennenlernte



Mathematiker aus Königsberg: David Hilbert Foto: wikipedia

und auf dessen Anraten weiter nach Paris fuhr. 1886 habilitierte er in Königsberg und arbeitete als Privatdozent. Im Jahr 1892 heiratete er Käthe Jerosch, die aus dem Ermland stammte. Diese unterstützte ihn bei seiner beruflichen Arbeit und kümmerte sich als seine Assistentin um die Reinschriften seiner wissenschaftlichen Arbeiten. 1895 berief ihn die Universität Göttingen auf Betreiben von Klein als Professor. Dort sollte er einen Schwerpunkt der mathematischen Forschung aufbauen. Nach der Machtergreifung der National-

sozialisten musste Hilbert hilflos zusehen, wie das Göttinger Institut durch das Berufsverbot für die jüdischen Wissenschaftler „zerstört“ wurde. David Hilbert starb am 14. Februar 1943 in Göttingen, wo er auch begraben ist.

Jutta Starosta

Kulturzentrum Ostpreußen

Nürnberg – Dienstag, 30. Januar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1: Treffen der Ost- und Westpreußen sowie Pommern zum Thema „Das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen“.



Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Heimatinachmittag

Wiesbaden – Sonnabend, 20. Januar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Erinnerungen an zu Hause, Heimatinachmittag mit Kaffee und Kuchen. Das erste Monatstreffen im neuen Jahr ist

Warm oppm Kopp

Grüne Mütze mit aufgestickter Elchschaukel. Die fleecgefüllte Strickmütze kostet : 15,- Euro, zuzüglich 3,- Euro Porto und Verpackung.

Bestellung: Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Buchstraße 4, 22087 Hamburg Telefon (040) 4140080 E-Mail: selke@ostpreussen.de

Je 15,- Euro zzgl. Porto und Verpackung

unserer Heimat gewidmet. Sie hören Nachdenkliches und Lustiges von früher und heute. Zudem erfahren Sie einiges über das derzeitige Geschehen in Ostpreußen und Westpreußen. Wer zu diesem Nachmittag etwas beitragen möchte, seien es Erzählungen, Gedichte und/oder Informationen und Bilder, melde sich bitte gleich bei Dieter Schetat unter Telefon (06122) 15358 oder bei anderen Vorstandsmitgliedern.



Das Warten auf den Weihnachtsmann wurde belohnt: Feier in Memel

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen Buchstraße 4 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Königsberger Marzipan

Dresden – Mittwoch, 7. Februar, 13 Uhr, Großenhainer Straße 96, 01127 Dresden: Treffen zum Thema „Schwermer Marzipan“.



Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174)9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de. **Gst. für alle Memellandkreise:** Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshheim

Deutscher Kultur-Verein

Memel – Am 9. Dezember fand die dritte Weihnachtsfeier des Deut-

schen Kultur-Vereins (DKV) Memel im Besucherzentrum des Nationalparks in Karkelbeck statt mit frohgestimmten großen und kleinen Gästen, die gemeinsam auf den Weihnachtsmann warteten. Dieser beschenkte jeden der kleinen Wichtel mit süßen Leckereien im Austausch für ein Gedicht oder Lied. Auch Reda, die an diesem Tag ihren Geburtstag feierte, wurde mit einem kleinen Geschenk bedacht. Der Hit des Abends war jedoch die große Tombola, bei der

Fortsetzung auf Seite 16

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-R



Abonnieren Sie die PAZ
 und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften

ANZEIGE

Unseren Landsleuten
im In- und Ausland
wünschen wir auf diesem Weg
Glück und Segen und gute Gesundheit
für das neue Jahr.

Ihre Kreisgemeinschaft Heilsberg
Jutta und Karl-Heinz Küting

Fortsetzung von Seite 15

viele nützliche und lustige Preise zu gewinnen waren. Bei leckeren Thüringer Bratwürsten und selbstgemachtem Kartoffelsalat klang der schöne Nachmittag aus. Vielen Dank allen Helfern. Allen ein friedliches und besinnliches Weihnachtsfest im Kreise eurer Familien.

H. R. Krefsin

Weihnachtsfeier

Heydekrug – Am 10. Dezember hatte unser Deutscher Verein Heide seine Landsleute zur Weihnachtsfeier eingeladen und 100 Personen folgten der Einladung. Die 1. Vorsitzende Gerlinda Stunguriene begrüßte ihre Landsleute, die neben Heydekrug auch aus Ruß, Kinten, Minge, Saugen und Wabbeln gekommen waren. Auch der Vorsitzende vom Deutschen Kulturverein Memel, H. R. Krefsin, und der Bundesvorsitzende der AdM, Uwe Jurgsties, nahmen an der Feier teil, die auch einige Worte an die Besucher richteten. Stunguriene gab einen kurzen Rückblick auf das zu Ende gehende Jahr, trug ein Gedicht vor und ehrte Vereins- und Chormitglieder

mit einem Präsent. Der Chor vom Verein Heide unter Leitung von Valteris Matulis erfreute die Besucher mit vielen schönen Advents- und Weihnachtsliedern, und die Gäste sangen bei einigen Liedern kräftig mit. Zur Stärkung wurde Kuchen, Gebäck, Kaffee, Saft, Wein, eine kalte Vorspeise sowie ein sehr schmackhaftes warmes Essen gereicht. Nach der Essenspause trug der Chor noch einige Lieder vor, die auch wieder von den Besuchern mitgesungen wurden. Nach einigen Stunden in geselliger Runde mit vielen Gesprächen endete die Feier mit den bes-



Die Gäste kamen auch aus Ruß, Kinten, Wabbeln und anderen Orten: Weihnachtsfeier in Heydekrug

Foto: AdM

ten Wünschen für die Weihnachtstage und einem guten friedvollen Jahr 2024, in dem man sich gesund wiedersehen wird.

U. J.

Weihnachten in Aukštumale

Aukštumale – In der Adventszeit teilen wir Wärme und Aufmerksamkeit mit unseren Lieben, wir tun Gutes für die, die neben uns leben, und erinnern uns so daran, dass nicht jeder zu Hause genug hat... Und in diesen düsteren Zeiten wird dieser Mangel immer größer mehr und mehr. Er nimmt zu, obwohl der Staat in Sieben-Meilen-Schritten dem Wohlstand entgegen galoppiert.

Ich besuchte Hildegard in Aukštumale mit Hilda Petereit und Gerlinda Stunguriene Anfang September und in der letzten Adventswoche, um die Frau mit unserem Besuch auf das Weihnachtsfest einzustimmen. Möge ein Hoffnungsstimmer auch ihr Zuhause erreichen. Hildegard Strangalies lebt ohne Strom, das Wasser im

Brunnen ist nicht zum Trinken geeignet, die Hütte ist schief und Polyethylenplanen flattern an den Außenwänden und versuchen, die Wärme im Haus zu halten. Alles hält kaum noch. Der Boden bebt, der Ofen in der Küche ist kurz davor, auseinanderzufallen, – seufzt die Frau. Und tatsächlich beendet das Bauernhaus bereits sein Leben und blickt traurig durch die ärmlichen Fenster auf eine herzlose Welt. Die elektrischen Schalter verraten, dass es hier einst Licht gab, heute aber eine kranke, schwache Frau in der Dunkelheit lebt. Stunguriene, Leiterin des Deutschen Verein „Heide“, wie auch Uwe Meyer aus Preil besuchen sie regelmäßig und versorgen sie mit dem Nötigen.

Ich persönlich stellte die Frage, ob den Regierungsbeamten diese Situation bewusst ist? Schließlich ist sie ein Mitglied unserer Gemeinschaft, durch und durch ortsanässig, spricht ausgezeichnet Deutsch und schönes Litauisch. Hildegard berichtete besorgt, dass sie gehört habe, dass es Pläne gäbe, sie aus dem Gehöft zu vertreiben.

„Das ist wahrscheinlich mein letztes Weihnachtsfest“, sagte sie bei der Verabschiedung, und ich fühlte Schmerzen in meinem Herzen, umarmte sie und musste meine Tränen unterdrücken, denn nichts schmerzt mehr als diese Bilder und Hildegards Augen. In dieser Situation stelle ich der Dame von der sozialen Behörde nur eine Frage: Wie viele Menschen haben Sie in der Nachbarschaft besucht und haben Sie gesehen, wie Sie leben? Haben Sie auch Gerhard Bendiks in Wabbeln besucht, dem an beiden Händen die Finger und an beiden



Kalt, dunkel und zugig: Hildegard Strangalies ist nicht die Einzige, die in solchen Verhältnissen lebt

Foto: Raima Zander

Füßen die Zehen seit der Jugend abgefroren sind und der ebenfalls in Armut in einem baufälligen Haus wohnt wie Hildegard, die ihre Tage in der Dunkelheit verbringt und nicht in der Lage ist, den Ofen anzuzünden und den Raum zu heizen?

Wir werden die Feiertage gemütlich und herzlich begrüßen, und sie werden nur in den schwarzen Himmel blicken und darauf warten können, dass der Weihnachtsstern aufleuchtet... Es fällt Ihnen wahrscheinlich schwer, sich vorzustellen, was ich in diesem Haus gesehen habe, denn in dieser Welt voller Wohlstand, voller lächelnder und

glücklicher Gesichter, sagen diese Bilder etwas anderes – schreckliche Trennung und Gleichgültigkeit gegenüber dem Nächsten. Für die Einheimischen, die schon immer hier gelebt haben und trotz schrecklicher Umstände, sind sie heute mit ihrer Existenz in Armut zufrieden, aber ein erfülltes Leben führen sie nicht.

Raima Zander

Anmerkung: Auch ich habe Hildegard und Gerhard mehrfach besucht und von der AdM unterstützt und kenne die Gegebenheiten. Im Memeler Dampfboot vom Januar 2020 habe ich bereits hiervon berichtet.

Uwe Jurgsties

Rätsel

Bau- maschine	Rand eines Gewäs- sers	Konstruk- teur	Stifter- figur im Naumbur- ger Dom	Kopf- bede- ckung	dt. Schau- spielerin (Hanne- Lore)	blasse- roter Farbton	Eigen- tum be- schlag- nahmen	alter Schlager (Engl.)	Samml- ung von Schrift- stücken	die Gesichts- farbe wechselt	Abk.: In- ternatio- nal Space Station	kleines Krebstier	brit. Schau- spieler... Guinness	reichlich	japani- scher Farb- karpfen	
weib- liche Anrede			Schaden im Gewebe	zuver- lässig, treu			norddt.: Heu- Mist- gabel		Bahn- Straßen- damm				akust. Auto- signal- gerät		bibli- scher Prophet	
Internet, WWW (Kurz- wort)			Kinder- buchfigur („Hanni und ...“)				früherer öster. Adels- titel		zugun- sten einer Person, Sache	Stadt im Sauer- land (NRW)		den Acker um- brechen	Förde der Ostsee		Hand- werker (Fenster)	
gewalt- sames Weg- nehmen	unge- zähmt; unge- sittet	Nachbar- staat des Iran	zwei Dinge, Men- schen		überlegt, um- sichtig	engl. Schrift- steller (Daniel)			organi- scher Moor- boden	Senke im Gelände		frech, flegel- haft (ugs.)		Essen, Nahrung		
Verkost- ung beim Winzer			Kfz- Zeichen Bochum	Kanton der Schweiz	Wasser- vogel				Aus- maß, Dimen- sion		Binde- wort		Staat im Himalaja		Europ. Weltraum- organisa- tion (Abk.)	
unge- ordnet; fähig	Rechen- brett der Antike					Apfel- sine			Kloster- vorsteher	Ausruf des Ver- stehens	Polar- gewässer	runde Schnee- hütte		römi- scher Liebes- gott	Beschei- nung	
Ver- zier- ung			langer Hohl- zylinder							Schwarz- drossel						
			unbe- stimmter Artikel	Schutz für Wunden		dt. TV- Mode- rator (Jan)	Ohren des Jagd- hundes				Schwarz- drossel		Umlauf- bahn eines Satelliten	Leid, Not	Standort- bestim- mer (Schiff)	
			vor- sichtig									ital. Wall- fahrts- ort				
			Licht- spiel- theater		musika- lisches Bühnen- werk		Rahm, fetthalt- iger Teil der Milch	Stille	Segel- befehl	Fährte, Abdruck			veraltet: Unter- kunft, Wohnung	Redner- pult für Karne- valisten	Affe, Weiß- hand- gibbon	
			leicht schlafen							germani- scher Gott des Feuers			hoch- betagt	griechi- scher Buch- stabe		
			Eigenart, Charakter	Nieder- schlag aus Was- serdampf	nord- amerik. Wapiti- hirsch		Fremd- wort- teil: neu (griech.)	bayerisch: Retlich			deutsch- franz. Maler (Max)	ein eng- lisches Königs- haus		Dynastie im alten Peru	ein Wa- cholder- brannt- wein	Quer- stange am Mast
			ab- sondern, lösen								TV- oder Radio- sprecher					
			drahtlose Über- tragungs- technik		Wind- schatten- seite v. Schiffs		großer Beutel, Behälter aus Stoff					Spiel- Wett- kampf- klasse				
						Himmels- richtung					unmit- telbar					

Magisch
Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 weibliches Haustier
- 2 Anzeige, Inserat
- 3 scherzhaft: Gespür; Nase

Schüttelrätsel

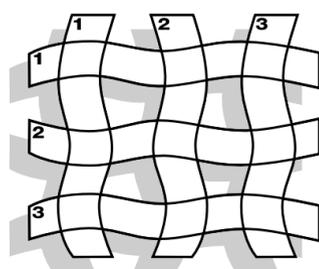
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ENZ	EEGN	ELTZ	EFGU	ABILR	AAMS	EINRT
		AEFLM				AET
AEGNU				AAR		
		AGGNT				
EGL	EIRT			EIS		

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für eine Wintersportart.

1	SPORT					FEST
2	GRAU					PILZ
3	BOHNEN					WAND
4	SPUK					HOF
5	KALT					KARTE
6	HEU					SPRAY
7	WUNDER					MESSEN



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 weibliches Haustier
- 2 Anzeige, Inserat
- 3 scherzhaft: Gespür; Nase

Heimatkreisgemeinschaften

Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Reise 9. bis 17. Juni

Die Kreisgemeinschaft Pr. Eylau plant in diesem Jahr gemeinsam mit der Patenstadt Verden und dem Landkreis Verden wieder eine Reise in den südlichen Teil des Kreises und zu anderen interessanten Zielen im südlichen Ostpreußen vom 9. bis 17. Juni. Anmeldungen erbitten wir spätestens bis zum 1. März, damit wir einen Überblick bekommen, ob die notwendige Mindestteilnehmerzahl von 25 Personen erreicht wird, damit die Reise durchgeführt werden kann.

Die Route zum ersten Ziel Danzig führt per Bus vorbei an Hannover und Potsdam mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute und weiter über Frankfurt an der Oder und Posen. Eine Weiterfahrt nach Elbing wird mit der Überquerung der Weichsel und einer Fahrt auf dem Oberländischen Kanal verbunden. Weitere Ziele auf dem Reiseplan: Cadinen, Frauenburg,



Landsberg: Einladung ins Rathaus der Patenstadt Verden

Kahlberg auf der Frischen Nehrung, die Marienburg, Allenstein und Heilsberg.

Das Zentrum der partnerschaftlichen Beziehungen zwischen Verden und dem südlichen polnischen Teil des Kreises ist die Stadt Landsberg [Gorowo Iławeckie] im Kreis Pr. Eylau. Der Bürgermeister hat uns zu einem offiziellen Empfang im Rathaus eingeladen.

Gut Gallingen, Kloster Heilige Linde, Lötzen, per Schiff weiter nach Angerburg und weiter nach Steinort und Hohenstein sind die Stationen, bevor es am achten Tag wieder über Posen in Richtung Verden geht. Die Rückkunft in Verden ist am neunten Tag, 17. Juni, gegen 19.30 Uhr geplant.

Genauere Informationen zur Reise wie den Reisepreis pro Person für alle Kosten inklusive Halbpension finden Sie auf der Internetseite der Kreisgemeinschaft [www. https://preussisch-eylau.de/](https://www.preussisch-eylau.de/) unter der Rubrik „Termine und Aktivitäten“ oder können bei der Kreisvorsitzenden Evelyn v. Borries unter Telefon (02103) 64759 erfragt werden.

Hessisches Ministerium des Inneren und für Sport

Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler: Margarete Ziegler-Raschdorf

Erfreuliche Nachrichten zum Jahresbeginn

Wiesbaden – Zu Beginn des neuen Jahres hat Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf gute Nachrichten.

Am 23. Dezember 2023 ist das geänderte Bundesvertriebenengesetz (BVFG) in Kraft getreten, das im Internet unter folgender Seite abrufbar ist: www.recht.bund.de/bgbl/1/2023/390/VO.html. Die Gesetzesänderungen beziehen sich auf die Voraussetzungen der Spätaussiedleraufnahme, insbesondere das sogenannte Gegenbekenn-

nis zur deutschen Volkszugehörigkeit und die Möglichkeit, im krisenbedingten Konflikt- und Kriegsfall Anträge auf Aufnahme als Spätaussiedler in die Bundesrepublik Deutschland auch von außerhalb des Herkunftsgebietes stellen zu können.

Im Rahmen der vom Hessischen Landtag zur Verfügung gestellten Fördermittel für die Kulturpflege nach Paragraph 96 Bundesvertriebenengesetz haben das Hessische Innen- und Finanzministerium dem Antrag des BdV Hessen zugestimmt und eine Erhöhung der institutionellen Förderung für den Bund der Vertriebenen, Landesverband Hessen in Höhe von 50.000 Euro bewilligt.

Die Weiterentwicklung der Fördereinrichtung für junge Spätaussiedler in Hasselroth ist gesichert. Die einzige in Deutschland überhaupt noch bestehende Fördereinrichtung für junge Spätaus-

siedler, die eine akademische Ausbildung anstreben oder weiterführen wollen, werde damit entscheidend gestärkt und langfristig in ihrer Existenz gesichert. **HMDIS**



Bund der Vertriebenen
Landesverband Hessen e.V.

Digitale Landkarte

Der Bund der Vertriebenen in Hessen veröffentlicht eine digitale Landkarte der Erinnerungsorte der Vertriebenen und Spätaussiedler. Besondere Orte der Erinnerungskultur der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler sind die derzeit bundesweit über 1400 Mahnmale und Gedenkstät-

ten, von den sich rund 300 alleine in Hessen befinden.

Nun entstand im Auftrag des BdV Hessen in Kooperation mit der Digitale Lernwelten GmbH eine digitale und interaktive Landkarte der Erinnerungsorte der in Hessen lebenden Vertriebenen und Spätaussiedler, die ab sofort im Internet unter <https://erinnerungsorte.bdv-hessen.dilewe.de> abrufbar ist.

Das Ziel des Projektes ist es, eine vollständige digitale Landkarte Hessens zu erstellen, in der sich alle für das Thema Flucht und Vertreibung relevanten Erinnerungsorte und Institutionen befinden: Denkmäler, Mahnmale, Gedenkstätten, Heimatsammlungen, Museen, Verbände und wissenschaftliche Institutionen. Das Projekt wurde vom Hessischen Ministerium des Inneren und für Sport gefördert.

BdV-Landesverband Hessen e.V.

Ostpreußisches Landesmuseum

Ausstellungen

Noch bis 25. Februar: **Stinthengste, Krähenbeißer, Lange Wurst und Co. – Ostpreußische Bräuche im Wandel.** Bräuche bestimmen unser Leben, im Alltag sowie zu besonderen Anlässen. Warum? Dafür gibt es die verschiedensten Gründe und Entstehungsgeschichten. Auch in Ostpreußen haben sich im Laufe der Zeit unterschiedliche Bräuche entwickelt, manche kommen uns heute noch sehr bekannt vor, andere erscheinen uns ein wenig veraltet, wieder andere führen uns in eine völlig fremde und einzigartige Welt. Einem Teil dieser Bräuche widmet sich diese Kabinettausstellung.

Noch bis 25. Februar: **Die Königsberger Kunstakademie (1845-1945).** Künstler aus zwei Jahrhunderten. Mit Künstlern wie Lovis Corinth (Schüler), Ludwig Dettmann (Direktor), Artur Degner (Schüler, Lehrer) und Ernst Mollenhauer (Schüler) ist die Geschichte der Königsberger Kunstakademie eng verbunden. Zwischen ihrer Gründung 1845 und dem Untergang Königsbergs 1945 bildete die Akademie 100 Jahre das künstlerische Zentrum Ost-

preußens. Vor allem die weite Landschaft und die Küste waren eine der Hauptinspirationsquellen der dortigen Künstler. Die Ausstellung zeigt Werke der verschiedenen Direktoren und Lehrer, die an der Kunstakademie in Königsberg gewirkt haben.

Veranstaltungen

Mittwoch, 24. Januar, 18.30 Uhr, Eintritt: 4,- Euro: **Geschichte einer Mühle in Ostpreußen – eine Spurensuche. Vortrag und Gespräch mit Burchard Dabinnus, Henri Rösch und Dr. Christian Rohrer.** In der Vorkriegszeit gab es in Bartenstein (heute Bartoszyce in Polen) einen großen, modernen Mühlenbetrieb der jüdischen Familie Meyer. Nach 1933 begann in Ostpreußen – wie in ganz Deutschland – der Prozess der so genannten „Arisierung“, bei dem jüdischer Besitz zwangsweise an neue, „arische Eigentümer“ übertragen wurde. So gelangte die Meyer-Mühle in die Hände der deutschen Familie Dabinnus. 80 Jahre später versucht Burchard Dabinnus, Schauspieler und Regisseur aus München, dessen Großeltern die Mühle der jüdischen Nachbarn übernommen hatten, die „Mühlengeschichte“ aufzuklä-

ren. Über diese lange Zeit verschwiegener Familienangelegenheiten spricht er mit Dr. Christian Rohrer, dem Autor des vielbeachteten Buchs „NS-Macht in Ostpreußen“ und Henri Rösch, Familienmitglied der jüngeren Generation. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Donnerstag, 25. Januar, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Sehen und Malen – Kinder können Kunst.** Kinderclub mit Silke Straatman. Bei einem Besuch der Sonderausstellung geht es auf Entdeckungsreise zur „Kunstakademie Königsberg“ mit ihren verschiedenen Kunststilen. Wir betrachten die Bilder genauer und unterhalten uns darüber, warum das Kunstwerk ein Kunstwerk ist. Mit einem selbst hergestellten Puzzle können die Kinder ihre eigenen Vorstellungen von Kunst und Malerei umsetzen. Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von sechs bis zwölf Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich.

Mittwoch, 31. Januar, 18.30 Uhr, Eintritt: 4,- Euro: **Eduard Bischoff. Maler aus Königsberg. Vortrag von Dr. Jörn Barfod über das Leben und Werk eines ostpreußischen Künstlers.** Eduard Bischoff (1890-1974) gehört zu den heute noch bekanntesten ostpreußischen Künstlern aus der Tradition der Königsberger Kunstakademie. Er war dort von 1910 bis 1914 Schüler und von 1936 bis 1945 Lehrer. Damit zeigt sein Werk in besonderer Weise die Kunst, die in Königsberg nach 1900 bis 1945 entstand. Das umfasst auch die problematische Zeit der Kunst im „Dritten Reich“. Doch nicht genug damit, gehört Bischoff auch zu den anerkannt führenden Malern, die nach 1945 in der Bundesrepublik ihre Arbeit fortsetzen konnten. Alle diese Aspekte möchte der Vortrag anschaulich präsentieren. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Filzen im Ostpreußischen Landesmuseum

Sonntagsausflug nach Lüneburg. Der Familienworkshop „Filzen“ im Ostpreußischen Landesmuseum mit Joanna Margner war mit zehn Personen ausgebucht. Einige Teilnehmer hatten bereits Erfahrung mit dem trockenen Filzen von Schurwolle, andere waren neugierig, alle waren talentiert. „Wenn man Wolle in die Hand nimmt, kommen die Ideen oft von selbst“, so die Künstlerin Margner. Inspiration gab es genug, und zwar schon auf dem Weg durch das Museum zum Atelier, auf dem man Otto, dem Fischotter begegnen konnte. Ein Otter wurde nicht gefilzt, dafür aber Wichtel, Apfel, Blume, Maus, Hund und viel mehr. *Christiane Rinser-Schrut*



„Fünf von fünf Sternen für das Museum“: Wer noch zu jung fürs Filzen war, konnte im Museum viel entdecken und ausprobieren *Foto: S Schrut*



Bunt, vielfältig, kreativ: Ergebnisse des Filzworkshops *Foto: CRS*

Nach einem langen und erfüllten Leben verstarb friedlich unsere Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Traute Heinrich

geb. Kohlmeier

* 4. September 1940 † 28. Dezember 2023
Elmshorn Hamburg

In Liebe und Dankbarkeit

Ulrike und Carsten Peckmann
mit Monja und Luisa
Dr. Wiebke und Wieland Richter
mit Sophie

Die Trauerfeier mit anschließender Beisetzung findet statt am Dienstag, dem 23. Januar 2024, um 12.00 Uhr in der Kirche am Niendorfer Marktplatz.



Ein gutes Ostpreußenherz: hat aufgehört zu schlagen und wollte doch so gerne noch bei uns sein. Schwer ist es, diesen Schmerz zu tragen, denn ohne Dich wird vieles anders sein.

Und deine Seele spannte weit ihre Flügel aus: flog durch die stillen Lande, als flöge sie nach Ostpreußen, nach Schönbrück, nach Haus.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von meinem lieben Mann, guten Vater, Schwiegervater, Opa, Uropa, Bruder, Schwager und Onkel

Ernst Joseph Wornowski

* 26. Februar 1937 † 18. Dezember 2023

Deine Frau Gerda-Marie
Renate und Heinz-Josef
Irene mit Dana
Kai und Susanna
David und Nina mit Oskar
und alle Anverwandte

Die Exequien wurden gehalten in der Pfarrkirche St. Marien in Düren. Im Anschluss fand die Urnenbeisetzung auf dem Friedhof Düren Ost statt.

Kondolenzanschrift: Gerda Wornowski, Friedenstr. 38, 52351 Düren

WANDERDÜNEN

Weitreichende Folge früher Abholzungen

Wandernde Sandberge begruben immer wieder Dörfer unter sich – Ein ostpreußischer Förster sorgte für Abhilfe

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die ostpreußische Küste wird seit Jahrhunderten durch beeindruckende Dünenlandschaften geprägt. Vielfach nannte man die Ansammlung von Sandhügeln auf der Frischen und Kurischen Nehrung „Ostpreußische Wüste“ oder „Preußische Sahara“.

Manche der Erhebungen wie die Parnidis-Düne bei Nidden, die nach der 110 Meter hohen Dune du Pilat an der französischen Atlantikküste die zweitgrößte Wanderdüne Europas ist, ragen noch heute mehr als 50 Meter in die Höhe. Sie entstanden nach der Abholzung der Küstengebiete, die ursprünglich mit Nadelwald bedeckt waren. Dieser Holzeinschlag begann mit der Kolonisierung durch den Deutschen Orden. Er nahm immer größere Ausmaße an, bis er in den Kriegen des 17. und 18. Jahrhunderts seinen absoluten Höhepunkt erreichte. Daraufhin wurden die Dünen instabil und schoben sich langsam über die Siedlungen zu ihren Füßen.

Das gilt für die Parnidis-Düne ebenso wie für den einstmaligen 61 Meter aufragenden Petschberg bei Pillkopen. Der bedrohte das Dorf auf der Kurischen Nehrung bereits ab etwa 1650. Daraus resultierte 1712/13 eine Verlegung der Ortschaft nach Nordosten. Zwischen 1760 und 1780 verschlang die Düne Alt-Pillkopen – ein Schicksal, das um 1820 schließlich auch Neu-Pillkopen erlitt, weswegen man in drei Kilometern Entfernung das dritte Pillkopen errichtete. Doch auch dieses musste 1870 geräumt werden, wonach die Pillkoppern abermals den Neuanfang wagten.

Gänzlich unter dem Sand verschwanden dahingegen das Dorf Schmergrube auf der Frischen Nehrung, das zwischen 1644 und 1728 verschüttet wurde, sowie die Ortschaften Lattenwalde, Kunzen und



Ephas Technik wird heute noch angewandt: Auf dem Petschberg auf der nach ihm benannten Düne sind die angelegten Quadrate mit Reisig noch deutlich zu erkennen
Foto: MRK

Preeden auf der Kurischen Nehrung. Preeden fiel um 1700 dem Vormarsch des Predin-Berges zum Opfer. Und dann sind da noch Preil und Perwelk. Preil entstand 1850 an der alten Poststraße zwischen Nidden und Memel durch die Ansiedlung von Fischerfamilien aus den von den Dünen begrabenen Dörfern Neegeln und Karwaiten. Die übrigen seitens der Natur Vertriebenen gründeten 1844 das winzige Perwelk.

Da die preußische Regierung befürchtete, dass die Wanderdünen ihr Zerstörungswerk fortsetzen und am Ende nicht nur die Dörfer auf den Nehrungen, son-

dern auch die dortige Fischerei sowie die Straßen und Häfen gefährden könnten, veranlasste sie die Befestigung beziehungsweise Wiederaufforstung der Sandhügel. Diese erwies sich besonders auf der Kurischen Nehrung als kompliziert und geriet ab 1864 zum Lebenswerk des 1828 in Goldap geborenen Königlichen Dünenplantagen-Inspektors und Badekommissars von Cranz, Wilhelm Franz Epha.

Der gelernte Förster und frühere Offizier im Ostpreußischen Jägerbataillon Nr. 1 versuchte zunächst die Methode seiner Vorgänger zu kopieren, die sich bei der Sicherung der nur bis zu zehn Meter

hohen Vordünen am Ostseestrand bewahrt hatte: Nach der Aufstellung von kleinen Strauchzäunen fing sich darin der Sand, wonach man zwischen den Abgrenzungen anspruchslose Strandgräser pflanzte, deren tiefe Wurzeln bis ins Grundwasser reichten. Später kamen Sanddisteln hinzu, die für die Bildung von Moos sorgten, auf dem dann wiederum Krüppelkiefern gediehen. Allerdings dauerte dieses Verfahren viel zu lange und taugte daher nicht für die großen Dünen.

Deshalb verfiel Epha darauf, in den Hängen der Sandhügel kleine quadratische Felder innerhalb einer schützenden

Umrandung aus Rohrzäunen anzulegen, die zuerst mit Geschiebelehm und Haffmergel und anschließend mit Seetang und Reisig bedeckt wurden. Danach ließ er dort Zwergkiefern pflanzen, denen größere, mehr in die Breite wachsende Bergkiefern aus dem Alpenraum folgten. Das arbeitsintensive und kostspielige Verfahren führte tatsächlich dazu, dass die Bäume in kürzester Zeit Wurzeln schlugen.

Epha bändigte die Wanderdünen

Auf diese Weise rettete Epha zwischen 1887 und 1892 Pillkopen vor der erneuten Vernichtung durch den Petschberg, der bereits wieder bis an die ersten Häuser herangerückt war. Zum Dank benannten die Einwohner des Dorfes den Gipfel der Düne „Ephas Höhe“. Bevor er dieses Meisterstück vollbrachte, hatte der Düneninspektor und Badekommissar, der inzwischen auch noch als Strandvogt und Oberfischmeister fungierte, weitere gefährliche Wanderdünen gebändigt.

So sicherte Epha von 1875 bis 1885 die damals bis zu 50 Meter hohen Sandhügel Urbo Kalns und Angiu Kalns westlich von Nidden. Dazu kam zwischen 1877 und 1882 die Bepflanzung der ebenso hohen Bruchberge bei Rossitten, was zur Rettung des Möwenbruchs führte. Des Weiteren stabilisierte Epha ab 1897 die Dünen nahe Preil und Perwelk. Damit formte er wie kein zweiter Mensch vorher und nachher die Landschaft der Kurischen Nehrung, was ihm die Ehrentitel „Alter Dünenkönig“ und „König von Rossitten“ eintrug.

Außerdem verließ der preußische Herrscher Wilhelm II. Epha, der 1903 mit 76 Jahren in den verdienten Ruhestand ging und im September 1904 starb, 1896 den Roten Adlerorden. Das war immerhin die zweithöchste preußische Auszeichnung nach dem Schwarzen Adlerorden. Deswegen gehörte eine Verleihung an Personen von bürgerlicher Herkunft wie Epha zu den absoluten Ausnahmen.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Wie die Via Regia Teil der Seidenstraße wird

Mit dem Aus des Wangener Kreises dürfte Schlesien nun auch für Afghanen interessant werden

Was hat die deutsche Romantik oder Jacob Böhmes Mystik Flüchtlingen aus der Ukraine, Afghanistan oder Syrien zu bieten? Johannes Rasim hat einige Ideen und zündet diesbezüglich in Kürze den Turbo.

Eigentlich war der gebürtige Oberschlesier Rasim aus Werl in Westfalen mit einer Rückkehr nach Oberschlesien in eine Sackgasse geraten. Dolmetscheraufträge in der Republik Polen und Tschechien ernährten ihn mehr schlecht als recht. Der Wanderer zwischen den Welten, Hobbyhistoriker und Literaturkenner führte zuletzt den „Wangener Kreis“ – die Exilorganisation der vertriebenen schlesischen Künstler mit Sitz im Allgäu, die 2023 offiziell abgewickelt wurde.

Doch genau der Zuschnitt aus diesem Vereinsprofil dürfte nun eine zeitgemäße Neuauflage finden. Mit dem Massenstrom aus dem Nahen Osten und der Ukraine war Rasim nach seiner Rückkehr in der 30.000-Einwohner-Wallfahrtsstadt im Kreis Soest in kurzer Zeit Schnittstelle für alle Neuankommlinge. Er war Deutschlehrer, Helfer und Inspirator. Und da Rasim stets das Exzentrische als ganz normal denkt, regte er den westfälischen Außenpolitikexperten und in Denkwitz bei Bautzen geborenen Ex-CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz zu Visionen an. Nach

zwei langen Gesprächen vermittelte dieser Rasim begeistert an den Unterhaltungsgiganten Michael Mühlenbrock (Let's dance), der sein Prominentenregister zog. Ob Udo Lindenberg oder der Münsteraner Götz Alsmann – die beiden und viele weitere Stars seien sichere Kantonisten, um einem neuen Verein „Kunst im Exil“ gleich ordentlich Glanz und Aufmerksamkeit zu verleihen.

Neuer Verein „Kunst im Exil“

Kurzum: Rasim kann wohl bald im Gewand moderner Fluchterfahrung da weitermachen, wo er allein mit Schlesiern und dem Wangener Kreis aufgehört hatte. Vorletzte Woche nahm er von Tschechien kommend den Schlenker über die Jacob-Böhme-Städte Seidenberg [Zawidów] und Görlitz [Zgorzelec] Richtung Westfalen. Hier plätschern bei ihm auf dem Spaziergang zu den diversen Böhme-Stätten die Gedanken.

Als Pilotprojekt plant er eine erste Literaturfahrt zu Orten der Inspiration, die nun eben auch Kunstschaffende Ukrainer oder Afghanen mit der mitteleuropäischen Denke vertraut machen sollen und Symbiosen hervorbringen dürfen. Rasim knüpfte Kontakte am Schloss Dux in Böhmen, wo Giacomo Casanova seine Memoiren

schrrieb. Köthen müsse mit ins Boot oder Eichendorffs Geburtsort Lubowitz [Lubowice]. Beiläufig spricht er von einem 23-jährigen Flüchtling aus dem Orient mit siebenjähriger Berufserfahrung als Schumacher! Welche philosophischen Gedanken sind diesem nach Schumacher Böhme wohl in der Neißestadt Görlitz zu

entlocken? Neben Dux stand für Rasim Prag wegen Rilke auf dem Programm, Oberplan [Horní Plana] wegen Adalbert Stifter, Krumau an der Moldau [Český Krumlov] wegen Egon Schiele und der Sterbeort von Goethes wohl letzter Liebe Ulrike von Lewetzow. Aber: „In der Tiefe meines Herzens bin ich eben ein Schlesier,

deswegen sind mir Eichendorff und Jacob Böhme so enorm wichtig“, betont er. Und da die Seidenstraße einst über Byzanz und die Krim an Osteuropa anschloss, wäre ja der kulturelle Brückenschlag über die Ukraine auch an die über Lemberg [Lviv] und Breslau verlaufende Via Regia im 21. Jahrhundert folgerichtig.

Kultureller Brückenschlag

Da nicht jeder Mensch über die Kultur zur Reflexion der Seele fände, sieht der begeisterte Extremsportler aber auch andere Perspektiven im Strom einer quasi entstehenden Nichtregierungsorganisation. Der Snowboarder spielt nun mit dem Wortspiel aus der Königsdisziplin – dem Boardercross. Anders geschrieben „Boarder“ (Grenze) und Cross (kreuzen) könnte man also auch sportliche Grenzüberschreitungen anbahnen. Die Förderung von Talenten aller Art sei denkbar. Er räumt aber ein, dass er diese sportliche Idee noch nicht mit Mühlenbrock besprochen habe. Es müsse jedenfalls nicht allein Bildende Kunst, Literatur oder Musik sein. So etwa auch die „Kunst der Sprache“ an sich. Als Dolmetscher schwebt Rasim etwa vor, die Lust auf Deutsch über die Übersetzung aus der Literatur zu wecken.



Schmiedet grenzübergreifende Pläne: Johannes Rasim

Foto: Scholtz-Knobloch

Till Scholtz-Knobloch

HINTERPOMMERN

„Dagoberts“ wahres Zuhause

Das Rittergut Koseeger bei Körlin – Zwischen interessanter Geschichte und Wiederaufbauversuch

VON TORSTEN SEEGERT

Wer auf der Provinzstraße 112 zwischen Köslin und Plathe unterwegs ist, streift auch Körlin, gelegen im ehemaligen Kreis Fürstenthum Cammin. Nur wenige Kilometer südwestlich dieser Stadt liegt das ehemalige Rittergut Koseeger – einst auch in alten Urkunden als „Koseghe“ oder „Kuhsege“ sowie „Coseeger“ bezeichnet. Obgleich zunächst nur ein alter Getreidespeicher aus Backstein und Fachwerk am Straßenrand unsere Aufmerksamkeit erregt, so ist das Erstaunen schon bald groß, wenn man sich auf das Abenteuer einlässt und eine alte Zuwegung rechter Hand nimmt: Leider ist das Herrenhaus, welches mit seinen ebenfalls aus Backsteinen errichteten Nebengebäuden eine geschlossene rechteckige Hofanlage von vielleicht 150 Metern Länge und 50 Metern Breite bildet, derzeit nur von außen zu besichtigen.

Wenn man den kursierenden Angaben jedoch glauben mag, beträgt die Nutzfläche des Herrenhauses, welches man nur von der Parkseite streifen kann, alleine 7800 Quadratmetern auf insgesamt drei Etagen. Festzuhalten ist ferner, dass die einst direkt von der ehemaligen Heerstraße auf das Herrenhaus zuführende Allee schon seit ewigen Zeiten nicht mehr als Zuwegung genutzt wurde.

Bekannt Namen

Rückblick: Nachdem der Ort zunächst zu den fürstbischöflichen Tafelgütern gehörte, war es später über mehrere Jahrhunderte im Eigentum derer von Podewils. Wie Mallnow soll es spätestens Anfang des 16. Jahrhunderts in deren Besitz gewesen sein. Eine der letzten Podewils war Hedwig, durch Heirat eine Gräfin Paninska. Sie setzte, so können wir es alten Unterlagen entnehmen, auf Koseeger ab 1898 für mehrere Jahrzehnte den Generalbevollmächtigten Freiherrn von Bibra ein.

Zu jener Zeit muss es bereits neben dem eher schlichten Herrenhaus den südlichen imposanten Anbau gegeben haben, der in seiner Formsprache bei seinen Kreuzgängen, Türmen und Balkonen Anleihen bei der Tudorgotik nimmt. Ob-



Aus der Sammlung Alexander Duncker: Herrenhaus Coseeger um 1860

gleich der vom Putz befreite Backstein derzeit den Widrigkeiten der Witterung ausgesetzt ist, so wirkt die Fassade mit ihren Bögen und Zinnen sowie zwei leider kopflos gewordenen Rittern bis heute so romantisch wie das Abbild einer Burg.

Zum Rittergut gehörten einst 748 Hektar Land. Neben der Saatguterzeugung von Getreide, Kartoffeln und Hülsenfrüchten erlangte das Rittergut auch einen guten Ruf durch seine Tierzucht. Auf den Stammbullenschauen der Pommerschen Herdbuchgesellschaft (P.H.G.) machte sich der Bulle „Dagobert“ einen Namen. Er war 1931 und 1932 Sieger unter den bewährten Altbullen.

Tragisches Ende

Nach dem Tod der Gräfin in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts ging das Rittergut durch Erbschaft in den Besitz von Dr. jur. Carl von Waldow über. Allerdings währte die Zeit, die ihm auf Koseeger blieb, nur etwas über ein Jahrzehnt. Als am 4. März 1945 die Sowjetarmee den Ort besetzte, erschoss der Rittergutbesitzer erst sein Pferd, dann seine Frau Hedwig, geborene von Puttkamer, und schließlich sich selbst. Auch der mit ihm verwandte Otto von Alvensleben, welcher zu dieser Zeit wegen einer Konfirmation auf dem Gutshof weilte, beging an diesem Tag Selbstmord. Er war zwischen 1941 und

1943 Chef der Kriegsmarinedienststelle Stettin und ab 1944 in der Führerreserve.

Ende des Zweiten Weltkriegs Nutzung als Lazarett. Nach dem Ende des Krieges soll das Rittergut noch über zehn Jahre als sowjetischer Stützpunkt gedient haben. Die zum Gutsbetrieb eingesetzten Deutschen wurden mit Übernahme des Gutes durch eine polnische Verwaltung ausgewiesen. Heute zeugen Einrüstungen am bereits erwähnten repräsentativen Süd-



Im Tudorstil erbaut: Der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts errichtete Anbau befindet sich seit 2016 in der Sanierung Foto: Seegert

flügel von Sicherungen des Gebäudebestandes und Sanierungsbestrebungen.

Wie aus verschiedenen Unterlagen zu entnehmen ist, hatten nach dem langjährigen Verfall der Anlage die Brüder Bogdan und Zdislaw Andziak die Gebäude des ehemaligen Rittergutes übernommen, um diese wieder instand zu setzen. Beide betreiben eine Firma, die mit Maschinen handelt und diese auch repariert. Sie haben zudem bereits Erfahrungen bei der Sanierung der etwa 60 Kilometer südlich gelegenen Anlage von Schloss Heinrichsdorf sammeln können. Allerdings scheinen die Bemühungen in den letzten fünf Jahren bei Koseeger zum Erliegen gekommen zu sein.

Wiederaufbau bisher nicht geglückt

Den schönsten Blick auf das ehemalige Rittergut hat man vielleicht, wenn man vom Herrenhaus zum alten Getreidespeicher geht. Die Größe der sich anschließenden Parkanlage mit seinen Nadel- und Laubbäumen ist heute nur noch schwer abschätzbar. Sie wird vom Mühlgraben, welcher schon mit seinem Namen auf den ehemaligen Mühlenhof verweist und ein Nebenarm der Persante ist, durchzogen.

So bleibt nur zu hoffen, dass diese Gutsanlage schon bald wieder in neuem Glanz erstrahlt.

● MELDUNGEN

Gedenken, Proteste und Ausstellung

Swinemünde – Am 13. Januar wurde erneut für die Erreichbarkeit touristischer Ziele – wie Leuchtturm Osternothafen und Fort Gerhard – demonstriert. Seit 2023 ist der Zugang durch eine Sicherheitszone am LNG-Terminal eingeschränkt. Politiker versprachen vor der Wahl Abhilfe. TS

Ueckermünde – Weit über 100 Gäste kamen zum Ueckermünder Neujahrsempfang, darunter Bürgermeister, der pommersche Landrat Michael Sack und der Staatssekretär für Vorpommern, Heiko Miraf. Mit dem „Ueckereich 2024“ wurde zudem ehrenamtlicher Einsatz ausgezeichnet. TS

Stettin/Swinemünde – Am 14. Januar 1993 – nach 4 Uhr morgens sank 15 Meilen vor Kap Arkona (Rügen) die Fähre „Jan Hevelius“ im Orkan. Zum Gedenken an die 55 Opfer fanden am Sonntag unter anderem Messen statt. An der Unglücksstelle wurden Kränze zum Gedenken dem Wasser übergeben. TS

Greifswald – Bauernproteste in Vorpommern: In Stralsund demonstrierten am 8. Januar etwa 3500 Bürger. Einschränkungen gab es an den Autobahnzufahrten (A20). Ein Schäfertrieb 400 Schafe über die Bundesstraße B104. Die Grenzübergänge Linken und Neu Rosow waren gesperrt. TS

Stettin – Wer zum Tanken die Grenze nach dem 14. Januar passiert, wird eine Entdeckung machen. Ab dieser Woche wird an polnischen Tankstellen der Kraftstoff „Super E10“ eingeführt und ersetzt damit den beliebten „95er“. Der Wechsel findet im Rahmen der EU-Vorschriften statt. TS

Ahlbeck – Bis zum 4. April ist im Bahnhof Ahlbeck noch die Ausstellung mit Bildern von Armin Müller-Stahl zu sehen. Der 1930 in Tilsit geborene Ostpreuße ist vor allem mit seinen Filmrollen bekannt geworden. Allerdings ist er auch seit Jahrzehnten als Autor und Maler erfolgreich. TS

IN MEMORIAM

Abschied von einem wahren Preußen aus Pommern

Döring-Ernst von Gottberg – ein mutiges und zielstrebiges Leben mit vielen Herausforderungen

Ein pommerscher Patriot wurde abberufen, ein Preuße nach Geist und Haltung, der die preußischen Tugenden vorbildlich gelebt hat. Geboren am 20. August 1927 in Stettin, hatte seine Familie schwierige Jahre zu überstehen, dazu trug die Weltwirtschaftskrise von 1929 maßgeblich bei. Der Vater hielt sich in dieser Zeit als freier Schriftsteller über Wasser. Er schrieb heimatkundliche Geschichten und historische Novellen, die er in der örtlichen Zeitung gegen ein geringes Honorar veröffentlichte.

1932 bekam er eine Anstellung als Redakteur für Lokales und Heimatkunde bei der Pommerschen Zeitung. 1937 wurde er Kulturreferent für Heimatpflege bei der Provinzialverwaltung Pommern.

Für Döring begann der Ernst des Lebens mit fünf Jahren, er wurde in die Schiller-Schule in Stettin eingeschult. Nahtlos schloss sich dann 1937 der Besuch des Schiller-Gymnasiums an, wo er im November 1944 die Reifeprüfung ablegte, mit nur 17 Jahren, eine beachtliche Leis-

tung. Wichtig sind dabei die Rahmenbedingungen. Seit Februar 1943 war Döring Flakhelfer bei einer Geschützstellung in Stettin. So manche Nacht musste er bei Fliegeralarm dorthin eilen, um das Flak-Geschütz in Feuerbereitschaft zu bringen. Am nächsten Tag war der Schulbesuch angesagt, unabhängig davon, wie viel Schlaf er in der vorangegangenen Nacht hatte.

Es folgte der Arbeitsdienst und schließlich die Einberufung zur Wehrmacht am 15. Dezember 1944. Nach kurzer dreimonatiger Ausbildung leistete Döring ab März 1945 Kriegsdienst an der Front. Diese war im März 1945 schon auf deutschem Reichsgebiet.

Traumatisierend: Am 27. April 1945 starb neben ihm sein guter Wehrmachtskamerad Harry Lindenlaub aus Erfurt den Soldatentod. Döring hatte ihn bis zu seinem eigenen Tod nicht vergessen. Man bedenke: Beide Soldaten waren damals erst 17 Jahre alt.

An dem Tag geriet er in Gefangenschaft und kam in das von Amerikanern

und Engländern eingerichtete berüchtigte Gefangenenlager Brexenheim auf den Rheinwiesen bei Bad Kreuznach. Die Bedingungen dort waren so grausam, dementsprechend hoch war die Opferzahl unter den Gefangenen.

Ende Juni 1945 Entlassung aus dem Lager nach Weimar, dort machte er eine Schriftsetzerlehre. Ein Studium an der Universität Jena wurde später abgelehnt, denn Angehörige des Adels wurden in der früheren DDR total geächtet.

Durch eine gnädige Fügung erfuhr er am 26. März 1949 von seiner bevorstehenden Zwangsverpflichtung nach Aue in den Uran-Bergbau unter Tage. Noch in derselben Nacht flüchtete Döring unter dramatischen Umständen über die Grenze in den Westen. Bald fand er eine Anstellung in einer Druckerei in Hannover, bildete sich ständig weiter. Zielstrebig legte eine Meisterprüfung sowie verschiedene weitere Prüfungen ab.

Zweifelsohne war ein Höhepunkt die Heirat mit seiner Hanna am 11. Oktober

1952, die überaus glückliche Ehe endete 1997 durch den Tod seiner Frau.

Am 1. Oktober 1953 wurde Döring Mitarbeiter der Bundesdruckerei in Bonn, wechselte 1968 mit der Bundesdruckerei nach Berlin. Es folgten Beförderungen bis zum Regierungsdirektor, innerbetrieblich besetzte er die Position des Vizepräsidenten. Offiziell wollte man ihm jedoch diese Stelle nicht bescheinigen, die Vermutung lag nah, dass es am „falschen“ Parteibuch lag. Obwohl keineswegs damit einverstanden, verbot ihm sein Dienstethos dagegen vorzugehen.

Doch dieser Vorgang gelangte vor den Petitionsausschuss des Bundestages. Danach wurde er am 8. Februar 1988 offiziell zum Vizepräsidenten der Bundesdruckerei ernannt und 1990 in den Ruhestand verabschiedet.

Auch um den Gottbergschen Familienverband hat er sich verdient gemacht, engagierte sich hier schon früh, wurde für viele Jahre der Vorsitzende des Verbandes und veranlasste, dass eine Aufnahme in

den pommerschen Adelsverband erfolgte. Mit 75 Jahren legte er dieses Amt in jüngere Hände und wurde Familien-Senior und Ehrenvorsitzender, sein Rat war stets gefragt.

Seine Lebensgeschichte, besonders die Geschehnisse im Zweiten Weltkrieg, ließen in ihm den Entschluss reifen, das in einem Buch festzuhalten: „Eine Jugend in Hitlers Reich“, das 2013 erschienen und auch jetzt noch erhältlich ist. Er schildert dort nicht nur seine Lebensgeschichte, sondern beleuchtete auch intensiv die Ursachen zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Er arbeitete an einer weiteren Veröffentlichung, die jedoch nicht mehr realisiert werden konnte. Am 16. November 2023 starb Döring in Hamburg.

Zum Schluss dieses Bekenntnis: Döring-Ernst von Gottberg war mir nicht nur ein liebenswerter Vetter, dem ich manch guten Rat für mein politisches Wirken zu verdanken habe. Er war mir hinsichtlich seiner preußischen Haltung Vorbild. Wilhelm von Gottberg

„Eine Frontlinie der Unzufriedenen“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Schon längere Zeit habe ich die PAZ im Abo und lese gerne die Berichte über das, was uns bewegen sollte, auch die Leserbriefe.“

Peter Franz,
Überherrn



Ausgabe Nr. 1

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

ARME REICHE BAUERN ZU: GEFÄHRLICHES BRODELN (NR. 2)

Mit von der Größe eher Panzer-ähnlichen Traktoren errichten die protestierenden Bauern eine Frontlinie der Unzufriedenen. Sie erwecken damit den Eindruck, dass sie von den inflationären Preissteigerungen des vergangenen Jahres nichts abbekommen haben und dass sie am Hungertuch darben. Was schlicht nicht stimmt.

Stimmen tut dagegen, dass die Ampel-Dilettanten in Berlin übersehen haben, mit der Rücknahme der Diesel- und Subventionen in die fragile bäuerliche Erzeuger-Preisspirale eingegriffen zu haben, was im europäischen und weltweiten Wettbewerb geeignet ist, die Einkommensverbesserungen durch die Inflation mehr als wieder aufzufressen.

Diesmal scheint das intellektuelle Vermögen zu fehlen, darüber zu grübeln, wie man sein Ziel ohne Rechtsbruch erreichen könnte. *Michael Maresch, München*

EIN DELEGITIMIERTER PROTEST ZU: GEFÄHRLICHES BRODELN (NR. 2)

Es war so sicher wie das Amen in der Kirche: Die weitgehend friedlichen und berechtigten Proteste der Landwirte gegen die Maßnahmen der links-grünen Bundesregierung werden von dieser als „von den Rechten unterwandert“ delegitimiert. Das ist ein allgemein beliebtes Instrument der Links-Grünen, um Meinungsäußerungen, die nicht ihrem sektenartigen Dogma entsprechen, zu diskriminieren und in diesem Fall einen ganzen Berufsstand in die rechte Ecke zu stellen.

In der Corona-Krise verhielt es sich nicht anders. Bürger, welche die restriktiven Maßnahmen der Bundesregierung nicht ohne Weiteres akzeptieren wollten, wurden in einem Atemzug mit Nazis genannt. Später haben Gerichte die Anordnungen der Regierung regelmäßig einkassiert. Die Delegitimierung von Bürgern,

die ihren Protest gegen das Regime zum Ausdruck bringen, war schon in der DDR ein beliebtes Instrument der Herrschenden, indem man Demonstrationen mit als Nazis verkleideten Stasi-Mitarbeitern unterwanderte.

Die Links-Grünen sind die Enkel der Alt-68er, die fast 35 Jahre nach dem Verlust ihrer geliebten DDR noch immer Phantomschmerzen haben. Die Frage ist, wer die wahren Feinde der bundesrepublikanischen Demokratie und der freien Meinungsäußerung sind. *Alfred Kastner, Weiden*

EIN KAISERLICHER TOD ZU: WEIT MEHR ALS EIN VERLUST FÜR DIE SPORTWELT (NR. 2)

Fußball hat mich nie die Bohne interessiert, trotzdem kenne ich natürlich den als Kaiser titulierten Franz Beckenbauer, der nun verstorben ist. Über Fußball oder über Franz Beckenbauer will ich nicht groß schwadronieren, denn da kenne ich mich nicht besonders aus.

Das Sterben jedenfalls gehört als endgültiger Endpunkt auch zum Leben dazu. Jedoch werden die meisten von uns das Zeitliche ohne großes und öffentliches Brimborium segnen müssen.

Nur noch zum Thema Fußball, so ganz am Rande: Irgendwie habe ich den Eindruck, dass die ehemalige Fußball-Weltmacht Deutschland, gar keine Weltmacht mehr im Fußball ist, oder? *Riggi Schwarz, Büchenbach*

HERRLICHE ZEITEN ZU: DAS WIRD EIN JAHR! (NR. 1)

Mit der Demokratie ist es wie dem Liebessessen: Wenn man es jeden Tag vorgesetzt bekommt, wird es zum Allerweltsfraß. Die Diktatur des Digitalen und der Rückgang direkter sozialer Kontakte geben der Demokratie den Rest. Berufspolitiker in ihrer Beliebigkeit gehen herrlichen Zeiten entgegen. *Edelbert Hackenberg, Ourique/Portugal*

DIE LÜGE FÜHRT REGIE ZU: ES WIRD UNGEMÜTLICH (NR. 1)

Alle vier Jahre können wir Bürger über den Gemütlichkeitsgrad in unserer Republik mitbestimmen. Wir vertrauen dabei den wohlklingenden Aussagen unserer Parteien, die uns meist mit großflächigen Plakaten und oft feisten Politikergesichtern das neue zu erwartende Gemütlichkeitsgefühl suggerieren.

Nun ist es leider kein Geheimnis, dass gerade die Parteien, die am lautesten für das Bürgerwohl trommeln, die hohlsten Fässer in ihren Reihen besitzen und gar nicht daran denken, auch nur ansatzweise Politik im Sinne ihrer Bürger zu machen. Bei der Besetzung der Landesparlamente sind regionale Unterschiede vorhanden, die aufgrund der geschichtlichen Entwicklung unseres Landes starke Abweichungen aufweisen.

Die Bewohner der östlichen neuen Bundesländer, die schon einmal unblutig eine der gefährlichsten Scheindemokratien mit etlichen Mauerschützen tot aus dem Amt gehievt haben, sind hinsichtlich politischer Bevormundung wesentlich wacher als die westlichen Teile unserer Republik. Hier ist eher der wohlstandsgesättigte und konsumgetriebene Bürgertyp ansässig, den es nur schwer aus dem weichen Sessel auf die Straße zieht, um sich von seinem Unmut zu befreien.

Allerdings hat auch hier die Corona-Politik einen beachtlichen Wandel herbeigeführt. In der Blütezeit der Corona-Krise bildete sich eine Schicht hartnäckiger Impfverweigerer heraus, welche die verfügbaren staatlichen Abwehrmaßnahmen als Beseitigung der bürgerlichen Grundrechte empfand. Diese Beseitigung ist der Grund für eine von den benachteiligten Bürgern geforderte Aufarbeitung, die allerdings bislang beharrlich verweigert wird. Im Gegenteil befinden sich noch immer viele Hauptakteure dieser Corona-Krise, die das Niveau einer normalen Grippewelle nicht übertraf, noch in ihren politischen Funktionen. Durch fatale Nebenwirkungen mit zahlreichen jungen

Menschen als Todesopfer sehen sich viele Betroffene machtlos einer wirtschaftlich interessengesteuerten Lobby-Politik gegenüber.

Gleiches gilt für den Ukrainekrieg. Statt sich aktiv um einen Waffenstillstand zu bemühen und die Lieferung von Waffen in das Kriegsgebiet zu unterlassen (wie vor der letzten Bundestagswahl versprochen), trommeln die politisch Verantwortlichen auf die hohlsten Fässer für immer weitere Munitionslieferungen. Mahnende Worte, wie die des früheren Bundeswehrgenerals Harald Kujat in der PAZ, verfehlen auf diese beratungsresistente Politikerschlarpe Wirkung. Die Lüge führt Regie.

Erst ein politisch aufrechter Gang in allen drängenden Fragen lässt auf eine Wiedereinkehr einer Gemütlichkeit hoffen. Diese ist aber in Deutschland nicht durch die Ampelkoalition und die CDU zu erwarten, sondern eher durch eine Wertunion unter Führung von Hans-Georg Maaßen, eine Wagenknecht-Partei oder die AfD. *Rudolf Neumann, Ahrensburg*

VOLTAIRE UND DER KORAN ZU: GEWALT UND ISLAM (NR. 50)

In dem Artikel werden zwei typische Koran-Suren zitiert. Aus Dutzenden anderer Suren, in denen zum Töten der „Ungläubigen“ aufgefordert wird, sind zwei weitere hervorzuheben, Sure 8,55: „Siehe! Schlimmer als Vieh sind in den Augen Allahs die Ungläubigen, die nicht (an ihn) glauben (wollen)! Was macht man mit solchen Viechern? Man führt sie zur Schlachtbank.“ Und Sure 47,4: „Und wenn ihr die Ungläubigen trifft, dann herunter mit dem Haupt, bis ihr ein Gemetzel unter ihnen angerichtet habt.“

Voltaire charakterisierte den Koran mit folgenden Worten: „Der Koran lehrt Angst, Hass, Verachtung für Andere, Mord als legitimes Mittel zur Verbreitung und zum Erhalt der Satanslehre, er redet die Frauen schlecht, stuft Menschen in Klassen ein, fordert Blut und immer wieder Blut.“ *Uwe Spahr, Elmshorn*

ANZEIGE

So unglaublich es klingen mag: Es ist Licht in unseren Zellen

■ **Kein Zweifel, sie existieren in unseren Körpern – Biophotonen sind empirisch nachgewiesene Lichtemissionen in den Zellen lebender Organismen, also auch in uns Menschen.**

Das Leuchten in unseren Zellen steht im Mittelpunkt eines jungen Forschungsfeldes, das tiefere Einblicke in grundlegende Lebensprozesse verspricht – mit weitreichenden Folgen für Medizin, Pharmazie, auch für die Genforschung und Biotechnologie (Kölner Stadt-Anzeiger). Längst gehen Forscher davon aus, dass die bereits 1922 entdeckten Lichtemissionen viel mehr sind als nur Nebenprodukte biochemischer Reaktionen. Viel wahrscheinlicher ist es, dass Biophotonen Informationsträger zwischen den Zellen sind. In gesunden Zellen verläuft diese mit Lichtgeschwindigkeit ablaufende Kommunikation möglicherweise anders als in kranken oder umweltgestressten Zellen. Menge und Frequenz der abgestrahlten Biophotonen könnten als nicht invasive Marker über den Zustand von Zellen Aufschluss geben.

Die weltweit erste und allgemein verständliche Gesamtdarstellung der Biophotonenforschung

Marco Bischof gewährt in seinem äußerst erfolgreichen Grundlagenwerk allgemein verständliche Einblicke in die Welt der Biophotonen und erläutert zum Beispiel ihren

Wert in der Krebstherapie. Dahinter steht die Idee, dass bestimmte Lichtwellenlängen selektiv Krebszellen abtöten können, ohne das umliegende gesunde Gewebe zu schädigen.

Einige Physiker der neuen Wissenschaft sind überzeugt, dass das Licht in unseren Zellen Teil eines Energiefeldes ist, das den gesamten Körper umgibt und die Lebensvorgänge im Körper steuert. Das Licht reguliert nicht nur die Vorgänge im Körper, es tritt auch aus dem Organismus aller Lebewesen aus. Bischof zeigt, dass die Erkenntnisse der Biophotonenforschung unser Bild der Biologie und Medizin zu revolutionieren beginnen. »Inzwischen investieren Firmen und staatliche Institutionen in aller Welt Millionenbeträge in die Forschung an Biophotonen« (Kölner Stadt-Anzeiger). Ein vollkommen neues naturwissenschaftliches Verständnis wird sichtbar: der Mensch und alle Lebewesen als kommunizierende Energiesysteme.

Ein Sachbuch, das die Schulmedizin in ihren Grundfesten erschüttert!

Marco Bischof: Biophotonen • Paperback • 563 Seiten • zahlreiche Abbildungen + 5-seitiger Farbbildteil • Best.-Nr. 990 910



• Sonderausgabe in anderer Ausstattung

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

IRONIE UND SATIRE

Deutscher Humor als Exportschlager

Spielend Sprache lernen mit Lorient – Auch die Polen amüsieren sich über den im November vor 100 Jahren geborenen Humoristen

VON JOLANTA LADA-ZIELKE

Amlässlich des 100. Geburtstags von Lorient lief Anfang November in der ARD die Sendung „100 Jahre Lorient“. Darin taucht die Aussage auf, dass nur Deutsche seinen Humor verstehen könnten. Es stellt sich nun heraus, dass ihre Nachbarn von der anderen Seite der Oder die Witze von Victor von Bülow alias Lorient genauso gut finden. Natürlich nur, wenn ihre Deutschkenntnisse ausreichend sind.

Die Polen lernten die Werke Lorient erst nach 1989 kennen, vor allem dank der Aktivitäten des Goethe-Instituts in der Republik Polen. Dort verwendete man noch vor zehn Jahren die Texte des Klassikers des deutschen Humors als Lehrmittel im Sprachunterricht. Die Pfortner des Goethe-Instituts in Krakau mochten „Das Bild hängt schief“ besonders gern. Die dortigen Deutschlehrer nutzten zu Lehrzwecken die Dialoge wie „Der sprechende Hund“, „Herren im Bad“ oder „Ich will hier nur sitzen“. Alle diese amüsierten die Polen ebenso wie die Deutschen. Außerdem halfen sie das in Polen verbreitete Klischee zu zerstreuen, dass die Deutschen keinen Sinn für Humor hätten. Im Goethe-Institut Krakau nutzte man Lorient Sketche früher oft in den dort aufgeführten Theaterstücken. Die in Deutschland lebende polnische Bloggerin „Pani Dominika“ nannte Victor von Bülow „Professor für Humor“.

Viele von Lorient's Witzen, insbesondere seine Ehedialoge, sind universell und zeitlos. In Polen lebte eine Satirikerin, die in einem ähnlichen Stil schrieb. Dies war Stefania Grodzieńska (1914–2010), neun Jahre älter als Vicco von Bülow. Sie war eine vielseitige Persönlichkeit: Dichterin, Schriftstellerin, Tänzerin, Bühnen- und Theaterschauspielerin, Moderatorin, Autorin satirischer Texte für Theater, Kabarett, Presse, Radio und Fernsehen. Ihr Debüt gab sie noch vor Beginn des Zweiten Weltkriegs in einem der Warschauer Kabarets.

Der Stil von Grodzieńska ist fein und elegant, ihr sehr treffender Witz verband das Lyrische mit dem Grotesken. Ihre



Eine Inspiration auch im Ausland: Eine Lorient-Figur in dem nach deren geistigen Vater benannten Park in Bremen Foto: Lada-Zielke

Ehedialoge sind eine heitere Satire auf die Absurditäten des Lebens, geschrieben mit einem freundlichen Verständnis für die Menschen. In den 1970er Jahren nahmen zwei polnische Schauspieler einige davon für den polnischen Rundfunk auf, der sie auf einer Schallplatte veröffentlichte. Wie bei Lorient entstehen auch heute noch Aufführungen, die auf Sketchen von Grodzieńska basieren.

Abhängigkeit von den Müttern?

Obwohl Lorient's Satire im Alltag des westdeutschen Bürgertums verwurzelt ist und Grodzieńska die Bürger der Volksrepublik Polen zum Thema hat, ist die Ähnlichkeit beim Vergleich dieser Texte frappierend. So erinnert der Sketch „Któż tego

nie zna – Zakopane?“ (Wer kennt das nicht – Zakopane?) stark an „Ich möchte nur hier sitzen“, nur dass hier die Ehefrau ihrem Gatten nicht einen Spaziergang, sondern eine Reise nach Zakopane vorschlägt. In einem anderen Dialog stellt die Frau ihrem Mann die für ihn belustigende Frage: „Was würdest du tun, wenn ich sterben würde?“ Der Mann, zunächst schockiert, lässt sich auf die Diskussion ein. „Ich würde trauern“, antwortet er. „Lange?“, „Ja, lange“, versichert der Ehepartner. „Aber was wäre, wenn du nur eine Woche nach mir gestorben wärst?“, bohrt die Frau weiter. „Dann hättest du nach mir nur eine Woche lang getrauert!“, stellt sie missbilligend fest und geht dann zum nächsten Problem über, in welchem

Kleid ihr Mann sie beerdigen lassen soll. Dieser Teil des Dialogs läuft fast identisch ab wie Lorient's „Wie findest du mein Kleid?“. Nacheinander überlegt die Frau: in einem schwarzen Kleid nein, weil es zu traurig ist, in einem blauen sieht sie dick aus, oder vielleicht doch lieber in einem weißen Hochzeitskleid? „Aber du hast doch in einem beigen Rockanzug geheiratet!“, erinnert der Ehemann sie. Die Pointe ist auch ähnlich wie bei Lorient: Die Gattin weist darauf hin, dass sie mit ihrem Mann über etwas Wichtiges, wie etwa ihren eigenen Tod, nicht sprechen kann.

Viele Polen waren überrascht, nachdem sie in ihrem Land den Lorient-Film „Ödipussi“ gesehen hatten, und fragten ungläubig: Sind manche Deutsche auch so

abhängig von ihren Müttern? Denn gerade polnische Männer haben den Ruf, Mutter-söhnchen zu sein. Sobald sich einer mit seiner Ehefrau gestritten hat, kommt er sofort zu seiner Mama zurück, die ihn tröstet, alles versteht und besser kocht. Es gibt sogar Witze zu diesem Thema. Polnische Kenner der Werke von Johannes Brahms amüsieren sich besonders über die Art und Weise, wie Schauspielerin Katharina Brauren in „Ödipussi“ sein Lied „Juchhe!“ aufführt.

Was die Musik betrifft, so schätzen die polnischen Wagnerianer Lorient's Version von „Der Ring des Nibelungen“. Die Verehrer von Wagners Werk auf der anderen Seite der Oder besitzen ein umfassendes Wissen über die Weltkultur. Ein bekannter Professor an der Hochschule der Bildenden Künste in Krakau hat eine ganze Sammlung von CDs mit Aufnahmen von Wagner-Opern, aber auch von Lorient's „Der Ring des Nibelungen“.

Als Victor von Bülow 2011 starb, berichtete die polnische Redaktion der Deutschen Welle über sein Ableben, erinnerte an sein Schaffen und veröffentlichte ein Foto von ihm mit Evelyn Hamann auf dem berühmten grünen Sofa.

Die Geschmäcker ändern sich mit dem Generationswechsel. Heute amüsieren Lorient's Witze die deutsche Jugend nicht mehr. Ähnlich verhält es sich mit den Kursteilnehmern des Goethe-Instituts in Polen. Die meisten besuchen Online-Kurse, deshalb spielt man dort kein Theater mehr. Die Lehrkräfte suchen vor allem nach Materialien im Internet, die den aktuellen Interessen von Menschen im Alter von 25 bis 35 Jahren entsprechen. Für diese Generation ist Lorient eigentlich unbekannt. Die Bibliothekarin im Goethe-Institut Krakau sagt, dass nur noch Leser um die 40 bis 50 irgendwelche Materialien über Lorient aus sentimentalen Gründen ausleihen. Jüngere Menschen fragen nicht mehr nach ihm. Das ist schade, denn die Lorient-Texte machen Fremdsprachler aufmerksam auf die Schönheit der deutschen Sprache. Man sollte sein Werk wieder aufgreifen, weil er für immer ein Klassiker des deutschen Humors im besten Sinne des Wortes bleiben wird.

WOHNUNGSBAU

Eine königliche Modellsiedlung

Erschwinglicher Wohnraum für alle – Im britischen Poundbury entsteht eine Siedlung nach einer Vision König Charles III.

Charles III. von Großbritannien wird von den britischen Medien gern als „Modernisierungskönig“ bezeichnet. Manche eigenwilligen Gewohnheiten und beispielsweise der Verzicht auf eine prunkvolle Karosse für die Fahrt mit seiner Gemahlin Camilla zur Krönung in der Westminster Abbey im Mai vergangenen Jahres dienen als Beleg dafür. Kritiker monieren jedoch, dass Charles' Hang zur traditionellen ländlichen Architektur und einer untergegangenen Lebensart sich kaum mit dieser Vorstellung vereinbaren ließe. Aber stimmt das auch?

1989 hatte der damalige Prince of Wales in seinem Buch „A Vision of Britain“ die konventionelle, uninspirierte Wohnbebauung in Großbritannien beklagt und als Alternative die Vision einer im positiven Sinne rückwärts gewandten, auf Schönheit und Behaglichkeit ausgerichteten Architektur entworfen. Dabei lobte Charles die Vorschläge des bekannten luxemburgischen Architekten Léon Krier. Dieser hatte sich 1988 in seinem Buch

„Architektur – Freiheit oder Fatalismus“ ebenfalls abfällig über den modernistischen, unterkühlten Baustil geäußert: „Uns allen wurde der Gedanke eingepflegt, dass unsere Arbeiten den Geist

unserer Zeit ausdrücken müssten. Doch die besten Werke der Vergangenheit beweisen das Gegenteil. Sie wurden zu Mythen, über alle Epochen hinweg. Allein dadurch sind sie ewig jung.“



Vor der Statue seines Vaters Prinz Philip: Charles mit Camilla zu Besuch in Poundbury

Nach einigen Jahren der Planung startete vor 30 Jahren der Bau der Modellsiedlung Poundbury nahe der Kleinstadt Dorchester in der Grafschaft Dorset als gemeinschaftliches Projekt des Prinzen von Wales und von Léon Krier. Der Auftrag an die beteiligten Architekten lautete, dass alle Gebäude sowohl mit Blick auf Schönheit als auch auf kurze Wege zu Arztpraxen, Einzelhandel, Cafés und Pubs zu konzipieren seien.

Poundbury sollte aber keine Domäne der Reichen werden. Man plante bewusst einen Ort, in dem Menschen aus verschiedenen Besitzverhältnissen und Gesellschaftsschichten zusammen wohnen könnten. Kennzeichnend für Poundbury mit derzeit 4000 Einwohnern ist eine einzigartige Retro-Architektur mit Wohn- und Bürogebäuden in verschiedenen Architekturformen vom Mittelalter bis zum 19. Jahrhundert.

Neben dem reichlich vertretenen, von Charles geliebten klassizistischen Stil findet man Landhäuser nach regionaler Bau-

tradition und im Stil italienischer Villen. Zu 35 Prozent sind erschwingliche Wohnungen geschaffen worden. Aus diesem Grund führte das Herzogtum Cornwall ein Rabattprogramm für die Modellsiedlung ein, das Erstkäufern ermöglicht, Immobilien mit einem Preisnachlass von 25 bis 30 Prozent zu erwerben, der dann an den nächsten Eigentümer weitergegeben wird.

Ben Murphy, Direktor für Landbesitz im Herzogtum Cornwall, meint, dass der Bau von Qualitätswohnungen für die Attraktivität einer Region wichtig sei, wenn gleich Investoren längere Zeit auf Gewinn warten müssten.

Rückblickend ist zu konstatieren, dass Poundbury der erste Ort in England war, der erschwinglichen Wohnraum mit Marktwohnungen kombiniert hat. Das von König Charles weiterhin überwachte Projekt soll 2027 mit der Fertigstellung von insgesamt 2700 Häusern abgeschlossen werden – ein Haus für jeden Arbeitsplatz in der Region. Dagmar Jestrzemska

● FÜR SIE GELESEN

Willkür und
Rechtlosigkeit

In Sasha Filipenkos Roman „Kremulator“ war der Protagonist Pjotr Nesterenko Offizier der Weißen Armee, Harsardeur, Emigrant in Paris und Istanbul sowie Stalin-Diener bei seiner Rückkehr in die Sowjetunion und schließlich Direktor des Moskauer Krematoriums. Nach seiner Verhaftung im Jahr 1941 sagt er in einem Verhör, das der Ermittler Perepeliza (Wachtel) leitet: „Binnen weniger Minuten war auf den Schiffen die übliche Willkür ausgebrochen, jene Rechtlosigkeit, die tief in der russischen Erde zu wurzeln scheint und uns seit Jahrhunderten fest im Griff hat.“

Darin kommt die Intention des weißrussischen Autors zum Ausdruck, der seit 2020 im Exil lebt und mit seinen Romanen gegen Unrecht und Terror in Russland anspricht.

Virtuos lässt er Nesterenko, der adeliger Abstammung ist und überzeugt, davonzukommen, die verschlungenen Wege seines Lebens in Verhören mit dem unnachgiebigen Ermittler schildern, dem er sich überlegen fühlt. Währenddessen hält er unerschütterlich an der Liebe zu seiner Jugendfreundin Vera (Glaube) fest, wohl wissend, dass diese längst dem Regime zum Opfer gefallen ist.

Der lesenswerte Roman entstand auf der Grundlage historischer Dokumente der Menschenrechtsorganisation Memorial. MRK

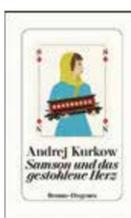


Sasha Filipenko: „Kremulator“, Diogenes Verlag, Zürich 2023, gebunden, 255 Seiten, 25 Euro

Samsons
zweiter Fall

Im zweiten Fall „Samson und das gestohlene Herz“ ermittelt Samson nicht in einem Mordfall, sondern es geht um illegalen Tierhandel in Kiew. Das Töten der Tiere stellt für die neuen Machthaber ein Verbrechen dar. Bevor die Ermittlungen richtig begonnen haben, wird Samsons Freundin Nadjeschda von streikenden Eisenbahnern entführt. Immer wieder mischt sich der undurchsichtige Tschekist Abjasow in die Ermittlungen ein, bis er schließlich abgezogen wird. Schnell kann Samson mithilfe seines Kollegen Cholodnij Nadjeschda befreien und die beiden heiraten, jedoch heimlich bei einem merkwürdigen Popen, da kirchliche Trauungen im Kommunismus gefährlich sind.

Die kurzweilig erzählte Geschichte spielt, wie schon Samsons erster Fall, in den Wirren nach der Russischen Revolution, als vieles im Unklaren liegt und sich die Regeln ständig ändern können. Andrej Kurkow schildert groteske Situationen aus dem Alltag der jungen Sowjetunion. Der in russischer Sprache schreibende Schriftsteller gilt als wichtigster zeitgenössischer ukrainischer Autor. Seine Romane wurden bereits in 42 Sprachen übersetzt. MRK



Andrej Kurkow: „Samson und das gestohlene Herz“, Diogenes Verlag, Zürich 2023, gebunden, 432 Seiten, 24 Euro

KULTUR DES GENUSSES

Die großen
Teekulturen

Die Teepflanze wird weltweit geschätzt. Was Tee ist, wo er wächst und wo er wie zubereitet und getrunken wird, erläutert Brigitte Hahn auf unterhaltsame Weise

FOTO: SHUTTERSTOCK



Vom Mutterland des Tees bis nach Ostfriesland. Nach einem kleinen Überblick geht es von Region zu Region: China, Japan, Indien, Russland, England, Nord- und Südamerika sowie Ostfriesland. Brigitte Hahn ist dank

ihrer Mitarbeit in einem internationalen Teehandelsunternehmen nicht nur Teetrinkerin, sondern auch Tee-kennerin. Kurzweilig führt sie durch die Welt des Tees und gibt dabei auch manches Rezept zum Besten. CRS



Brigitte Hahn: „Eine Reise in die Welt des Tees“, Brunnen Verlag, Gießen 2022, Hardcover, 144 Seiten, 16 Euro

POLITIK

Gedanken wider
den Zeitgeist

Der Maschinenbauingenieur Rainer Balzer warnt vor der Bedrohung bürgerlicher Freiheit durch Moralismus und grün-linker Ideologie

VON WOLFGANG KAUFMANN

Wenn es der Bundesrepublik gelingen sollte, sich im allerletzten Moment aus dem fatalen Teufelskreis infolge der dumpfen ideologischen Verblendung ihrer Entscheidungsträger und des Cocktails an dadurch verursachten Krisen zu befreien, dann könnte das Buch „Deutschland steht Kopf“ den Schülern späterer Generationen als Nachschlagewerk dienen, in dem in kompakter und gut verständlicher Form alles aufgelistet ist, was in Deutschland schon jahrzehntelang in eine falsche Richtung lief – wobei das Ausmaß des grotesken Irrsinns seit Beginn der Corona-Pandemie alle bisherigen Rekorde übertraf.

Verfasser dieses Kompendiums ist der stellvertretende AfD-Fraktionsvorsitzende im baden-württembergischen Landtag Rainer Balzer. Der studierte Maschinenbauingenieur lässt faktisch keinen Bereich aus, in dem es hierzulande klemmt.

Er beginnt mit dem Zeitgeist, der durch Phänomene wie den grünen Moralismus und Alarmismus sowie eine immer stärkere Unterdrückung der Meinungsfreiheit geprägt ist. Dann widmet sich Balzer dem Bildungssystem, das im Tal der Tränen verharrt, weil Leistung mittlerweile als Unwort gilt. Als dritter großer Themenkomplex folgt die Energiepolitik, wobei Überschriften wie „Opfer für den Öko-Endsieg“ und „Kernkraft, ja bitte!“ die Richtung der Argumentation anzeigen. Anschließend geht es um den deutschen Kurs während

der Corona-Pandemie beziehungsweise die Regierungswillkür bei der Einschränkung der Freiheitsrechte sowie die staatlichen Lügen rund um die Corona-Impfung. Balzer nimmt auch die Europa- und Migrationspolitik aufs Korn. Im ersten Falle zielt seine Kritik unter anderem auf die Ausplünderung und Gängelung der Deutschen seitens der EU sowie die Verachtung des Souveräns durch die EU-Kommission. Beim Thema Einwanderung dominieren Zahlen und Fakten, die für sich sprechen.

Balters Stil ist dadurch geprägt, dass er die Problemlagen unseres Landes in präzisen Kurztönen beziehungsweise Gedankensplittern vorstellt und das Gesagte mit aussagekräftigen Fotos oder treffenden Karikaturen versinnbildlicht. Außerdem schlägt er Lösungsansätze vor, weil sein Credo lautet: „Vergessen wir nicht, dass Probleme von Menschen geschaffen wurden – und deshalb auch von Menschen gelöst werden können.“ Das gelte nur eben nicht für die derzeitigen Führungskräfte in Wirtschaft und Politik, die mit ihren Aufgaben überfordert seien, während sie zugleich davon träumten, den ganzen Planeten oder zumindest dessen Klima zu retten.



Rainer Balzer: „Deutschland steht Kopf. Wie Ideologien und Moralismus unser Land gefährden“, Gerhard Hess Verlag, Uhingen 2023, broschiert, 222 Seiten, 18,40 Euro

KRIMI

Klassiker über eine
Kindesentführung

Im Klett-Cotta-Verlag ist eine fünfbändige Reihe mit Kriminalromanen des britischen Schriftstellers Cecil Day-Lewis alias Nicholas Blake erschienen

VON ANSGAR LANGE

Der Verlag Klett-Cotta hat fünf Kriminalromane aus der Feder von Nicholas Blake herausgebracht. „Das Geheimnis der Silvesternacht“ erschien erstmals vor 60 Jahren. Dieser britische Krimiklassiker hat keinen Staub angesetzt und ist weniger betulich als viele andere der sogenannten Cosy-Crime-Geschichten, die im Rahmen der allgemeinen Krimibegeisterung nach Jahrzehnten wieder neu entdeckt werden.

Wie in einem Kuschelkrimi geht es hier nicht zu. Blakes Serienheld Nigel Strangeways, ein Privatdetektiv, verbringt auf Bitten der britischen Regierung die im Titel genannte Silvesternacht in einem Herrenhaus im ländlichen England. Die Idylle ist schnell vorbei, schließlich wird Lucy, die achtjährige Tochter eines englischen Wissenschaftlers, von russischen Agenten entführt. Ein finsterner Bösewicht namens Petrow agiert als Gegenspieler Strangeways und der Polizei. Lucy soll erst dann wieder in die Obhut des Vaters zurückkehren, wenn dieser streng geheimes Wissen an die Kommunisten verrät.

In Zeiten des Kalten Krieges

Autor des flott geschriebenen Schmökers ist Cecil Day-Lewis, Vater des Schauspielers Daniel Day-Lewis („Die unerträgliche Leichtigkeit des Seins“), der aus Geldnot unter dem Pseudonym Nicholas Blake Kriminalromane schrieb. In seinen frühen Jahren bewegte sich der Autor in marxis-

tischen Schriftstellerkreisen. Nach dem Zweiten Weltkrieg löste er sich von dieser Ideologie und brachte es sogar zum Hofdichter unter Königin Elisabeth II.

Neben einer interessanten Figurenzeichnung versteht sich Blake darauf, die Borniertheit des kommunistischen Denkbauwerks zu beschreiben. Die Entführung eines kleinen Kindes wird von den Tätern entpersonalisiert. Einer der feigen Mittäter des Bösewichts Petrow erkennt dies in einer klaren Sekunde und sagt: „Ihr lebt in der Hölle, auch wenn ihr euch dessen nicht bewusst seid. Die Hölle ist die Einsamkeit. Ihr betet den heiligen Zweck an, betet ihn so unterwürdig an, dass ihr sofort bereitwillig lostrottet, wenn euer Gott euch sagt, ihr sollt für ihn in die Hölle gehen.“

Wie die kleine Lucy der Hölle ihrer Gefangenschaft entgeht, wird sehr eindringlich beschrieben, teilweise auch aus der Perspektive des Kindes, was für das Einfühlungsvermögen des Autors spricht. Dass sich Blake auch auf härtere Stoffe verstand, belegt sein Roman „Das Biest“, der 1969 von Claude Chabrol unter dem Titel „Das Biest muss sterben“ verfilmt wurde.



Nicholas Blake: „Das Geheimnis der Silvesternacht“, Klett-Cotta Verlag, Stuttgart 2023, gebunden, 335 Seiten, 20 Euro

BRAUCHTUM I

Nikolaiken und sein Stinthengst

Fabelwesen aus ferner Vergangenheit – „Król Sielaw“ wird jeden Sommer auch von Polen gefeiert

VON WOLFGANG REITH

Jede Reise durch das südliche Ostpreußen führt zwangsläufig auch nach Nikolaiken [Mikolajki]. Das Städtchen, das einst als „ostpreußisches Venedig“ bezeichnet wurde, lebt das ganze Jahr über vom Tourismus, hat sich seit den 1990er Jahren zu einem modernen Wassersportparadies entwickelt und ist so auf dem besten Weg, wieder eine Art „Venedig Masurens“ zu werden.

Im Pfarrhaus neben der schön restaurierten Nikolaikirche, die in den Jahren 1841/42 erbaut wurde (der Turm datiert von 1880) und die dem Ort den Namen gab – sie ist auch heute noch ein evangelisches Gotteshaus –, befindet sich ein liebevoll eingerichtetes Museum der Reformation mit einer reichhaltigen Sammlung an historischen Kirchendokumenten und Bibeln.

Nikolaiken wurde erstmals 1444 urkundlich erwähnt und besitzt seit 1726 das Stadtrecht. Die Haupteinkommensquelle seiner Bewohner waren die Fischerei, die Holzfällerei und der Holzhandel sowie die Flößerei. Der Ort zählt heute zirka 4000 Einwohner und gehört zum Kreis Sensburg [Powiat Mąrowski]. Die Oberschule der Stadt erhielt im Jahre 1995 den Namen „Lyzeum Marion Dönhoff“ wegen der Verdienste der Gräfin um die deutsch-polnische Versöhnung, die ihr zugeschrieben wird. Vor allem aber ist Nikolaiken bekannt für sein Wahrzeichen, den Stinthengst, einen an die Seebrücke angeketeten, im Wasser schwimmenden Fisch – eine Maräne – mit einer Krone auf dem Kopf („Fischkönig“), der einer Legende entspringt und der für den Fischreichtum des Sees sorgen soll.

Riesiger Fisch mit goldener Krone

Danach lebte vor langer Zeit in den umliegenden Gewässern ein riesiger Fisch mit einer goldenen, edelsteinbesetzten Krone, vor dem sich die Fischer fürchte-



Inzwischen aus Stein: Die Skulptur des Stinthengstes im Brunnen auf dem Marktplatz von Nikolaiken, auf dem laut der Sage Gericht über den Riesenfisch gehalten wurde
Foto: Reith

ten, weil er immer wieder unter ihre Boote schwamm, diese umwarf und viele Fischer dann ertranken, da sie nicht schwimmen konnten. Eines Tages gelang es einem mutigen Fischer, das „Ungetüm“ zu fangen. Er schleppte es zunächst zur Teufelsinsel, holte dann Hilfe, und gemeinsam schleppten die Fischer das gewaltige Tier nach Nikolaiken, wo die Einwohner das Todesurteil fällten.

Als der Stinthengst dies hörte, sagte er mit menschlicher Stimme: „Ihr könnt mich zwar töten, aber wenn ihr das tut,

werden in den Seen alle Fische verenden, und ihr werdet verhungern.“ Nach eingehenden Beratungen beschloss man deshalb, den Fisch nicht zu töten, ihn aber auch nicht freizulassen, sondern ihn mit einer Kette an der Talter-Brücke festzubinden. Natürlich gibt es zu dieser Legende auch einen realen Bezug. Dieser betrifft den an der Brücke (Baujahr 1516) aus Baumstämmen angeketeten Sperrbalken (Zollschranke), welcher die Durchfahrt erst freigab, wenn man den Brückenzoll (Mautgebühren) entrichtet hatte.

Später – seit wann, ist nicht mehr genau feststellbar – entwickelte sich vor Ort eine Festlichkeit, bei welcher zu Beginn jedes Sommers, für gewöhnlich zwischen „St. Johannes und Peter und Paul“ (zwischen dem 24. und 29. Juni), manchmal aber auch erst im Juli, ein bunt bemalter, drei Meter langer hölzerner „Maränhengst“ mit einer Ankerkette an einem Pfeiler unter der Fußgängerbrücke, die über der Wasserenge zwischen Talter Gewässer und Spirdingsee führt, befestigt wurde, nachdem man ihn zuvor durch die

Straßen der Stadt zum Seeufer getragen hatte, wo die Fischer ihn in Empfang nahmen und mit zwei Ruderbooten an seinen bestimmten Platz transportierten.

Feier mit Orchester und Sekt

Dazu spielte stets ein Orchester, und eine große Menschenmenge verfolgte das Ritual. Und so dümpelte der sagenhafte Stinthengst dann bis zum Herbst an der Brücke, wenn er zur Aufbewahrung ins Rathaus gebracht wurde. Nachdem der alte „König der Maränen“ vermodert und nicht mehr schwimmfähig war, wurde er im Sommer 1939 durch ein neues Exemplar ersetzt, das am Ende des Zweiten Weltkrieges wohl spurlos verschwand.

1955 erbaute man an der Stelle der oben erwähnten hölzernen Fußgängerbrücke eine neue Brücke aus Stein, und zwei Jahre später erfuhr man, dass an dieser auch wieder ein Stinthengst liege. Inzwischen hatten die Polen den alten Volksbrauch erneut aufleben lassen, was vor allem der touristischen Attraktivität des Ortes dienen sollte, und so wurde fortan der „Rybi Król“ (Fischkönig) oder „Król Sielaw“ (Stintkönig), wie er jetzt hieß, alljährlich wieder zu Wasser gelassen.

Dabei wird er vom Bürgermeister mit einer Flasche Sekt gesegnet und seine Krone mit einem Blumenstrauß verziert. Am Talter-Ufer steht übrigens eine weitere steinerne Stinthengst-Figur, und auf dem Marktplatz der Stadt, wo einst das Gericht über den Fisch abgehalten wurde, befindet sich in der Mitte eines Brunnens ein dritter, wasserspeiender Stinthengst, der nach 1945 aufgestellt wurde und zunächst aus Holz geschnitzt war. Später wich er einer Nachbildung aus Plastik, und vor einigen Jahren ersetzte man diese wiederum durch eine steinerne Figur. Seit 1922 ist das sagenhafte Tier schließlich auch Teil des Wappens von Nikolaiken, wovon sich die Fischer einmal mehr einen üppigen Fang erhoffen.

BRAUCHTUM II

Die Sage von den Steinblöcken

Wie es zu Hügeln, aber auch zu Kirchen und Bauten aus Feldstein in Ostpreußen kam

Als der Herrgott daran ging, die Erde zu erschaffen, kam er eines Tages nach Ostpreußen. Und weil das Land ihm gut gefiel, setzte er sich unter einen Baum und schaute sich die Gegend an. Er wunderte sich über die vielen Steine und Blöcke, die er sah, denn an diese konnte er sich nicht erinnern. „Vermutlich hat der Teufel einen immensen Sack voll Steine ausgeschüttet“ dachte er und machte sich dann auf den Weg, um weiter seine Arbeit zu besichtigen.

Etliche Tage später (denn 1000 Jahre sind vor dem Herrn wie der Tag, der gestern vergangen ist) konnten die Siedler der ostpreußischen Landschaft die zukünftigen Felder wegen der hohen Anzahl an Steinen kaum bestellen. Also gruben sie mit großer Mühe tiefe Löcher, warfen die gesammelten Feldsteine dort hinein und bedeckten diese mit einer Erdschicht. Auf diesem Ackerland erzielten sie einen spärlichen Ertrag zum Überleben.

Nachfolgende Generationen fanden beim Pflügen der Felder oft diese Steinansammlungen und verwendeten die Granitsteine zum Bau von Burgen und Kirchen. Da dem Herrgott die vielen Feldsteine besonders in Form von Kir-

chen gefielen, gab er dem Teufel den Auftrag, die Landräte und Bischöfe in Ostpreußen zu weiteren Kirchenbauten zu inspirieren.

Steine für den Kirchenbau

So machte sich der Teufel auf den Weg. Nach längerem Überlegen missfiel ihm der Auftrag. Er machte häufig an den großen Blöcken halt und versuchte, mit manchem Gesellen, Bauern oder Jüngling einen Pakt zu schließen, um dessen Seele zu erhalten. Da in der Regel aber kein Pakt abgeschlossen wurde, hinterließ der Teufel sichtbare Spuren in den Blöcken, so dass diese im Volksmund „Teufelsstein“ genannt wurden. So verbrachte der Teufel seine Zeit in Ostpreußen, während der Herrgott sich wunderte, warum nicht mehr Kirchen zu seiner Ehre errichtet wurden.

Die Jahre vergingen und manch einer verdiente sich eine goldene Nase, indem er an einem gut zu erreichenden Verkehrspunkt ein Schotterwerk errichtete. Kleine Feldbahnen oder mit Steinen beladene und von Pferden gezogene Fuhrwerke beförderten die Steine von ihren Fundstellen zu Verarbeitungsstellen, wo sie von Steinschlägern in mühevoller

Arbeit zerkleinert wurden, um als Schotter für den Straßenbau verwertet zu werden. Große Blöcke wurden Bildhauern und Künstlern für ihre Werke zur Verfügung gestellt.

Der Herrgott sah schon die letzten Steinriesen vernichtet durch Sprengun-

gen und die Meißel der Steinmetze. Also schickte er einen Boten in die Preußische Geologische Landesanstalt nach Königsberg, um den dort arbeitenden Professor Alfred Jentzsch seinen Auftrag übermitteln zu lassen. Mit der göttlichen Eingebung begab sich der Professor zum Vor-

sitzenden der Provinzial-Kommission für Denkmalspflege, dem Landeshauptmann von Brandt, und stellte den Antrag, „außer den Denkmälern und Altertümern im engeren Sinne auch gewisse, durch ihr Alter oder besondere Umstände merkwürdige Naturgebilde zum Gegenstand provinzieller Denkmalspflege zu machen“.

Der Schutz der Landschaft war geboren

Der Teufel hingegen flüsterte dem Landeshauptmann ein, sämtlichen Landräten, Magistraten, Amtsvorstehern, Oberförstern und Pfarrern Ostpreußens einen Fragebogen zuzusenden, da er sich erhoffte, mit Hilfe der Bürokratie eine Entscheidung auf Jahrzehnte zu verzögern. Jedoch wurden die Fragebögen zügig beantwortet und die ausgewerteten Antworten in dem Buch „Nachweis der beachtenswerten und zu schützenden Bäume, Sträucher und erratischen Blöcke in der Provinz Ostpreußen“ veröffentlicht.

So konnten viele große Steinblöcke vor der Zerstörung gerettet werden und sind noch heute für den Interessierten in Ostpreußen zu sehen. Jürgen Ehmman



Handelt es sich hier um Steinansammlungen, die im Lauf der Zeit überwachsen sind? Die Kernsdorfer Höhen im Winter
Foto: Bildarchiv Ostpreußen

● AUFGESCHNAPPT

Ein Berliner Feuerwehrmann muss möglicherweise mit dienstrechtlichen Konsequenzen rechnen, weil er die in die Hauptstadt einfallenden Bauern freudig begrüßt hat. Der Mann klatschte mit hochgereckten Armen in die Hände und verneigte sich vor den vorbeifahrenden Traktoren. Gleichzeitig heulten die Sirenen und blinkten die Blaulichter der Feuerwehrwagen in der Wache. Gegenüber der „Berliner Morgenpost“ bestätigte ein Behördensprecher, dass derzeit geprüft werde, ob hier ein Verstoß gegen das Beamtenrecht vorliege, das den Mann zur Neutralität verpflichtete. Im Falle der „Fridays for Future“-Bewegung wurde das Beamtenrecht dagegen weitaus freizügiger ausgelegt. Die Berliner Schulbehörde befreite Demo-Teilnehmer sogar ganz offiziell von der Schulpflicht. Lehrer organisierten Exkursionen zu den Kundgebungen und solidarisierten sich faktisch mit dem politischen Anliegen der „Klimabewegung“. Disziplinarische Maßnahmen gab es keine, offenbar, weil die politische Botschaft hier genehm war. *H.H.*



● STIMMEN ZUR ZEIT

Gunnar Schupelius sieht die Ampelregierung mit ihrer Klimapolitik in der Sackgasse, wie er in der „Bild“-Zeitung (16. Januar) schreibt:

„Die Regierung Scholz zieht eine Klimapolitik durch, die nicht mehr bezahlbar ist. Das trifft nicht nur die Bauern. Deshalb beteiligen sich viele andere Branchen an den Protesten. Die Regierung hat ihre Rechnung ohne die Bürger gemacht. Das rächt sich jetzt.“

Auf die Frage der „Welt“ (12. Januar), was die heutige Lage von anderen Phasen der bundesrepublikanischen Geschichte unterscheidet, antwortet der Publizist Henryk M. Broder:

„Neu ist, dass Bruchpiloten, die außer ihrem Parteibuch nichts vorzuweisen haben, heute den Ton bestimmen und keine Angst haben müssen, sich zu blamieren. Kevin Kühnert, Ricarda Lang, Lisa Paus, Claudia Roth, Saskia Esken et multi alii liefern kabarettreife Auftritte – und werden ernst genommen.“

Vom versprochenen grünen „Wirtschaftswunder“ vermag Matthias Iken nicht viel zu sehen, wie er im „Hamburger Abendblatt“ (13. Januar) feststellt:

„Olaf Scholz versprach ein ‚Wirtschaftswunder wie zur Nachkriegszeit‘ durch die Energiewende. Wer sich das Schicksal der deutschen Solarhersteller und der Windbranche anschaut, wer fragt, woher die milliardenschweren Konverterplattformen kommen (aus Asien), den beschleichen ziemliche Zweifel.“

Auf „Nius.de“ (15. Januar) warnt Werner J. Patzelt die Ampel vor Überheblichkeit:

„Gewiss auch dürfen Regierende die ihnen entgegentretenden Demonstranten für unzureichend informiert, für dumm oder gar für schlechte Menschen halten. Doch in einer Demokratie haben auch solche Leute das Recht darauf, von Politikern und Medienleuten anders behandelt zu werden als wie politisches Gesindel, über das man sich im Kreis der Anständigen erregt. Ohnehin kommt gerade in der Politik Hochmut sehr oft vor dem Fall.“

Urs Gehriger gibt in der Schweizer „Weltwoche“ (16. Januar) nach Donald Trumps Kantersieg bei den Vorwahlen im US-Bundesstaat Iowa eine eindeutige Prognose ab:

„Trump ist und bleibt der haushohe Favorit. Gewinnt er auch die beiden nächsten Vorwahlen, so hat er die Kandidatur schon fast im Sack.“

● WORT DER WOCHE

„Dieses Land sägt nicht nur bei der Landwirtschaft den Ast ab, auf dem es sitzt. Denn die deutsche Krise ist nicht die Folge globaler Trends ..., sie ist hauptsächlich das Werk von Regierenden.“

Harald Martenstein prangert das Versagen der Ampel in der „Welt“ vom 13. Januar mit deutlichen Worten an

DER WOCHENRÜCKBLICK

Angst im grünen Geflecht

Worauf die „Tierwohlabgabe“ zielt, und was Grünlinke meinen, wenn sie von Demokratie sprechen

VON HANS HECKEL

Die Idee ist wirklich ausgefuchst! Mitten im Getöse der Bauernproteste kam Landwirtschaftsminister Cem Özdemir mit dem Vorschlag, die Landwirte mittels einer „Tierwohlabgabe“ zu entlasten, statt ihnen den verbilligten Steuersatz auf Diesel zu lassen. Was auf den ersten Blick wie „Linke Tasche, rechte Tasche“ aussieht, erweist sich bei näherer Betrachtung als gerissener Schachzug.

Die Verbraucher sollen ein bisschen mehr für das Fleisch im Laden bezahlen, und das Geld geht dann, so die Theorie, an die Bauern. Folge: Bei jeder weiteren Erhöhung des Fleischpreises im Einzelhandel grummelt künftig der Verdacht mit, dass es die Bauern sind, die auf diese Weise die Verbraucher zusätzlich zur Kasse bitten.

Da könnte es schnell vorbei sein mit der großen Solidarisierung, mit der die Landwirte bei ihrem Protest gegen die Ampel-Politik von der großen Mehrheit des Volkes förmlich auf Händen getragen wurden. Man könnte fast auf die Idee verfallen, dass genau das sogar zu den Motiven beim Entwurf der „Tierwohlabgabe“ gehört.

Denn diese Solidarisierung hat das Ampel-Establishment eiskalt erwischt. Damit hatten sie nicht gerechnet. Entsprechend gewaltig war die Verunsicherung. In ihrer ersten Reaktion griffen sie in den Werkzeugkasten des Altbewährten, erklärten die Bauernproteste für womöglich „von rechts unterwandert“. Dabei erinnerte so mancher grünlinke Lautsprecher an eine Karikatur aus der Literaturgeschichte, die bislang als Archetypus des rechts-autoritären Hanswursts galt.

Diederich Heßling heißt der Kerl und ist der Protagonist in Heinrich Manns Roman „Der Untertan“ von 1914, den die DEFA 1951 verfilmt hat. Jener Heßling ist unentwegt von der Furcht vor dem „Umsturz“ getrieben, die ihm zur Obsession wird. Für Linke war jener Heßling generationenlang ein Labsal für ihre politische Seele, zeigte er doch, wie verküchert und idiotisch der imaginierte rechte Widersacher beschaffen sei.

Nun trat ein grüner Klimaminister vor die Öffentlichkeit und schreckte uns gehörig auf: „Es kursieren Aufrufe mit Umsturzphantasien ... Umsturzphantasien heißen nichts anderes, als unseren demokratischen Staat zerstören zu wollen.“ Wie bitte? Ist die Lage wirklich schon so ernst? Sehen wir uns die

Leute an, auf die Habeck seine Furcht vor dem Umsturz gemünzt hat: Es sind die braven Bauern und die Millionen Bürger, welche den Landwirten den Rücken stärken.

Meint er das ernst? Gut möglich, den Ampelern traut man mittlerweile ja so einiges zu. Vielleicht ist es aber auch das genaue Gegenteil als die Furcht vor einem Umsturz gegen die Demokratie, was das machtpolitisch bestens situierte grünlinke Milieu gerade in Hektik versetzt. Vielleicht ist es vielmehr das eigentlich Demokratische, das den Bauern- und Bürgerprotesten innewohnt, was ihnen den Schweiß auf die Stirn treibt.

Seit Jahrzehnten war es ihnen gelungen, alle wesentlichen Positionen in der Gesellschaft mit ihren Leuten zu besetzen und die übrigen so auf Spur zu bringen, bis selbst die Kapitäne großer Dax-Konzerne redeten wie ein grüner NGO-Pressesprecher. Den Meinungskorridor haben sie erfolgreich immer mehr verengt, bis konservative oder klassisch liberale Positionen rechts rausfielen.

Zum Schluss fingen Klimabewegte bereits öffentlich an darüber nachzudenken, ob die „Demokratie“ überhaupt das richtige Instrument gegen die „Klimakrise“ sei. Sogenannte Bürgerräte, in denen ausgeloste Bürger zusammensitzen wie in einer Art demokratisch nicht legitimiertem Nebenparlament, haben bereits ihre Arbeit aufgenommen. Dort führen grünlinke „Betreuer“ ein strenges Regiment, um sicherzustellen, dass auch alles in die gewünschte Richtung geht.

Propagandawalze und „Gegen-Demos“

Eine weitere, längst exzellent ausgebaute Nebenstruktur zur Demokratie bilden die „Nichtregierungsorganisationen“ (NGO). In Wahrheit beziehen zahllose von ihnen massenhaft Zuschüsse aus Steuergeldern. Das Gute ist aber: Da sie auf dem Papier nicht zur Regierung gehören, stehen sie auch nicht unter derselben demokratischen Kontrolle wie die herkömmliche Exekutive.

Alles in allem können die Grünlinken befriedigt feststellen, dass es nach und nach immer nebensächlicher wird, wer die Wahlen gewinnt. Jede Regierung, egal welche, findet sich nach Amtsantritt dem gewaltigen, kaum überwindbaren Geflecht grünlinker Strukturen gegenüber. Und dagegen soll die dann erst mal ankommen.

In diesem Rundum-System ist sogar die „Protestkultur“ wasserdicht geregelt. Von Antifa bis Klimaklebern und Waldbesetzern

Sogar die „Protestkultur“ war fest eingebunden in ein grünlinkes System, das den gesamten Staat überzieht. Dann kamen die Bauern



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de